

DER STANDARD

SA./SO., 10./11. SEPTEMBER 2011 | ÖSTERREICHS UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG | HERAUSGEGEBEN VON OSCAR BRONNER | € 2,00



INTERVIEWS MIT:

George Soros +++ Lakhdar Brahimi +++ Siri Hustvedt +++ Uwe Steinhoff +++ Barry Eichengreen +++ Peter Gridling

AUF 34 SEITEN:

Ground Zero +++ Reportage Afghanistan +++ Börsenreaktionen +++ Flugsicherheit +++ Islamismus und Popkultur



Fotos: epa

Ein Tag verändert die Welt

Die Ereignisse vor zehn Jahren waren eine Zäsur: Seit den Anschlägen in den USA wurden Antiterrormaßnahmen weltweit verschärft, der Islam rückte in den Fokus. In einer von **Christoph Prantner**, **Michaela Köck** und **Peter Frey** zusammengestellten doppelseitigen Grafik haben wir die Ereignisse jenes Tages, der als 9/11 in die Geschichte einging, nachgezeichnet. Der Fotokünstler **Günther König** führt in dieser Schwerpunktausgabe die Veränderungen im Stadtbild New Yorks vor Augen. Die Koordination lag bei **Bettina Stimeder**, die Gestaltung bei **Rudi Reiterer**.

Alexandra Förderl-Schmid, Chefredakteurin

Maßnahmen gegen Terror für Mehrheit wenig sinnvoll

STANDARD-Umfrage: Für 62 Prozent ist Welt seit 9/11 unsicherer

Wien – Zehn Jahre nach den Anschlägen auf World Trade Center und Pentagon ließ DER STANDARD vom Market-Institut erheben, was die Österreicher von den seither getroffenen Maßnahmen gegen Terror halten. Nur 40 Prozent sagen, diese seien „insgesamt sinnvoll“ – die Mehrheit vertritt die Gegenposition: „Diese Maßnahmen haben nur wenig gebracht.“

62 Prozent der Österreicher sagen denn auch, die Welt sei in den vergangenen zehn Jahren unsicherer geworden. Für das engere Umfeld Österreichs nehmen noch 27 Prozent einen Schwund an Sicherheit an. Allerdings widersprechen hier 22 Prozent, die die Lage Österreichs sicherer einschätzen als vor zehn Jahren. Besondere Sicherheitsgewinne sehen die Bewohner jener Bundesländer, in

denen die Nähe zum früheren Eisernen Vorhang noch nachwirkt.

Spezifisch auf Maßnahmen angesprochen, die man selbst zu spüren bekommt, sagen 55 Prozent, dass sie verstärkte Kontrollen am Flughafen wahrnehmen.

Sieben Prozent meinen, dass sie schon am Telefon abgehört wurden, zwei Prozent sehen sich im Visier von Geheimdiensten. (red)

Umfrage S. 4, Antiterrorgesetz S. 17
Gastkommentare zu 9/11 Seiten 42, 43
Kommentare Seite 44

HEUTE



Niki Berlakovich & Niki Lauda über Politik und Wirtschaft. F.: Hendrich S. 15



Museumsdirektorin Agnes Husslein über das 21er-Haus. F.: APA Seite 35

Reformwille bei Grundsteuer Die SPÖ zeigt Interesse am Vorschlag von Maria Fekter, die Bemessung den Ländern zu überlassen. Seite 13

Inzestfall: Töchter widerrufen Der 80-Jährige, der seine Töchter jahrzehntelang missbraucht haben soll, wurde freigelassen. Seite 16

STANDARDS

Sport 20, 21
NetBusiness, Wissenschaft . . . 22
Veranstaltungen, Kino . . . 38, 39
TV, Switchlist 40, 41
Sudoku K 33
Freizeit, Spiele, Rätsel I 4

WETTER

Restwolken und Nebelfelder lösen sich rasch auf. Es wird spätsommerlich warm mit Höchsttemperaturen um 24 bis 29 Grad. Seite 38

Nachrichten zu 9/11 auf derStandard.at



Wiener VP-Chefin Marek rechnet beim Rücktritt mit Partei ab

Wien – Christine Marek wechselt von der Parteispitze der Wiener VP in den Nationalrat. Sie fand am Freitag deutliche Worte: „Angriffe aus den eigenen Reihen“ hätten die ÖVP geschwächt, mangels Geschlossenheit mache sie den Weg frei für einen Neuanfang. Auch Stadtrat Wolfgang Gerstl geht ins Parlament. Über Mareks Nachfolge wollte der Parteivorstand Freitagabend entscheiden. (red) Seite 13
Debatte Stenzel – Vassilakou Seite 16
Kommentar Seite 44

Weltenbrand

9/11. Stellvertretend für viele andere Weltverschwörungstheoretiker fragt Leser Hans-Peter R. aus Salzburg nach einer Aufzählung der angeblichen Gründe, warum 9/11 ganz anders war: „Ist's den Amerikanern nicht zuzutrauen, dass sie alles nutzen (nutzten), um Krieg führen zu können?“

Nein. Es ist ihnen nicht zuzutrauen. Aus. Weil sie es nicht getan haben. Aus. Weil es ein Haufen muslimischer Gottesstaatler war. Aus. Weil all die geistesgestörten 9/11-Verschwörungstheorien, die auch der ORF zu seiner ewigen Schande verbreitet, lächerlicher *bullshit* sind – tausendfach widerlegt und trotzdem unsterblich.

Die Erinnerung an 9/11 wird auch bestimmt von der Bereit-

schaft, die Opfer zu Tätern zu machen. Das Faszinierende daran war der Gedankenprozess, der Hunderttausende, wenn nicht Millionen auf der ganzen Welt dazu brachte, an ein wüstes Komplott der Amerikaner gegen sich selbst zu glauben statt an die Tatsache, dass es immer wieder mörderische Fanatiker gibt, deren ultimativer *kick* es ist, die Welt in die Luft zu sprengen. „Wir können untergehen, vielleicht“, wird Hitler zitiert. „Aber wir werden eine Welt mitnehmen. *Muspilli*. Weltenbrand.“

Die Verschwörungstheoretiker suchen immer nach einem verborgenen Hintergrund. Hier ist er: Es besteht in der Welt kein Mangel an charismatischen Psychopathen mit einem pseudopolitischen Motiv.

RAU

Neuer Aktionär für die Telekom

Investor Pecik könnte bis zu 20 Prozent übernehmen

Wien – Neben der Korruptionsaffäre könnte die Telekom Austria bald mit neuen Eigentümern zu tun haben. Finanzjongleur Ronny Pecik soll planen, gemeinsam mit Investoren ein bis zu 20 Prozent großes Aktienpaket an der Telekom zu erwerben, meldet *Format*.

Im Schlepptau soll Orascom aus Ägypten sein. Gemeinsam könnten sie Entscheidungen der Staatsholding ÖIAG blockieren. Gemeldet wurde ein solcher Einstieg nicht, Pecik könnte sich auch bloß Optionen gesichert haben. (red)

Seite 23, Kopf des Tages Seite 44



Weiter kommen.
Die spritsparenden BlueEFFICIENCY-Modelle von Mercedes-Benz.



Mercedes-Benz

Das Leiden der Überlebenden ist nicht zu Ende



Man konnte die Türme des World Trade Centers von nahezu ganz New York aus sehen. Der Künstler Günther König erforschte das veränderte Bild der Stadt fotografisch.

Die Opfer, zehn Jahre nach der Tragödie:

Sie sind selbst knapp mit dem Leben davongekommen, haben ihre Kollegen sterben sehen, ihre Liebsten am Ground Zero verloren – auch zum zehnten Jahrestag leiden noch tausende Amerikaner am 9/11-Trauma.

Frank Herrmann aus New York

Wenn Leokadia Glogowski vom 11. September erzählt, beginnt sie mit Kleinigkeiten, mit scheinbar nebensächlichen Episoden, die erst im Nachhinein eine tiefere Bedeutung bekamen, wie fast alles an diesem Tag.

Um sechs Uhr früh stand sie auf, ihr Mann Marek machte frischen Kaffee, dann saßen sie eine Weile beim Frühstück zusammen und überlegten, was sie abends kochen sollten. Marek ging vor Leokadia aus der Wohnung, um das Auto aus der Garage zu holen. So machten sie es immer. Marek arbeitete im Norden Manhattans, das World Trade Center lag am Weg, meist setzte er Leokadia dort ab. Pendleroutine. An diesem Morgen, sagt Leokadia, überlegte sie kurz, welche Schuhe sie anziehen sollte. Erst wählte sie welche mit hohen Absätzen, einen hatte sie schon am Fuß, als ihr Blick auf ein Paar flache Schuhe fiel. „Irgendeine Stimme riet mir, nimm die bequemsten. Das habe ich getan. Als ob ich gehaut hätte, dass ich noch weit gehen muss an diesem Tag.“

Um halb acht saß Leokadia in ihrem Büro, Nordturm, 82. Etage. Draußen ein strahlend blauer Himmel, eine herrliche Aussicht. An schönen Tagen, scherzt sie, konnte sie aus dieser Höhe fast bis nach Zielona Góra schauen, in ihre polnische Heimat. Dann ver-

tiefte sich die Bauingenieurin in die Arbeit an ihrem Computer.

New York, das war die Stadt, die Leokadia Glogowski mit offenen Armen empfing. Als sie Polen in den Achtzigerjahren verließ, ausgereist als Touristin und nicht zurückgekehrt, wollte sie eigentlich in Deutschland Fuß fassen. Aber sie bekam keinen Daueraufenthalt, daher bewarb sie sich in Amerika um eine Greencard, hatte Glück und zog 1989 nach New York. Dort lernte sie Englisch, absolvierte ein Zusatzstudium und bekam einen Job bei der städtischen Transportbehörde, im

World Trade Center, wo sie manchmal zwischen den Wolken saß und nicht wusste, ob es unten regnete. Sie war stolz auf den Turm, er war so etwas wie der Mount Everest ihrer Karriere.

Um 8.46 Uhr wurde die Stille durchbrochen von einem gewaltigen Knall, „ungefähr so, als würde Beton brechen und zugleich ein Orkan toben“. Der Turm begann sich zu neigen, so stark, dass sie dachte, er würde umfallen. Nach ein paar Sekunden schwankte er zurück in die andere Richtung, wie das Pendel einer Uhr. Ein Erdbeben, dachte Leokadia im ersten Schreck. „Raus! Alle raus!“, schrie Tony, ein Kollege.

Länger als eine Stunde brauchte sie, um die Treppe hinabzusteigen. Anfangs ging es schnell, da das brennende Flugzeug, eingeschlagen zwischen dem 93. und

dem 99. Stock, den Menschen aus den höchsten Etagen den Weg versperrte und andere noch in ihren Büros ausharrten, um auf offizielle Durchsagen zu warten. Zügig die Stufen hinunter, bis zur Sky-Lobby im 44. Stock, wo Sicherheitsleute Anweisungen gaben, das Treppenhaus zu wechseln. In der Sky-Lobby, einer der beiden Etagen, in denen man von den schnellen in die langsamen Fahrstühle umstieg, konnte sie durch Fenster ins Freie sehen. Während andere bemerkten, wie draußen Menschen vorbeiflogen, Verzweifelte, die den Sprung dem Tod durch Verbrennen vorzogen, sah Leokadia nur Papier durch die Luft wirbeln. „Ich hatte Glück, der grausame Anblick springender Menschen blieb mir erspart.“

„Was ist das? Ein Gewitter?“

Auf der anderen Treppe ging es nur noch sehr langsam voran, ab der 20. Etage begegneten ihr die ersten Feuerwehrleute, schwitzende Männer in schweren Monturen, denen sie alle unter aufmunternden Zurufen den Weg freimachten. Dass die Türme zu Schuttbergen zerfallen würden, konnte sich da noch keiner vorstellen, sagt Leokadia. Die Fliehenden auf der Treppe hatten ja keine Ahnung, was passiert war. Jeder, der irgendwo vor einem Fernseher saß, wusste es besser. Drinnen im dunklen Nordturm sprach jemand von einem Privatflugzeug, ein anderer von einer umgeknickten Antenne. Als das zweite Flugzeug in den benachbarten Südturm krachte, fragte einer: „Was ist das? Ein Gewitter?“ „Das konnte nicht sein, das Wetter war ja so schön. Wir konnten eben nicht mehr klar denken.“

Kaum war sie draußen und sah die beiden Wolkenkratzer qualmen, wollte Leokadia nur weg. Sie rannte nach Osten, zur Brooklyn Bridge. Sie hatte die Brücke noch nicht erreicht, da fiel der Südturm in einer mächtigen Geröllwolke

zusammen. Was sich in ihr Gedächtnis einbrannte, war das Geräusch. „Pap-pap-pap-pap-pap, so merkwürdig, in Stufen.“ Ein junges Paar sprach vom Angriff auf Amerika. Als sie fassungslos nachfragte, erntete sie ungläubige Blicke. Was, diese Ahnungslose weiß nichts von den Anschlägen? Wo kommt die überhaupt her? Auf dem Heimweg, gut zwölf Kilometer zu Fuß, probierte sie jede Telefonzelle aus, im Mobilfunknetz ging ja nichts mehr, und irgendwann fand sie eine, die funktionierte. Marek hatte vier Stunden auf den Anruf gewartet, die längsten vier Stunden seines Lebens. Nachts legten sich Marek und Michal, der Sohn der Glogowskis, neben Leokadia ins Bett, jeder an eine Seite. „Sie hielten meine Hände, und so schlief sie ein. Ich dagegen lag drei Nächte wach.“

Mickey Kross ist ein Nervenbündel, ständig in fahrigem Bewegung. Mal rennt er zu einem Regal, um Bücher herauszuziehen, in deren Register sein Name steht. Mal will er rauchen und vergisst die Zigarette gleich wieder. „Er musste endlich loslassen, mal wieder ins Kino gehen, zum Baseball oder in ein Museum. Er war so gern in Museen“, meint Christine Gonda, seine Lebensgefährtin. „Das Leben kann doch nicht nur aus dem 11. September bestehen. Er ist förmlich besessen vom 11. September.“

Kein Wunder, denn der Feuerwehrleutnant Mickey Kross hat den Tag mitten im Nordturm überlebt, in der Schuttlawine des einstürzenden Turms. Als er eintraf, erinnerte ihn der zwar qualmende, aber noch stehende Riese an die Szene eines Gruselfilms,

„wenn das Monster den Fluss überquert, und alle schreien, rennen und stolpern“. Beim Hinaufsteigen traf er irgendwann Josephine Harris, eine Buchhalterin der Hafenbehörde. Die übergewichtige Frau musste nach jeder Stufe stehen bleiben, ihre Beine schmerzten zu sehr. Nur ein Mann war noch bei ihr im fast leeren Treppenhaus C. Ungeduldig rief Kross den beiden zu, sie sollten ins Treppenhaus B hinübergehen,

dort seien Leute, die könnten helfen. Schließlich schleppten Feuerwehrmänner Josephine Harris die Treppe hinunter. Plötzlich ohrenbetäubender Krach und „ein Gefühl, als ob du auf Gleisen stehst und eine Lokomotive auf dich zurast“, so beschreibt es Kross.

Das Nächste, woran er sich erinnern kann, ist, dass er auf der Treppe lag, in einer Höhle aus verbogenem Eisen und kaputtem Beton. Erst konnte er die Augen nicht öffnen, wegen des Drecks, der sich wie

Pfefferspray in die Augen fraß. Dann erblickte er Arme und Beine, die sich bewegten. Irgendwann fanden die Verschütteten ein Loch, durch das sie nach draußen klettern konnten, etwa in Höhe des fünften Stocks. „Ich weiß nicht, wie ich das überleben konnte“, sagt Mickey Kross und fährt sich nervös durchs büstenkurze Haar. Er mache Sachen, die ihm früher nie in den Sinn gekommen wären, fügt Christine Gonda hinzu. Früher kaufte er immer Gebrauchtwagen, möglichst billig, für höchstens 600 Dollar. Und auf einmal, ohne groß nachzudenken, einen nagelneuen Ford Taurus, nach der Devise, dass es Wichtigeres gibt, als Geld zu sparen.

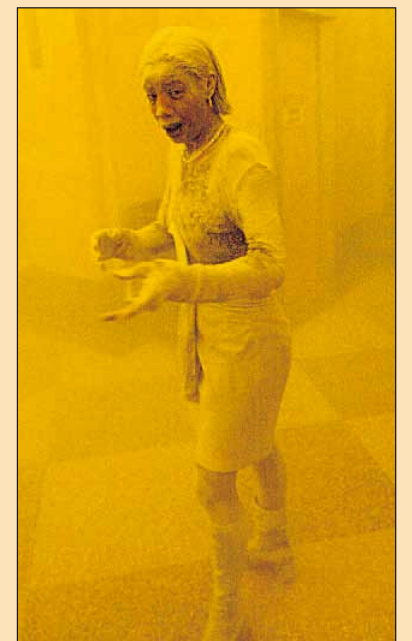
”



Der Anblick springender Menschen blieb mir erspart.

Leokadia Glogowski

“



Einschlag im Südturm (Bild Mitte). Viele kamen in der Staubwolke der umstürzenden Zwillingstürme nur knapp mit dem Leben davon.

Foto: EPA, AFP, Reuters, Almuth Herrmann

Therapien und Strategien fürs Weitermachen



Und er entdeckte, dass der Ort immer noch den Türmen gehört. Auch wenn sie nicht mehr stehen, erahnt man sie dort, wo man sie früher sehen konnte. Fotos und Collage: König

„Wir müssen ja irgendwie weiterleben“

Für Maureen Mitchell war es der erste Schultag. Der Unterricht auf Staten Island hatte gerade begonnen, neue Schüler, ein neues Klassenzimmer. Ihre Welt wurde an diesem Tag aus den Angeln gehoben, obwohl es weit weniger dramatisch begann als bei Leokadia Glogowski. Erst nachdem die zweite Maschine in die Zwillingstürme gestürzt war, merkte die Grundschullehrerin, dass etwas nicht stimmte. Die ersten besorgten Mütter kamen, um ihre Kinder zu holen. Ihr Ehemann Paul, das wusste sie, hatte morgens gegen acht seine Schicht beendet, im Süden Manhattans an der Canal Street. Was Maureen am Morgen nicht wissen konnte, war, dass er nach Schichtschluss kehrte und zum World Trade Center fuhr, auf eigene Faust. Auf dem Heimweg hatte er im Radio vom brennenden Nordturm gehört, was ihn veranlasste, sofort an seiner alten Feuerwache in Brooklyn anzuhalten. Dort schnappte er sich eine Ausrüstung und raste zum Brand.

Der Anruf kam nicht

Anfangs machte sich Maureen keine Sorgen, „ich wusste ja, dass Paul etwas vom Löschen verstand“. Daheim setzte sie sich neben das Telefon und wartete auf den Anruf, mit dem sich hoffentlich alles aufklären würde. „Ehrlich gesagt, war ich ziemlich ruhig.“ Der Wendepunkt kam Abend, gegen 20 Uhr. Da blendeten sie im Fernsehen eine Telefonnummer ein. Wessen Angehörige noch nicht heimgekehrt waren, sollte dort anrufen. Paul wurde auf eine Vermisstenliste gesetzt, da er sich nirgends gemeldet hatte. Doch hoffnungslos klang es nicht. Auch als sie in den Tagen danach nichts über Paul erfuhr, rechnete Maureen nicht damit, dass sie ihn nie wiedersehen würde. Schließlich setzte sie sich eine Frist, den 15. Oktober. Sollte sie bis dahin nichts hören, würde sie eine Trauerfeier ansetzen.

Die fand am 2. November statt, in einer Kirche auf Staten Island, eine Dudelsackkapelle spielte, „es war sehr schön, eine Feier seines Lebens“. Einen Leichnam gab es nicht zu bestatten, nicht einmal Teile einer Leiche. Jemand schlug ihr vor, anstelle ihres Mannes einen Helm zu begraben, als symbolischen Ersatz. „Das funktioniert aber nicht“, sagt Maureen. Noch klammert sie sich an die Hoffnung, dass irgendwann irgendwer vielleicht etwas findet, einen Knochensplitter oder eine Fingerkuppe, was mit der DNA ihres Mannes übereinstimmt. Noch sind 1122 Opfer der Anschläge nicht identifiziert, noch haben die Forensiker keinen Schlussstrich ge-

zogen. „Wer weiß, die Methoden werden ja immer besser.“

Ihren Job als Lehrerin hat Maureen Mitchell im Juni an den Nagel gehängt, es ging einfach nicht mehr. Über Paul kann sie nicht lange sprechen, ohne ins Stocken zu geraten. Die Gedenkfeiern zum Jahrestag sind nicht nach ihrem Geschmack, sie wird nicht hingehen, sie mag „keine Fanfaren, kein Pathos“. Außerdem, was mache es schon für einen Unterschied, ob die Tragödie nun zehn Jahre zurückliege oder fünf oder acht. Lieber wird Maureen mit Pauls alten Kumpels reden, und natürlich mit ihren Töchtern. Christine arbeitet bei Google in London, Jennifer bei einem Hedgefonds in Manhattan,

in einem Glasturm. „Manchmal habe ich Angst um Jennifer. Aber wir müssen ja weiterleben.“

Reden als Therapie

Leokadia Glogowski versucht das Trauma zu verarbeiten, indem sie kleine Besuchergruppen an den Ort des Geschehens führt, einmal um die Baustelle von Ground Zero herum. Richtig aufgekratzt wirkt sie, wenn sie hinter den Panoramafenstern der American-Express-Zentrale den Bienenstock zu ihren Füßen erklärt. Das Erzählen, sagt Leokadia, sei ihre Therapie. Sie ist empfindlich geworden gegen laute Geräusche. Schlägt jemand eine Tür zu, springt sie auf, als müsse sie fliehen. Riecht es

irgendwo streng nach Chemikalien, muss sie unwillkürlich ans World Trade Center denken. Auch die Türme rochen nach giftiger Chemie und verbranntem Gummi, nachdem sie eingestürzt waren.

Einmal, sie hatte daheim in Brooklyn die Fenster geöffnet, zog von draußen ein Gestank herein, der sie an den 11. September erinnerte. Sofort schreckte sie auf: eine Terrorattacke! Marek stellte den Fernseher an, in den New Yorker Lokalnachrichten berichteten sie über den Brand eines Gebäudes mit vielen Computern, daher der Geruch.

Für Leokadia Glogowski war es eine gute Nachricht.

Die Leere, die bleibt

Zwei Brunnen, Ruheinseln in einem Ameisenhaufen, sollen an die Toten der Terroranschläge erinnern

Als Michael Arad mit seiner Denkmalskizze die Endrunde erreichte, war er der jüngste und unbekannteste aller Finalisten, ein 34-jähriger Architekt der New Yorker Wohnungsbehörde, der anstelle spektakulärer Bauwerke Polizeiwachen und Gemeindezentren entwarf. Zur allgemeinen Überraschung kürte ihn die Jury zum Sieger. Sieben Jahre später ist sie fertig, seine Gedenkstätte „Reflecting Absence“.

Zwei quadratische Brunnen hat Arad ins Gelände von Ground Zero gesetzt, genau dorthin, wo früher die Zwillingstürme standen. Eingebettet in einen Hain aus vierhundert Eichen, wirken sie wie Ruheinseln in einem Ameisenhaufen, der Riesenbaustelle mit ihren lärmenden Kränen, Baggern und Bohrern. In Kaskaden rauscht das Wasser an den Innenwänden hinab, zuerst in ein größeres Granitbecken, dann in ein kleineres, das so tief liegt, dass

man von oben nur den schwarzen Schlund sehen kann, nicht mehr seinen Boden. Man könnte glauben, das Wasser fließe ins Nichts. Es ist Arads Metapher für ausgelöschtes Leben, für die Leere, die bleibt. Für die 2982 Toten, deren Namen er aus den Bronzebrüstungen der beiden Becken ausstanzen ließ (s. auch Grafik Seiten 6 und 7).

Wie anordnen?

Es sind die Menschen, die es nicht mehr ins Freie schafften, bevor die Türme zusammenstürzten. Die Feuerwehrleute, die vergebens zu löschen versuchten. Die Passagiere in den entführten Flugzeugen, die Ministerialbeamten, die im Pentagon ums Leben kamen, schließlich die sechs Opfer des 1993er-Sprengstoffanschlags aufs World Trade Center. Wie sollte man sie anordnen, die vielen Namen?

Die Frage hat Arad lange umgetrieben, sie hat Streit provoziert,

zeitweise heftigen Streit. Was der Künstler von vornherein ablehnte, war eine alphabetische Reihenfolge: „Der eine Pool von A bis L, der andere von M bis Z, das fühlte sich nicht richtig an.“ Eigentlich wollte der Sohn eines israelischen Diplomaten die Namen allein nach dem Zufallsprinzip aneinanderreihen, so willkürlich, wie Terroranschläge den einen verschonen und den anderen in den Tod reißen. Familien erhoben Einspruch, Feuerwachen protestierten. Am Ende fand Arad einen Kompromiss, den er „bedeutungsvolle Nachbarschaften“ nannte. Mal stehen nun die Namen guter Freunde nebeneinander, mal die eines homosexuellen Paares und seines dreijährigen Adoptivsohns, alle drei umgekommen in der Maschine der United Airlines, Flug 175, die in den Südturm stürzte. Ein anderes Mal wussten Hinterbliebene, mit wem ihre Angehörigen in den letzten Minuten ihres Lebens telefoniert hatten – und baten darum, die Nähe widerzuspiegeln auf den Bronzetafeln. Die Methode mit den Karteikarten, die er anfangs hin- und herschob, um alle Wünsche zu berücksichtigen, gab Arad irgendwann auf. Es bedurfte eines ausgeklügelten Computerprogramms, um das Puzzle zu vollenden.

Hinter den beiden Becken schimmert der Aluminiumzacken eines 9/11-Museums, konzipiert vom norwegischen Architekturbüro Snohetta. In zwölf Monaten soll es die ersten Besucher einlassen. Daneben wächst der Turm heran, der nicht mehr Freedom Tower heißt, sondern, betont sachlich, One World Trade Center. 541 Meter hoch wird er aufra-

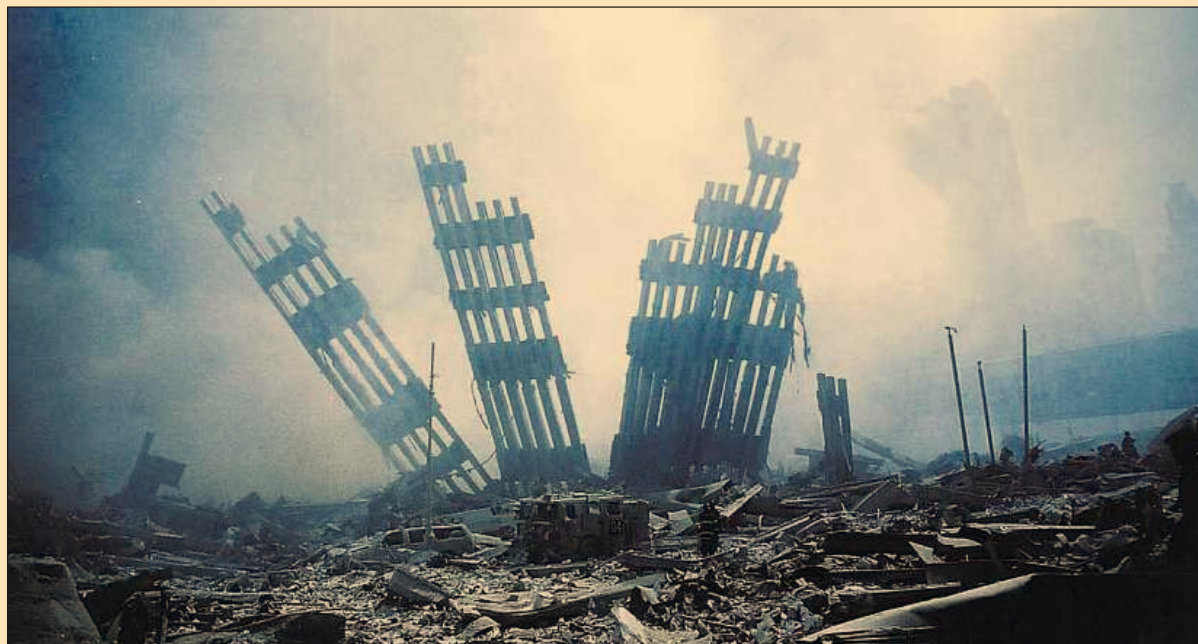
gen, nach amerikanischen Maßen sind das 1776 Fuß, eine symbolische Zahl, die an das Gründungsjahr der Vereinigten Staaten erinnert. Gut achtzig Stockwerke sind im Rohbau fertig, langsam beginnt das Gebäude die Silhouette zu dominieren, das Symbol allmählich zurückkehrender Normalität.

Gleichwohl fehlt es nicht an enttäuschten Stimmen. Die wohl markanteste gehört Paul Goldberger, Amerikas bekanntestem Architekturkritiker. „In der Stadt der Wolkenkratzer hätten wir etwas wagen sollen. Wir hätten den grünen, aufregendsten, innovativsten Wolkenkratzer bauen können. Wir haben die Chance vergeben.“

Dann natürlich die Saga um Daniel Libeskind. Von ihm stammt zwar der Masterplan, der das Gelände ordnet, doch in den Details ist von seinen Ideen nicht viel übriggeblieben. Libeskind wollte eine Gedenkstätte tief in der alten Baugrube, andere wehrten sich gegen das „Loch“ mitten im Finanzdistrikt und setzten sich durch: Arads Brunnen liegen auf Straßenniveau. Auch der Twin-Tower-Ersatz entsteht nicht nach Libeskind's Blaupause, sondern nach der von David Childs, eines Experten für – zumeist wenig spektakuläre – Hochhäuser.

Vorher frei, nachher frei

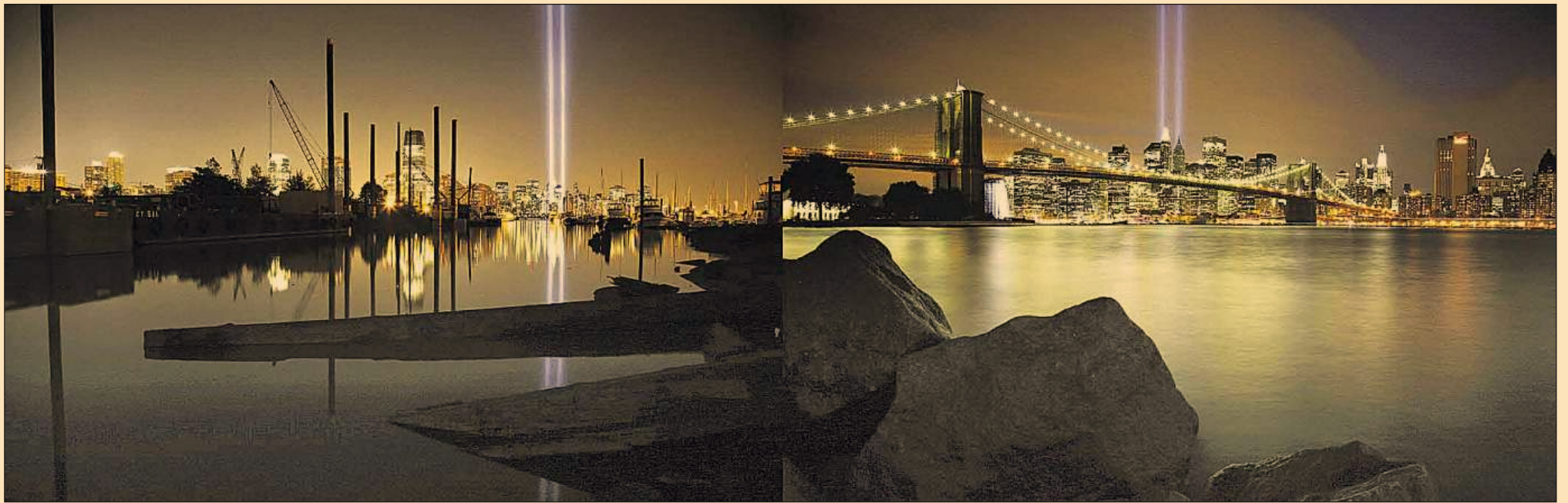
Warum der höchste Turm nicht mehr Freedom Tower heißt? Christopher Ward, der Direktor der New Yorker Hafenbehörde, die das Areal im Süden Manhattans verpachtet, begründet es so: „Wir waren vor 9/11 frei, wir waren nach 9/11 frei. Wir brauchen nicht extra einen Turm namens Freiheit.“ (fh)



Trümmerlandschaft auf Ground Zero, heute steht dort die Gedenkstätte für die 3000 Toten.

Foto: AFP

Wie Österreicher die Torgefahr einschätzen



Ansichten der Turmsuche des Fotokünstlers Günther König in New York vom Wasser aus.

Fotos: Günther König

62 Prozent sagen: Die Welt ist heute weniger sicher

41 Prozent der Österreicher fürchten, dass sie selbst eines Tages Opfer eines Terroranschlags werden könnten. Aber auch wenn die Welt als weniger sicher eingestuft wird: Für 88 Prozent hat sich das Leben kaum geändert.

Conrad Seidl

Der Terroranschlag vom 11. September 2001 war nicht der erste und nicht der letzte, der die Gemüter der Österreicher tief bewegt hat: Seit den 1970er-Jahren waren sie Anschläge im Inland gewohnt – und der Attentäter von Oslo hat wiederum für eine neue Gefühlsregung gesorgt: Derzeit werden – wie die Grafik zeigt – Anschläge durch einzelne Wahnsinnige, ein Cyber-War, und die Plünderung von Banken sowie Anschläge durch Rechtsradikale als die größten terroristischen Bedrohungen gesehen; Anschläge durch Islamisten liegen nur im Mittelfeld.

Insgesamt sagen nur sieben Prozent der Österreicher, die Welt sei in den vergangenen zehn Jahren sicherer geworden, 62 Prozent vermuten das Gegenteil.



Für das österreichische Umfeld vermuten 21 Prozent – vor allem Grün-, aber auch FPÖ-Wähler – eine Verbesserung der Sicherheitslage.

Hat sich nun das Leben unter dem Eindruck von Terrorgefahren verändert, oder hat es da keine Veränderungen gegeben? Nur ein Prozent der Bevölkerung sieht sehr starke Veränderungen, weitere neun Prozent spürbare Änderungen, 15 Prozent geringe Änderungen, und für 73 Prozent hat sich in dieser Hinsicht gar nichts getan.

Nach Terroranschlägen gibt es ja immer wieder Diskussionen, und da werden im Wesentlichen zwei Meinungen vertreten. Die einen sagen: „Um die Terrorgefahr zu verringern, soll der Staat scharfe Maßnahmen ergreifen, auch wenn das eine Einschränkung von Bürgerrechten bedeu-

tet.“ Die anderen sagen: „Eine Einschränkung von Bürgerrechten ist keinesfalls zulässig, scharfe Einschränkungen der offenen Gesellschaft würden genau den Terroristen recht geben.“ Market legte diese beiden Fragen 400 repräsentativ ausgewählten Wahlberechtigten vor – und stellte fest, dass es hier eine Pattsituation gibt: Jeder der beiden Meinungen neigen genau 41 Prozent zu. Dabei vertreten jüngere und hochgebildete Befragte mehrheitlich die liberale Position, Menschen vom Land und Frauen halten sich eher an den Vorschlag rigider Eingriffe.

DER STANDARD ließ auch fragen: „Wie sehen Sie das persönlich? Ist Ihr eigenes Risiko, Opfer eines Terroranschlags zu werden, heute größer oder kleiner als vor zehn Jahren, oder hat sich da nichts geändert?“ Dabei zeigt sich ein klarer Zusammenhang mit der vorherigen Frage: Jene 41 Prozent, die ein gesteigertes persönliches Bedrohungsgefühl wahrnehmen, decken sich in hohem Maße mit jenen anderen 41 Prozent, die ein härteres Durchgreifen zulasten von Bürgerrechten befürworten.

Jedenfalls sehen 55 Prozent ihr persönliches Risiko unverändert, drei Prozent meinen sogar, es sei gesunken. **Antiterrorgesetz Seite 17**

Terrorgefahr für Österreich

Frage: Es gibt ja verschiedene Bedrohungen für unser Land, die unter „Terrorgefahr“ zusammengefasst werden. Ich lese Ihnen nun verschiedene Bedrohungen vor und bitte Sie, nach dem Schulnotensystem zu sagen, ob eine Gefahr aus dieser Richtung für Österreich zutrifft. 1 bedeutet sehr starke Gefahr und 5 bedeutet gar keine Gefahr. Dazwischen können Sie abstimmen.

| | sehr starke Gefahr | Note 2 | Note 3 | Note 4 | keine Gefahr |
|---|--------------------|--------|--------|--------|--------------|
| Anschläge durch einzelne Wahnsinnige | 35 | 28 | 24 | 7 | 5 |
| Bedrohungen über Internet, sg. Cyber-War | 22 | 32 | 24 | 12 | 10 |
| Plünderungen von Banken | 18 | 27 | 24 | 17 | 14 |
| Anschläge durch Rechtsradikale | 11 | 25 | 33 | 20 | 11 |
| Geiselnahmen | 9 | 22 | 34 | 22 | 13 |
| Attentate auf Menschenansammlungen | 9 | 23 | 25 | 26 | 16 |
| Anschläge durch Islamisten | 7 | 18 | 32 | 28 | 15 |
| Attentate auf einzelne Politiker | 5 | 20 | 30 | 29 | 16 |
| Anschläge durch religiöse Sekten | 7 | 17 | 31 | 25 | 19 |
| Anschläge durch Linksradikale | 7 | 16 | 33 | 24 | 20 |
| Zerstörung von Stätten des Glaubens | 5 | 20 | 26 | 28 | 20 |
| Anschläge durch Migranten, die in Österreich leben | 6 | 18 | 29 | 24 | 23 |
| Sabotageakte an der Infrastruktur | 8 | 13 | 30 | 27 | 21 |
| Verwüstung staatlicher Ämter, Behörden | 6 | 17 | 30 | 26 | 21 |
| Anschläge durch organisiertes Verbrechen, die Mafia | 7 | 16 | 24 | 24 | 28 |
| Luftpiraterie, Flugzeugentführungen | 4 | 15 | 18 | 29 | 34 |
| Anschläge im Zuge eines Volksaufstandes | 4 | 10 | 19 | 23 | 44 |
| Anschläge durch nationale Freischärler, Befreiungskämpfer | 2 | 9 | 15 | 28 | 46 |

Quelle: telefonische CATI-Interviews, repräsentativ für die österreichische Bevölkerung ab 16 Jahren; 2. bis 4. August 2011; n = 400 Befragte; Ergebnisse in Prozent

DER STANDARD

Die Jahrhundertfrage: 11/9, 9/11 oder 9/15

Berliner Mauerfall, Al-Kaida-Terror und Lehman-Kollaps stehen für ganz unterschiedliche Wendepunkte

Eric Frey

Die Frage, welche Ereignisse eine Jahrhundertwende markieren, ist für Historiker mehr als ein Spiel, denn die Antwort legt ihre jeweilige Interpretation der Geschichte offen. Für den britisch-österreichischen Historiker Eric Hobsbawm reicht das „lange 19. Jahrhundert“ von 1789 bis 1914. Das „kurze 20. Jahrhundert“ lässt er in seinem Buch *Das Zeitalter der Extreme* bereits mit der Auflösung der Sowjetunion im Dezember 1991 enden; viele, die seine marxistischen Thesen sonst nicht teilen, stimmten ihm lange Zeit in diesem Punkt zu.

Das große symbolische Ereignis auf dem Weg zum Ende des Kommunismus war allerdings der Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989, und es ist dieser Tag, der seither als Ende und Beginn einer Ära genannt wurde. Die gesamten 1990er-Jahre wählten sich viele Kommentatoren und Essayisten daher bereits im 21. Jahrhundert.

Dahinter steckte eine optimistische teleologische Interpretation

der Zeitgeschichte: Das Jahrhundert, in dem die Menschheit ihre blutigsten Kriege geführt und die schlimmsten Genozide begangen hat, endete demnach mit dem Sieg von Freiheit, Demokratie und der Wohlstand schaffenden Marktwirtschaft. Irreversibel sei dieser Triumph, behauptete zumindest Francis Fukuyama in seinem umstrittenen Essay vom Ende der Geschichte.

Krieg statt Sieg

Dieser Optimismus brach am 11. September 2001 in sich zusammen, der Al-Kaida-Terror in New York und Washington brachte auf schockierende Weise die Wiederkehr der Geschichte. Allerdings gab es davor und danach eine Konstante, nämlich die globale Dominanz der USA und des Westens. Der Kampf gegen die Feinde von Menschenrechten und Demokratie sei noch nicht zu Ende, sondern trete nun, mit dem wahren Beginn des 21. Jahrhunderts, in eine neue Phase. Die Bedrohung durch Rechts- und Linksextremismus sei durch einen radi-

kalen Islam mit ebenfalls fundamentalistischen, totalitären Zügen abgelöst worden.

Die Umkehrung von 11/9 – die amerikanische Schreibweise für den Tag des Berliner Mauerfalls – auf 9/11 ließ das 20. Jahrhundert nicht als Sieg der westlichen Aufklärung enden, sondern als Fortsetzung eines manichäischen Kampfes gegen deren Feinde. Als „Vierten Weltkrieg“, der an den Kalten Krieg anschließt, bezeichnete Norman Podhoretz, einer der geistigen Väter der Neokonservativen, 2004 den Krieg gegen den „Islamofaschismus“. Dass die USA diesen Kampf, genauso wie einst gegen Nationalsozialismus und Kommunismus, gewinnen würden, daran hegten er und seine Geistesbrüder keine Zweifel.

China statt Amerika

Das Jahrzehnt seit 9/11 wurde neben der Auseinandersetzung mit dem Islamismus allerdings vor allem vom ökonomischen Niedergang der Industriestaaten geprägt. Die beiden Phänomene sind eng miteinander verknüpft:

Die Niedrigzinspolitik, mit der die Federal Reserve auf die Terrorangriffe reagierte, heizte die Kreditblase in den USA an, und die Kosten der Kriege im Irak und Afghanistan trieben den US-Schuldenberg in die Höhe. Gleichzeitig beschleunigte sich der wirtschaftliche Aufschwung Chinas, das zum weltgrößten Exporteur aufstieg und durch seine riesigen Handelsüberschüsse ebenfalls den Weg in die Finanzkrise beschleunigte.

Chinas jüngster merkantilistischer Triumphzug nahm seinen Ausgang am 11. Dezember 2001, als das Land der Welthandelsorganisation WTO beitrug – nur zufällig genau drei Monate nach 9/11. Aber das echte Schlüsselereignis für die Finanz- und Wirtschaftskrise bleibt der 15. September 2008, der Tag des Kollaps von Lehman Brothers. Wenn das „Amerikanische Jahrhundert“ tatsächlich bereits vorüber ist und das 21. von China und anderen Schwellenländern bestimmt wird, dann werden die Historiker von morgen den Beginn dieser Ära wohl an diesem Tag festmachen.



Zwischen dem Tag des Triumphes westlicher Werte am 9. November 1989 und dem ... Foto: AP



... Tag der Demütigung von Lehman-Chef Richard Fuld am 15. September 2008 liegt 9/11. Foto: EPA

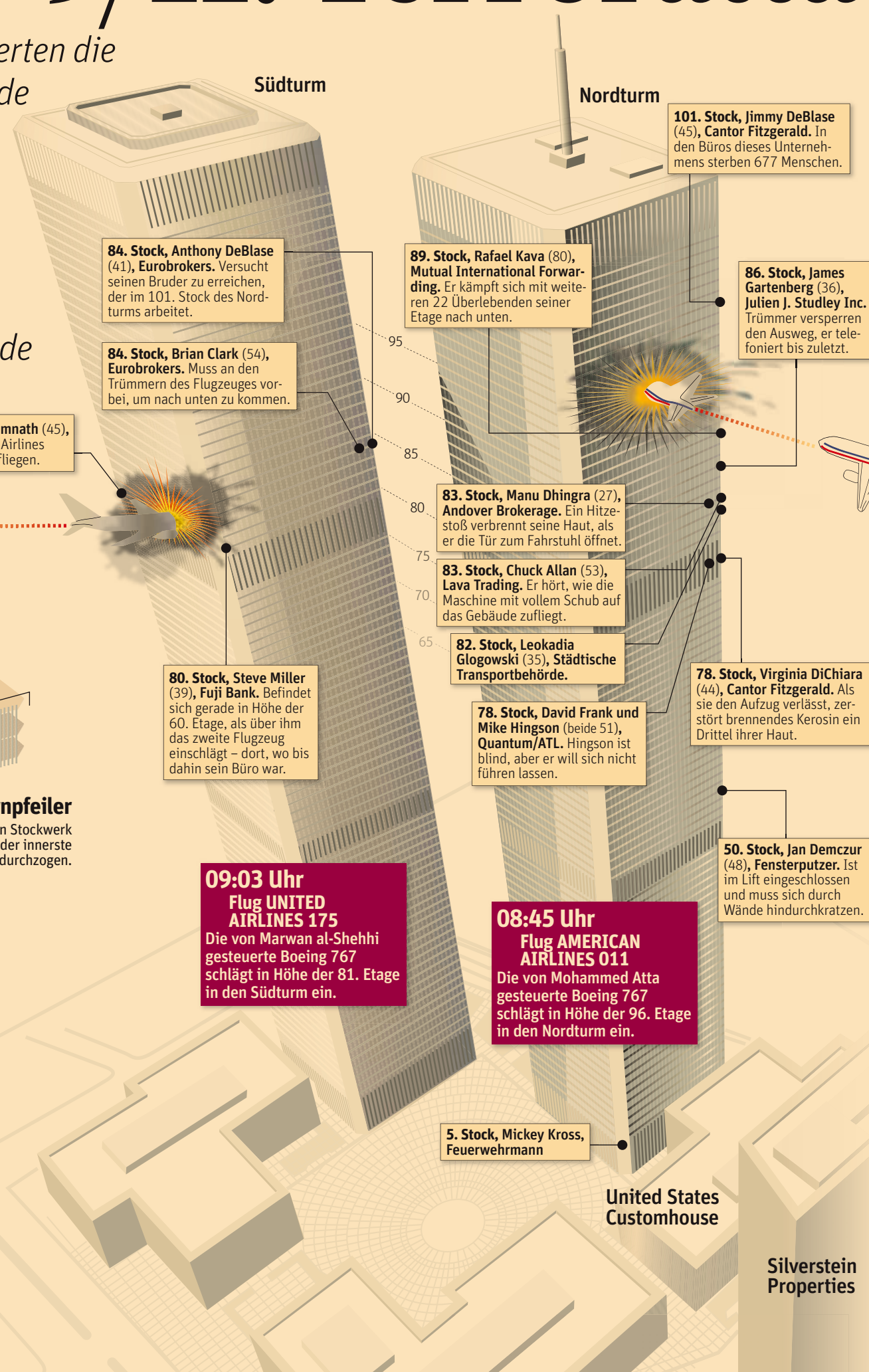
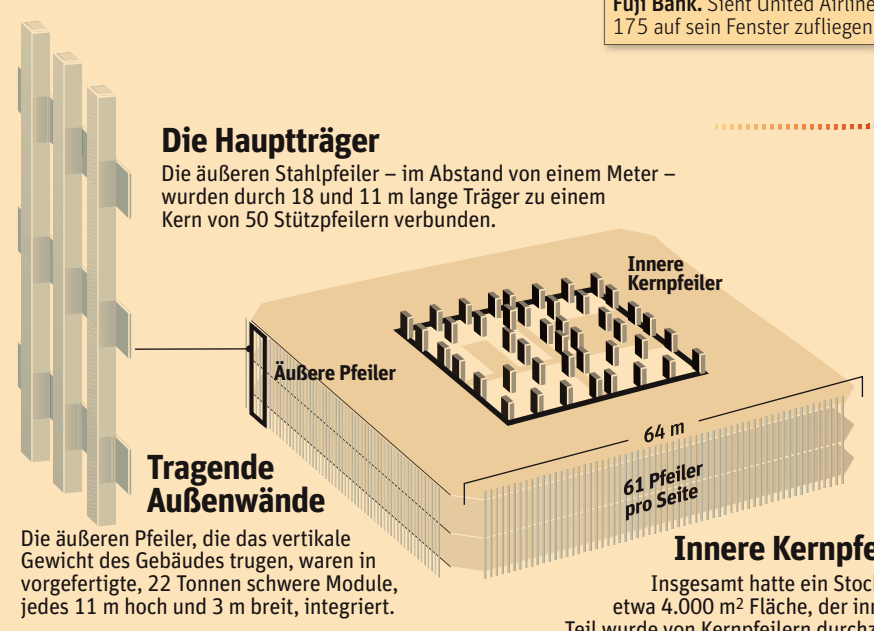
9/11: Terrorattacke auf Amerika

9/11 Vor zehn Jahren erschütterten die Anschläge auf World Trade Center und Pentagon die Welt. Ein Protokoll einer bis dahin ungesehenen Attacke, ein Blick auf die Täter und auf die Gedenkstätte, die den knapp 3000 Opfern von 9/11 an diesem Wochenende gewidmet wird.

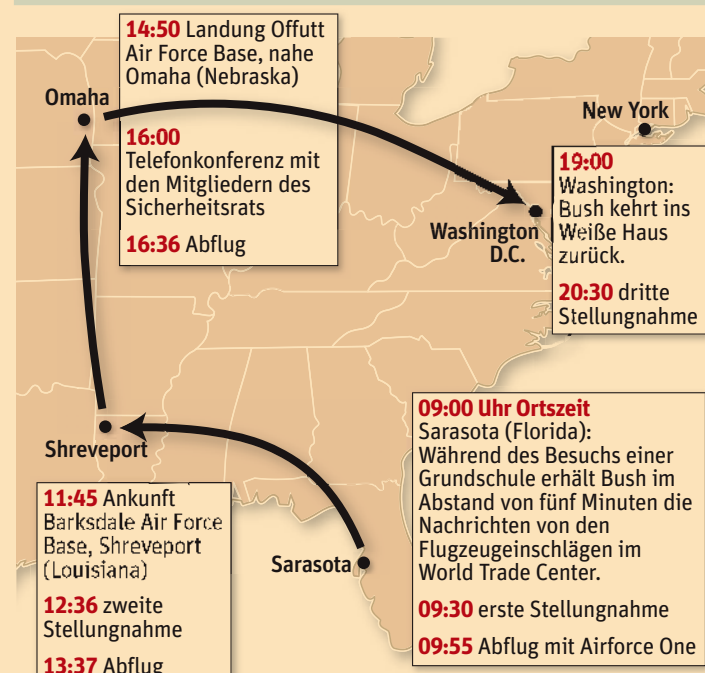
Die Hauptträger
Die äußeren Stahlpfeiler – im Abstand von einem Meter – wurden durch 18 und 11 m lange Träger zu einem Kern von 50 Stützfeilern verbunden.

Tragende Außenwände
Die äußeren Pfeiler, die das vertikale Gewicht des Gebäudes trugen, waren in vorgefertigte, 22 Tonnen schwere Module, jedes 11 m hoch und 3 m breit, integriert.

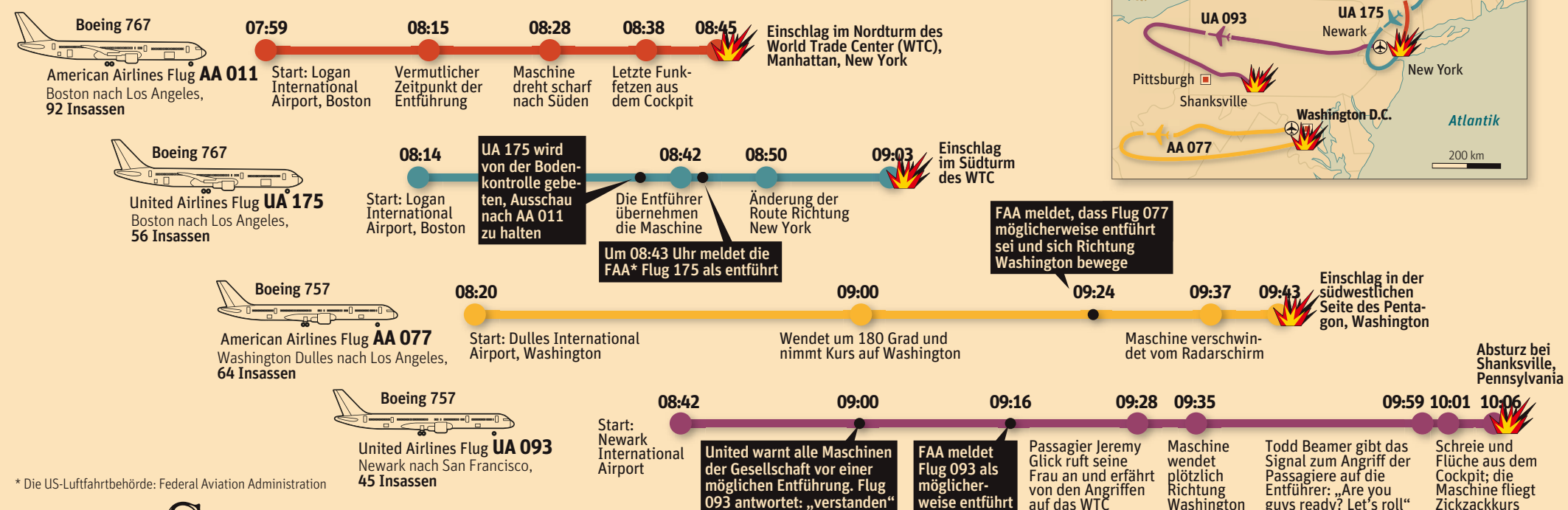
Innere Kernpfeiler
Insgesamt hatte ein Stockwerk etwa 4.000 m² Fläche, der innerste Teil wurde von Kernpfeilern durchzogen.



BUSHS LANGER WEG ZURÜCK



DIE ENTFÜHRTEN MASCHINEN



GOTTESFLIEGER – DIE ATTENTÄTER DES 11. SEPTEMBER

American Airlines 011



United Airlines 175



American Airlines 077

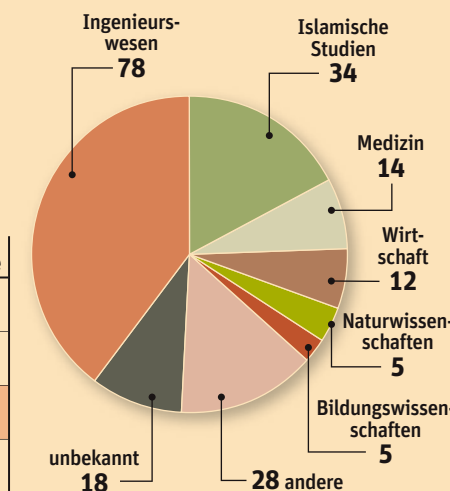


United Airlines 093



INGENIEURE DES TERRORS

Die Soziologen Diego Gambetta und Steffen Hertog fanden bei der Auswertung der Biografien von 286 islamischen Terroristen aus Arabien und Südostasien heraus, dass überdurchschnittlich viele, nämlich 196, eine Universität besucht hatten. Insbesondere die Ingenieurwissenschaften waren unter den Militanten überproportional vertreten.



| Anschlag | Anzahl Terroristen | Anteil Ingenieure |
|---|--------------------|-------------------|
| Bombenanschlag auf das WTC, 1993 | 12 | 41,7 % |
| Bombenanschläge auf Botschaften in Afrika, 1998 | 16 | 42,9 % |
| Anschläge vom 11. September, 2001 | 19 | 57,1 % |
| Bombenanschlag auf Nachtklub, Bali, 2002 | 23 | 66,7 % |

1. KALIFORNIEN: Einreise der Logistiker

15. Jänner 2000, Los Angeles, Kalifornien: Die Logistiker Chalid al-Midhar und Nawaf al-Hamsi treffen mit einem Flug aus Hongkong ein. Fröhjahr 2000, San Diego, Kalifornien: Midhar und Hamsi wohnen in den Parkwood Apartments, 26401 Mount Ada Road.

2. NEW JERSEY: Einreise der Piloten

29. Mai 2000, Newark, New Jersey: Pilot Marwan al-Shehhi reist in die USA ein. 29. Juni 2000, Newark, New Jersey: Pilot Ziad Jarrah reist in die USA ein. August 2000, Venice: Atta und Shehhi beginnen mit ihrem Flugunterricht. 29. 12. 2000, Miami: Atta und Shehhi mieten für 6 Stunden einen Boeing-Simulator und über das Fliegen von Kurven.

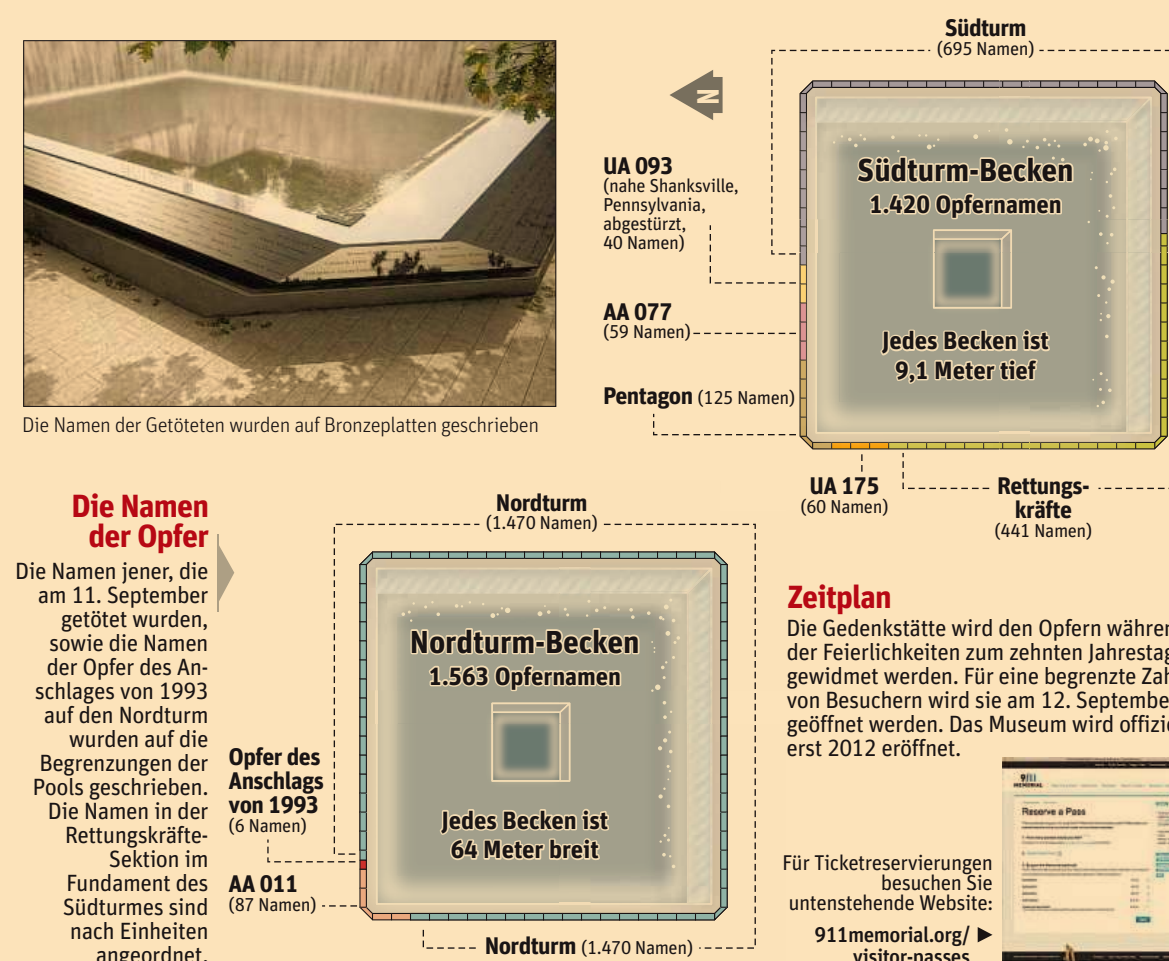
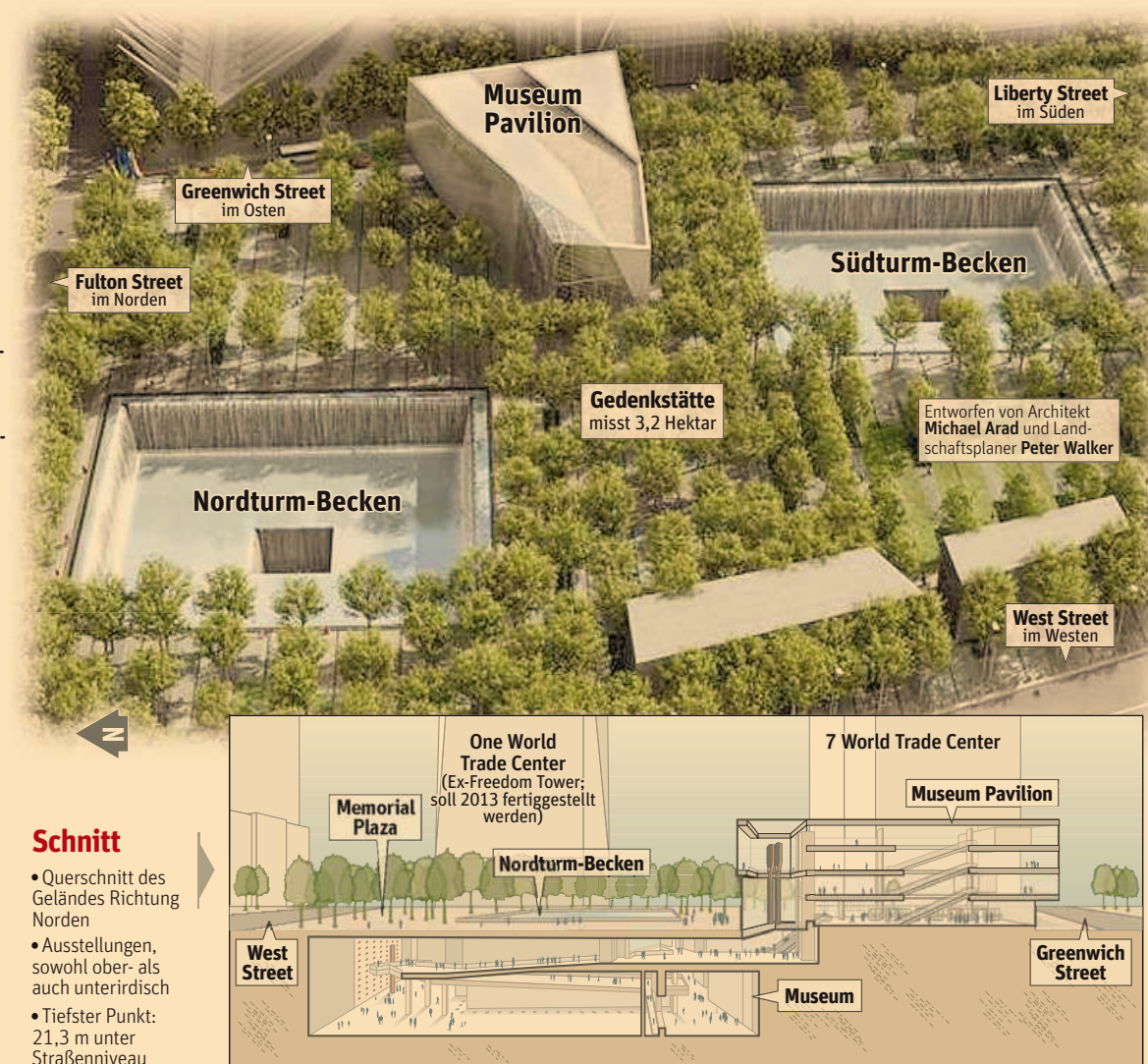
3. Einreise der Kämpfer

zwischen März und Juni 2001: Die Kämpfer Salim al-Hamsi, Majid Mukid, Hamsa al-Ghamdi, Fajis Ahmed, Satam al-Sukami, Wail und Walid M. al-Shari, Abd al-Asis al-Umari, Said al-Ghamdi, Ahmed al-Hasnawi und Ahmed al-Nami reisen in die USA ein, u. a. über Miami und Orlando, Florida und über Washington D.C.

PENTAGON

American Airlines, Flug 077, krachte in den westlichen Teil des US-Verteidigungsministeriums, genau auf der Seite, an dem der befestigte Ausgang zum Hubschrauberlandeplatz angelegt war. Die 64 Passagiere der Boeing 757 und 125 Menschen im Pentagon kamen dabei ums Leben. Weil dieser Teil des Gebäudes gerade renoviert wurde, befanden sich dort nur etwa 800 von 4500 Beamten an ihren Schreibtischen. Die erneuerte Sprinkleranlage rettete vielen Menschen im 1. Stock und in den angrenzenden Blöcken das Leben. 19 Minuten nach dem Einschlag und dem ausbrechenden Feuer brach der 1. Stock in sich zusammen. Das Einschlagloch war anfangs fast nicht auszumachen, da die entführte Boeing 757 mittig auf ein Eisentor für Zulieferer einschlug und erst im Gebäude-Komplex in einer Kerosin-Feuerwolke explodierte. Wegen der extrem geringen Beschädigung um das Gebäude, widersprüchlicher Zeugnisaussagen und des Vorenthaltes von Informationen durch das Verteidigungsministerium kursieren mehrere Verschwörungstheorien über den Anschlag.

GEDENKSTÄTTE AM GROUND ZERO

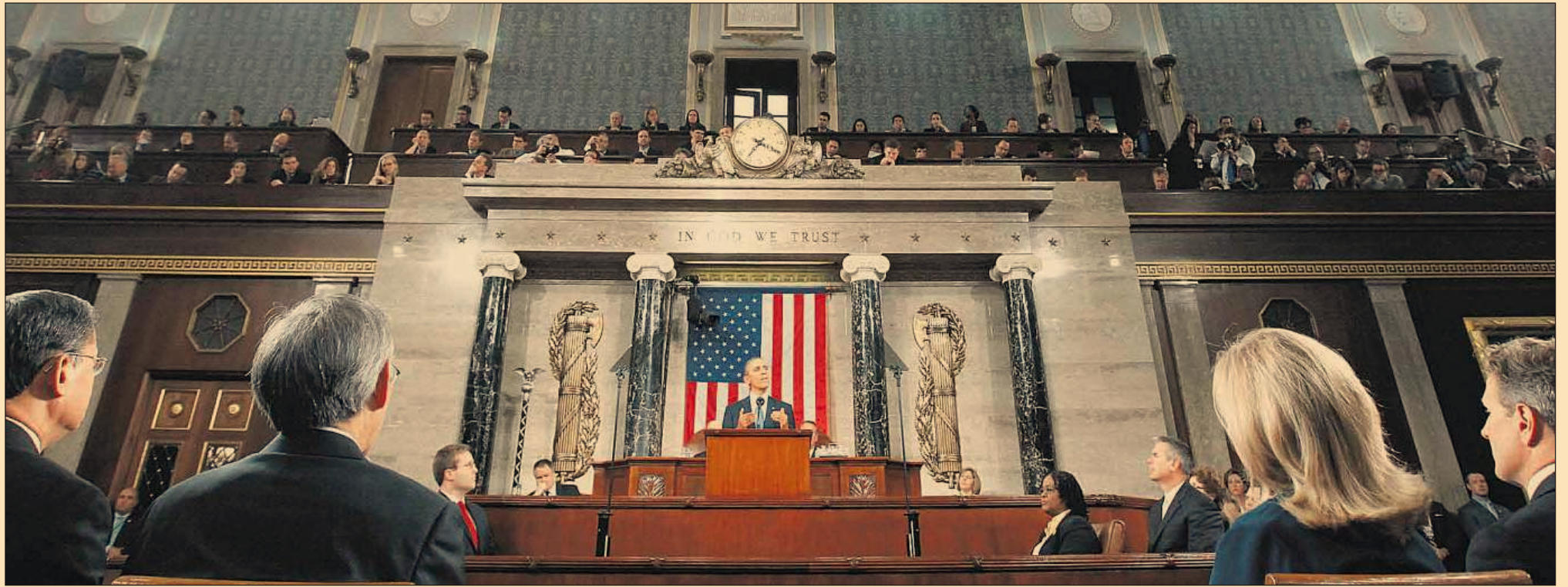


Die Namen der Opfer

Die Namen jener, die am 11. September getötet wurden, sowie die Namen der Opfer des Anschlag von 1993 auf den Nordturm wurden auf die Begrenzungen der Pools geschrieben. Die Namen in der Rettungskräfte-Selektion im Fundament des Südturms sind nach Einheiten angeordnet.

Zeitplan
Die Gedenkstätte wird den Opfern während der Feierlichkeiten zum zehnten Jahrestag gewidmet werden. Für eine begrenzte Zahl von Besuchern wird sie am 12. September geöffnet werden. Das Museum wird offiziell erst 2012 eröffnet.

Für Ticketreservierungen besuchen Sie untenstehende Website: 911memorial.org/visitor-passes



US-Präsident Barack Obama rief bei einer Sondersitzung beider Kongresskammern zur Kooperation auf: Bremser bezeichnete er als Feinde des kleinen Mannes. Foto: EPA/Lamarque

„Stoppt den politischen Zirkus!“

Mit einem Maßnahmenpaket über 450 Milliarden Dollar will Präsident Barack Obama verhindern, dass die USA zum zweiten Mal innerhalb dreier Jahre in eine Rezession rutschen – und macht damit Wahlkampf.

Washington / New York – So unterkühlt, wie John Boehner auf Barack Obamas Plan zur Schaffung neuer Arbeitsplätze reagierte, so diplomatisch geschickt war er bemüht, ihn nicht in Bausch und Bogen abzulehnen. Die Vorschläge des Präsidenten hätten Aufmerksamkeit verdient, sagte der Vorsitzende des Repräsentantenhauses, doch dann: „Wir hoffen nur, dass er auch unseren Ideen ernsthaft Aufmerksamkeit schenkt.“

Mit einem 450-Milliarden-Dollar-Paket will Obama die Wirtschaft ankurbeln und vermeiden, dass die USA ein zweites Mal binnen drei Jahren in die Rezession zurückfällt. Schulen möchte er reparieren lassen, die wegen Geld-

mangels drohende Entlassung von Lehrern verhindern, Milliarden in Straßen, Bahnstrecken und Flughäfen stecken. Zugleich kündigte er Steuerentlastungen an, damit verunsicherte Unternehmer wieder Leute einstellen.

Die Abgaben für Pensionen und Gesundheitsprogramme sollen noch einmal sinken. Bereits für 2011 waren sie von 6,2 auf 4,2 Prozent verringert worden. Fürs nächste Jahr peilt der Präsident einen Satz von drei Prozent an. Auch den Arbeitgeberanteil will er reduzieren, nicht nur wie bisher den der Beschäftigten.

Wie das Paket finanziert werden soll, wird das Weiße Haus in zehn Tagen erläutern. Worum es

zunächst ging, war das politische Signal: Die Konservativen sollen endlich kooperieren, statt neue Hürden in den Weg zu stellen.

„Stoppt den politischen Zirkus!“, rief Obama, an die Opposition gewandt. Allein der protokollarische Rahmen seiner Rede, eine der seltenen Sondersitzungen beider Kongresskammern, sollte den Ernst der Lage unterstreichen. Zugleich nahm er sein Leitmotiv für den Wahlkampf 2012 vorweg.

Wenn es die Republikaner ernst meinten und nicht nur die Interessen ihrer reichen Freunde im Auge hätten, sondern auch die der Normalverbraucher, dann könnten sie nicht Nein sagen zu einem Versuch, Arbeitsplätze zu schaffen. „Der Plan ist das Richtige, was nun zu tun ist.“ Nicht weniger als 15-mal rief Obama zur Eile auf. Wer ihm Knüppel in den Weg werfe, lautete die Botschaft, den werde er bloßstellen: als Bremser auf Kosten des kleinen Mannes.

Ob Bewegung in die Fronten kommt, bleibt abzuwarten. Im Juli waren Demokraten und Republikaner beim Streit ums Schuldenlimit am Rande des Abbruchs gewandelt, so dicht, dass die Ratingagentur S&P die Kreditwürdigkeit der USA herabstufte. Nun hoffen die Optimisten, dass das drohende Abrutschen ins Konjunkturtal die Schlichter die Oberhand gewinnen lässt. Die Pessimisten sprechen dagegen von Wunschen: Der in Schwung kommende Wahlkampf dürfte die Polemik eher noch verschärfen, zumal die Republikaner Obama vor allem als eines hinstellen möchten: als überforderten Jus-Professor, der von Wirtschaft nichts versteht. Der konservative Senator Mitch McConnell hatte schon vor der Rede gepoltert: „Das ist kein Plan zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Das ist der Plan für die Wiederwahl.“ (fh)

G-7 Seite 27, Kommentar Seite 44

US-Behörden warnen vor einem neuen Anschlag

„Bedrohung auf Stufe 5 bis 6“
Polizeipräsenz aufgestockt

New York – Vor den Gedenkfeiern zum Jahrestag der Anschläge vom 11. September 2001 sorgen neue Terrorhinweise für Unruhe. „Es gibt glaubhafte Informationen, dass Terroristen einen Plan ausgeheckt haben“, sagte New Yorks Bürgermeister Michael Bloomberg in der Nacht auf Freitag bei einer spontan einberufenen Pressekonzferenz. US-Medien hatten berichtet, dem Heimatschutzministerium in Washington liege „eine spezifische, glaubhafte, aber unbestätigte Information über eine Bedrohung“ vor.

CNN meldete unter Berufung auf einen hochrangigen US-Beamten, auf einer Skala von eins bis zehn werde die Bedrohung „bisher“ auf einer Stufe 5 oder 6 eingeordnet. Sie scheine sich „auf New York und Washington (...) zu konzentrieren“ und drehe sich möglicherweise um drei Personen, die in die USA eingereist sein könnten. Bei der Gefahr könne es sich um eine Autobombe handeln, „aber das geheimdienstliche Bild ist noch nicht vollständig“.

New Yorks Polizeichef Raymond Kelly bestätigte, dass die Stadt den Hinweis sehr ernst nehme. Das wegen der Gedenkfeiern für die Opfer von 9/11 ohnehin verstärkte Polizeiaufgebot werde nach der Warnung um ein weiteres Drittel aufgestockt.

In Berlin wird nach der Festnahme von zwei mutmaßlichen Terroristen auf Hochtouren ermittelt. Untersucht werde auch, welche Auswirkungen die beschlagnahmten Chemikalien hätten haben können, sagte ein Polizeisprecher am Freitag. Im Laufe des Tages sollte sich entscheiden, ob die Männer in Haft kommen oder freigelassen werden müssen. Die am Donnerstag festgenommenen Männer arabischer Herkunft sollen sich für den Bau einer Bombe Chemikalien besorgt haben.

„Immer noch Gefahr“

Die EU sieht den Kampf gegen den Terror nicht als beendet an. „Die Welt hat schnell und nachhaltig auf die Geißel des Terrorismus reagiert, dennoch sind die fehlgeleiteten Ideologien hinter diesen Attacken immer noch eine Bedrohung“, erklärten EU-Kommissionspräsident Jose Manuel Barroso und Ratspräsident Herman Van Rompuy. Deutschlands Kanzlerin Angela Merkel bezeichnete den Terrorismus als „neue große Bedrohung“. (Reuter, AP)

„Wir hatten wochenlang Angst, aus dem Haus zu gehen“

Kunst und Streit: Schwierige Aufarbeitung des Traumas

Frank Herrmann aus New York

Die brennenden Zwillingsstürme, ein Panzer in Bagdad, eine Aufnahme Osama Bin Ladens – was soll auf die Titelseite? Wafaa Bilal bastelt nachdenklich an der Zeitung für den 11. September. In der Aperture Gallery, einer zur Kunsthalle umgebauten Fabrik am Hudson River, sitzt er vor einem Flachbildschirm und berät mit New Yorker Teenagern, was das vergangene Jahrzehnt so nachhaltig prägte, dass es am Tag des Gedenkens nach vorne gehört.

Bin Laden hat dort nichts zu suchen, ist sich die Runde bald einig. „Seinetwegen hat die Welt uns Muslime in die Nähe von Killern gerückt. Außerdem, der arabische Frühling hat Bin Laden erledigt, da war er noch nicht einmal tot“, sagt Bilal und schlägt vor, Fotos von Kriegsoffizieren zu drucken. Fotos aus Afghanistan, aus Irak und natürlich aus New York, denn zumindest aus amerikanischer Sicht sei ja auch 9/11 ein Krieg gewesen.

Wafaa Bilal, Kunstprofessor der New York University, hat einen

interessanten Blick auf die Welt. 1991 musste er aus dem Irak fliehen, weil er sich als Student gegen Saddam Hussein auflehnte. Nach zwei Jahren in einem saudischen Camp kam er in die USA, als die Türme brannten, lebte er in Chicago. Am Tag danach wurde er auf der Straße angepöbelt: „Bin Laden, go home!“ „Wir hatten wochenlang Angst, aus dem Haus zu gehen.“

2004 verlor er seinen Bruder, der in der Stadt Kufa von einer Rakete getötet wurde. Er fühle sowohl die Schmerzen der Amerikaner als auch die der Iraker, sagt Bilal und findet, dass Amerikaner über irakische Kriegstote viel zu wenig wissen. Deshalb gehören sie auf seine Titelseite.

Am Park Place, zwei Häuserblocks vom World Trade Center entfernt, blinken die blauen und roten Leuchten der Polizeistreifenwagen. Metallgitter und Betonblöcke liegen bereit, um notfalls das gesamte Karree abzusperren. Hier befindet sich das Provisorium einer Moschee, die gelassene New Yorker Park 51 nennen, wäh-



Für Präsident George Bush begann die Aufarbeitung bei seinem Auftritt mit Feuerwehrmännern am 14. September 2001 am Ground Zero.

Foto: EPA

rend wütende Ideologen aus Florida von der Ground-Zero-Moschee reden, einer Provokation.

Faisal Abdul Rauf, der Imam, der in Park 51 predigen sollte, hat entnervt das Handtuch geworfen. Scharif al-Gamal, der Unternehmer, dem die Immobilie gehört, will endlich die Abrissbagger anrücken lassen und ein modernes islamisches Zentrum hochziehen. Doch de facto liegt alles auf Eis.

Amy Waldman, einst Südasien-Korrespondentin der *New York Times*, heute Schriftstellerin, hat die Kontroverse in einem neuen Buch aufgegriffen. Ihr Romanheld, ein New Yorker mit indischen Wurzeln, gewinnt die Ausschreibung für eine Gedenkstätte am Ground Zero. Als die Jury hinterher erfährt, dass er Moslem ist, will sie ihre eigene Entscheidung kippen. Was folgt, ist ein grotesker Eieranzug. Bei einer Lesung schildert Waldman, wie ihre liberalen Freunde die Sache sehen. „Alle sagen, klar, Muslime haben das

Recht, eine Moschee zu bauen, wo immer sie wollen. Und im nächsten Atemzug: Aber es wäre besser, wenn sie keinen Gebrauch von diesem Recht machten.“

Anthony Palmeri versucht, das Trauma künstlerisch zu verarbeiten. Er tritt in Theatern, Synagogen und Kirchen auf, ein Laienschauspieler, der seine Geschichte erzählt. Palmeri war damals bei der freiwilligen Feuerwehr in New Jersey. Neun Monate lang fuhr er nach Feierabend in die trostlose Grube Manhattans, erst, um nach Leichen zu suchen, dann, um aufzuräumen. Sein schlimmstes Erlebnis habe er gleich zu Beginn gehabt. Ein Leutnant forderte ihn auf, die dreckverkrustete Jacke eines Feuerwehrmanns auf seinen Pick-up zu laden. „Verstehen Sie, ich sollte diese Jacke nehmen und auf den Müll werfen. Der Mann, dem diese Jacke gehörte, hat nicht verdient, auf den Müll geworfen zu werden. Ich wurde nie wieder gebeten, so etwas zu tun.“





Die permanente Selbsterneuerung New Yorks hat nach dem 11. September 2001 einen Tempowechsel erlebt.

Fotos und Collage: Günther König

„Natürlich gibt es moralisch vertretbares Töten“

Uwe Steinhoff gilt vielen als „philosophe provocateur“. Im Gespräch mit **Gianluca Wallisch** erklärt er, warum er Tyrannenmord nicht ablehnt und warum der Westen in Libyen und Syrien mit den Wölfen heult.

STANDARD: Kann es überhaupt einen „Krieg gegen den Terrorismus“ geben, wie ihn George Bush unmittelbar nach 9/11 ausrief?

Steinhoff: Strenggenommen, kann man gegen den Terrorismus keinen Krieg führen, denn er ist ja im Prinzip nichts anderes als eine Methode zur Kriegsführung. Allenfalls kann man einen Krieg gegen Terroristen führen. Wenn das aber plausibel und konsistent sein soll, dann muss ein Krieg gegen alle Terroristen geführt werden. Die USA sind aber nicht konsequent und haben immer wieder selbst Terroristen Unterschlupf gewährt, zum Beispiel den Contras in Nicaragua. Und sie haben zu ihrer Zeit sogar die Taliban in Afghanistan gegen die Russen unterstützt.

STANDARD: Ihrer Definition nach können auch Staaten als Terroristen verstanden werden. Auch demokratische?

Steinhoff: Ja sicher, nehmen Sie den Zweiten Weltkrieg als Beispiel: die alliierten Bombardements von Dresden, die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki – all das war natürlich Terrorismus. Staatlicher Terrorismus.

STANDARD: „Krieg gegen Terrorismus“ ist also bloß ein Slogan, der sich gut verkaufen lässt?

Steinhoff: Ja. In den USA ist es gang und gäbe, Krieg gegen alles Mögliche zu erklären. Gegen die Armut, gegen Drogen, gegen ein schlechtes Bildungssystem. Das passendere, wenngleich weniger dramatische Wort wäre „Kampf“ oder „Engagement“.

STANDARD: Gibt es so etwas wie gerechtfertigtes Töten? Die USA scheinen ihre Vergeltungsaktionen nach 9/11 ja in diesem Sinne zu verstehen.

Steinhoff: Natürlich gibt es moralisch vertretbares Töten, etwa im Fall von Selbstverteidigung oder bei Tötung auf Verlangen, wenn ein Todkranker unsägli-

che Schmerzen leidet. Auch im politisch-kriegerischen Kontext kann es natürlich Situationen geben, die das Töten rechtfertigen. Man muss aber dabei beachten, dass auch der Feind das Töten rechtfertigen kann: So war Osama Bin Laden der Ansicht, dass die muslimische Welt unverschuldet Opfer westlicher Attacken wurde. Auf diese reagierte er mit drastischen, aber aus seiner Sicht gerechtfertigten Mitteln.

STANDARD: Dann ist die Legitimation des Tötens bloß eine definitivische Frage?

Steinhoff: Nicht ganz. Wenn es gerechtfertigte Kriege gibt, bleibt immer noch die Frage, ob gewisse Methoden nicht doch exzessiv sind. Ich glaube, dass der Angriff der USA auf Afghanistan unmittelbar nach 9/11 zunächst nicht das tatsächlich letzte mögliche Mittel war. Man hätte der Diplomatie noch mehr Spielraum geben können. Die Gewalt, mit der damals vorgegangen wurde, war exzessiv. Und der US-Angriff auf den Irak 2003 hatte nichts mit Terrorismusbekämpfung zu tun – er war also ungerechtfertigt.

STANDARD: Wie bewerten Sie die Tötung Osama Bin Ladens durch ein Spezialkommando des US-Militärs im vergangenen Mai?

Steinhoff: Die völkerrechtliche Frage ist und bleibt natürlich heftig umstritten. Was aber die philosophisch-moralische Dimension angeht, so bin ich der Ansicht, dass diese Kommandoaktion der USA durchaus legitim war – für den Fall, dass es mittelfristig tatsächlich keine andere Möglichkeit gab. Ich bin zum Beispiel auch kein Gegner der Entführung Adolf Eichmanns aus Argentinien durch die Israelis im Jahr 1960. Na gut, er wurde nicht ermordet, aber immerhin entführt – und das war damals ein großes völkerrechtliches Thema. Ich glaube nicht, dass diese Aktion unmoralisch war. Und ich finde es heute auch akzeptabel, wenn sich die US-Regierung auf den Standpunkt stellt, dass Bin Laden entkommen wäre,

wenn man die Pakistanis eingebunden hätte – leicht hätte etwas durchsickern können.

STANDARD: Darf man jemanden wie Osama Bin Laden einfach exekutieren?

Steinhoff: Wenn sich Bin Laden tatsächlich der Verhaftung widersetzt haben sollte, scheint es mir auch nicht moralisch ungerechtfertigt, ihn zu töten.

STANDARD: Ist Tyrannenmord eine politisch und philosophisch akzeptable Kategorie?

Steinhoff: Ja, das halte ich zweifelsohne für akzeptabel. Es ist mir schleierhaft, wie man etwas wie Tyrannenmord kategorisch ausschließen kann – zumal ihn sogar katholische Moraltheologien im Laufe der Geschichte immer wieder gerechtfertigt haben. Zu behaupten, dass Staatsoberhäupter nur wegen ihrer Position immun sein sollen, halte ich für einen Fetischismus, der allzu oft auf Kosten Unschuldiger geht.

STANDARD: Angenommen, die USA haben die Tötung Bin Ladens geplant, um die „Kampfmoral“ von Al-Kaida zu brechen – wäre das eine zielführende Strategie?

Steinhoff: Das halte ich für ausgeschlossen. Al-Kaida war immer ein fast autonomes Netzwerk. Die Vorstellung, Bin Laden sei ihr

Mastermind gewesen, ist abwegig. Der Kopf hinter 9/11 war Khalid Scheich Mohammed. Heute ist Al-Kaida noch viel flexibler und besteht gänzlich aus selbständigen Zellen. Die Zugehörigkeit zu Al-Kaida ist oft nur ein Slogan. Mit Bin Ladens Tötung wurde der Hydra keinesfalls der entscheidende, letzte Kopf abgeschlagen.

”



Die Zugehörigkeit zu Al-Kaida ist oft nur ein Slogan.
Uwe Steinhoff

“

will der Westen mit den Wölfen heulen. In Libyen war klar, dass Gaddafi verlieren wird. Bei Syrien bleibt abzuwarten, welche die richtige Seite, sprich: die Seite des Siegers sein wird.

UWE STEINHOFF (43) ist ein deutscher Philosoph und an den Universitäten von Hongkong und Oxford tätig. Zuletzt erschien auf Deutsch sein Buch „Zur Ethik des Krieges und des Terrorismus“ (ISBN 978-3-17-021723-2).

KURZ GEMELDET

UN-Chef Ban: Staat für Palästinenser „überfällig“

Canberra – Für UN-Generalsekretär Ban Ki-moon ist die Schaffung eines palästinensischen Staates, gegen dessen Aufnahme in die Vereinten Nationen die USA ihr Veto im Sicherheitsrat angekündigt haben, „längst überfällig“. Die Zwei-Staaten-Lösung sei eine „Vision“, die er weiterhin voll und ganz unterstütze, sagte Ban am Freitag in der australischen Hauptstadt Canberra. (AFP)

Jordanien: Muslimbrüder machen Druck auf König

Amman – In Jordanien verstärken die Muslimbrüder mit ihrem politischen Arm, der Islamischen Aktionsfront (IAF), den Druck auf die königliche Regierung. Hunderte Demonstranten forderten nach dem Freitagsgebet in mehreren jordanischen Städten weitgehende Verfassungsreformen, als sie von König Abdullah II. im Frühjahr in Folge von Massenprotesten in Aussicht gestellt wurden. Vor allem verlange man, dass das Volk seine Regierung selbst wählen kann. Bisher ernennt der König allein die Minister. (AFP)

EU: Serbiens Präsident gegen neue Bedingungen

Belgrad – Der serbische Präsident Boris Tadić hat sich gegen neue Bedingungen ausgesprochen, die an sein Land im EU-Annäherungsprozess gestellt würden. „Serbien erwartet, wie alle anderen Staaten behandelt zu werden. Wir verlangen keine Privilegien und Erleichterungen, können allerdings nicht akzeptieren, dass uns neue Bedingungen gestellt werden.“ (APA)

USA: Fünf Millionen Menschen ohne Strom

Washington/Mexiko-Stadt – 1,8 Millionen Haushalte in Kalifornien, Arizona und Teilen Mexikos, etwa fünf Millionen Menschen, waren am Donnerstag von einem Stromausfall betroffen. Ausgefallene Ampeln sorgten für ein Verkehrschaos, Aufzüge blieben stecken, Flüge mussten gestrichen werden. Grund für den Ausfall war vermutlich ein Fehler eines Arbeiters in einem Umspannwerk. Die Behörden fürchteten am Freitag, dass das Problem frühestens am Samstag behoben sei. (APA)

Tropensturm Lee: Obama ruft Notstand aus

Washington – Wegen schwerer Überschwemmungen im Nordosten der USA hat US-Präsident Barack Obama in den Bundesstaaten Pennsylvania und New York den Notstand erklärt. Über der Region gingen weiter heftige Regenfälle nieder, bisher kamen fünf Menschen ums Leben. In Pennsylvania wurden 100.000 Einwohner in Sicherheit gebracht, in der Stadt Binghamton im Staat New York mussten 10.000 Menschen ihre Häuser verlassen. Auch in und um die Stadt Washington gab es Überschwemmungen. (APA)

LEUTE

■ Ex-IWF-Chef Dominique Strauss-Kahn ist „ein süßer Typ – solange man keine Frau ist“, schwärmte

Karl Lagerfeld in einem Interview. Das Problem: Politiker „werden geil durch die Politik, durch die Macht“. Foto: Reuters

■ Lady Gaga hat schon Silvester-Pläne: Sie wird am Times Square in New York singen. (APA)



Staatschutz-Direktor Peter Grödl in der neuen, am Freitag eröffneten Zentrale seiner Behörde in Wien. Aufnahmen mit Bürodetails wurden strikt verboten.

Foto: Robert Newald

„Es kann jederzeit auch uns treffen“

Der Jahrestag von 9/11 macht die Behörden nervös, sagt Staatschutz-Direktor Peter Grödl im Gespräch mit Michael Möseneder und Michael Simoner. In Österreich sind rund 500 radikalislamistische Anhänger bekannt.

STANDARD: Wie hoch ist die Terrorgefahr anlässlich des zehnten Jahrestages von 9/11?

Grödl: Die Gefahr ist grundsätzlich erhöht, und deshalb sind Sicherheitsbehörden überall auf der Welt nervös. Der Westen ist nach wie vor das Ziel des islamistischen Terrors. Es kann jederzeit auch uns treffen, obwohl durch militärische Maßnahmen viele prominente Kader von Al-Kaida eliminiert worden sind. Der kürzlich in Pakistan festgenommene Junis Al-Mauretani war dafür zuständig, langfristige Terrorzellen in Europa zu installieren. Wir hatten im Mai drei Festnahmen in Berlin, Wien und Tirana, die genau in dieses Muster gepasst haben. Daher können wir nicht ausschließen, dass es Schläfer gibt, die sich unauffällig in die Gesellschaft einfügen und bei Bedarf losschlagen könnten. Bei aller Ernsthaftigkeit ist aber keine Hysterie angebracht.

STANDARD: Lässt sich die Bedrohung in Österreich konkretisieren?

Grödl: Es gibt an die 500 Leute, die sich mit radikalislamistischem Gedankengut identifizieren und eine niedrige zweistellige Anzahl von Personen, die bereit sind, Unterstützungshandlungen zu setzen oder sich für den Jihad rekrutieren zu lassen. Dazu gibt es Wanderprediger mit extrem aggressiven Botschaften.

STANDARD: Wer sind diese radikalisierten Menschen?

Grödl: Der Großteil ist in Österreich sozialisiert. Wir haben Kinder von Migranten, junge Österreicher, die zum Islam konvertiert sind. Wir haben es auch, aber immer seltener, mit Menschen aus dem Ausland zu tun, die schon dort aufgefallen sind.

STANDARD: Moscheen werden aus dem Ausland finanziert. Werden so Ideologien transportiert?

Grödl: Wenn Saudi-Arabien einen Moscheebau unterstützt, wird dort wahrscheinlich ein Islam wahhabitischer Prägung verbreitet. Wenn aus der Türkei ein Bau unterstützt wird, dann wird der Imam die türkische Linie fördern.

STANDARD: Laut Europol hatten im Vorjahr nur drei von 250 Anschlügen islamistischen Hintergrund.

Grödl: Die große Gefahr beim islamistischen Terrorismus ist, dass er wie bei 9/11 auf große Opferzahlen abzielt. Die Botschaft ist: „Der Feind seid ihr alle.“

STANDARD: Können Sie Terror genau definieren?

Grödl: Das kann ich nicht, da das bis heute noch keiner geschafft hat. Aber wir haben im Strafrecht Definitionen, was eine terroristische Straftat ist (Einzeldelikte wie z. B. Mord, wenn sie eine große Öffentlichkeit verunsichern, Anm.).

STANDARD: Nun wollen Innen- und Justizministerium neue Gesetze beschließen. Was wünschen Sie sich?

Grödl: 2005 brachte der Europarat, der der Entwicklung von Demokratie und Freiheitsrechten dient, eine Konvention zum Terrorismus heraus, die Österreich nur teilweise implementiert hat. Man hat die „Hassprediger“-Problematik ausgeklammert. Wir haben zwar ein Gesetz gegen Gutheißung einer Straftat. Aber das bezieht sich auf eine Öffentlichkeit von mindestens 150 Personen. So etwas findet aber meist in kleinerem Rahmen statt. Jetzt soll es auf 30 Personen reduziert werden.

Ein anderes Problem: Bei Gruppierungen haben wir die Möglichkeit der „erweiterten Gefahnerforschung“, bei der nach Genehmigung durch den Rechtsschutzbeauftragten Informationen gespeichert werden können. Bei Einzelpersonen dürfen wir

das derzeit nicht. Die Entwicklung zeigt aber, dass wir es vermehrt mit Einzeltätern zu tun haben und eine analoge Aufgabe notwendig erscheint. Uns ist vollkommen klar, dass das kein Wundermittel ist. Aber es kann dazu führen, dass eine Person in den Fokus kommt, die möglicherweise gefährlich ist.

STANDARD: Wird das BVT künftig jeden Verfasser eines Manifestes wie von Breivik überprüfen?

Grödl: Das ist unmöglich, das kann keine Organisation der Welt. Aber wenn mehrere Einzelsignale zusammenkommen, lässt das eine andere Gefahrenprognose zu.

STANDARD: Aber wie soll das konkret ausschauen?

Grödl: Eltern kommen zum Beispiel und sagen: „Wir erkennen unser Kind nicht wieder. Er hört nur noch radikale Predigten und geht nicht mehr arbeiten.“ Das allein ist noch nichts. Aber dann kommt ein Hinweis aus dem Ausland, dass er bei radikalen Islamisten war. Bisher hätten wir das nicht verknüpfen dürfen.

STANDARD: Ein anderer Plan ist, dass bereits der Wille, in ein Terrorcamp zu fahren, strafbar wird. Ist das nicht schon sehr weit weg von einer Tat? Der Verdächtige könnte ja im Flieger draufkommen, dass er doch nicht will?

Grödl: Das ist dann die Aufgabe der Justiz, das festzustellen.

STANDARD: Nun gab es bereits Fälle, wo Menschen an der Ausreise gehindert wurden.

Grödl: Ja, aber da wurde nur der Organisator festgenommen, die anderen im Auftrag der Staatsanwaltschaft zur polizeilichen Befragung angehalten.

STANDARD: Im kleinen Österreich gibt es das BVT, das Heeresabwehramt und das Heeresnachrichtendienstamt. Sollten die drei Dienste nicht vereint werden?

Grödl: Nein, die Zielsetzungen sind unterschiedlich. Das Heeresabwehramt soll Gefahren vom Bundesheer abwehren. Das HNA sammelt militärische und strategische Informationen über das Ausland. Beide haben nicht grundsätzlich die Aufgabe, Terrorismus so zu bekämpfen wie das BVT. Wir wiederum sind kein Nachrichtendienst sondern eine Polizeiorganisation mit nachrichtendienstlichem Charakter. Wir ha-

ben jedoch keine nachrichtendienstlichen Befugnisse.

STANDARD: Hätten Sie die gerne?

Grödl: Die Frage ist nicht, was ich gerne hätte, sondern was sieht der Gesetzgeber vor, um Österreich wirksam zu schützen. Ich glaube, dass wir als Hybridorganisation mit dieser Vernetzung in beide Welten gut arbeiten.

STANDARD: Was ist gefährlicher: Links-, Rechts- oder islamistischer Extremismus?

Grödl: Weder Rechts- noch Linksextremismus sind unserer Einschätzung nach derzeit eine Gefahr für die österreichische Demokratie. Momentan ist islamistischer Radikalismus die größte Bedrohung.

STANDARD: Aber Anzeigen gegen Rechtsextreme nahmen um 31 Prozent zu.

Grödl: Die Zunahme ist auf verschiedene Aspekte zurückzuführen. Einerseits gibt es in der Gesellschaft eine hohe Sensibilität, und auch das Bewusstsein innerhalb der Polizei im Hinblick auf rechtsextremistische

Aktivitäten wurde erhöht, andererseits stellen wir fest, dass immer mehr Tatbestände im Internet oder in diversen sozialen Netzwerken gesetzt werden. Es gibt aber manchmal auch Zuordnungsprobleme. Ich wage zu bezweifeln, dass jemand, der ein Hakenkreuz auf ein FPÖ-Plakat schmiert, sich nationalsozialistisch wiederbetätigen will. Im Grunde ist das Sachbeschädigung, die zwar politisch motiviert, aber nicht unbedingt einem Rechtsextremen zuzuordnen ist. Von Links- oder Rechtsterror sind wir in Österreich weit entfernt.

PETER GRIDLING (54) ist seit 2008 Direktor des Bundesamtes für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT). Davor war der Östirler Antiterrorchef bei der europäischen Polizeiorganisation Europol in Den Haag.

Wir können nicht ausschließen, dass es Schläfer gibt, die bei Bedarf losschlagen.

Kalifornien: Daten von 20.000 Patienten gepostet

Namen und Diagnosen von Notfallpatienten standen ein Jahr auf öffentlicher Website

Washington – Namen, Diagnosen, Datum der Aufnahme und Entlassung und die Kosten – diese Daten von 20.000 Notfallpatienten des Stanford Hospital in Palo Alto, Kalifornien, wurden öffentlich im Internet gepostet. Fast ein Jahr lang waren sie auf der Homepage Student of Fortune abrufbar, berichtet die New York Times.

Auf der Seite können Schüler und Studenten gegen Bezahlung Tipps von anderen Usern für ihre

Hausübungen bekommen. Die Tabelle mit den Patientendaten wurde gemeinsam mit der Frage gepostet, wie die Daten in eine Grafik umgewandelt werden könnten.

Ein Patient entdeckte die Daten zufällig im Internet und informierte das Spital. Sie wurden daraufhin umgehend offline genommen. Wer sie gepostet hat, ist bisher nicht klar. Laut Student of Fortune kann der Poster nicht identi-

fiziert werden. Es dürfte sich aber um einen Mitarbeiter einer externen Firma handeln, die für das Krankenhaus Rechnungen verwaltete.

Laut US Gesundheitsministerium wurden in den vergangenen zwei Jahren Daten von elf Millionen Patienten unabsichtlich zugänglich gemacht – etwa durch gestohlene Laptops, falsch adressierte E-Mails oder in der U-Bahn vergessene Akten. (red)

„Sie haben uns ins Gesicht gespuckt“

Haben zehntausende Menschen umsonst ihr Leben verloren? Nach zehn Jahren Krieg am Hindukusch ist der Westen ebenso wie die Afghanen zutiefst ernüchtert und desillusioniert: Die Taliban könnten wieder an die Macht kommen.



Christine Möllhoff aus Kabul

Nein, er habe keine vier Frauen, sondern nur eine, sagt Abdul Hakim Mujahid und schmunzelt. Früher war er ein Taliban-Kämpfer, vielleicht ist er es im Herzen immer noch ein wenig, auch wenn er mit Waffen nichts mehr am Hut hat. Von 1997 bis 2001 vertrat er die Gotteskrieger als Abgesandter bei der Uno in New York. Nun sitzt er in seinem Büro in Kabuls Innenstadt und überfliegt am Laptop seine Mails, ständig klingelt das Handy. Der 56-Jährige ist gefragt, seit ihm Präsident Hamid Karzai zum stellvertretenden Vorsitzenden des Hohen Friedensrates berief. Man braucht nun Männer wie Mu-

jahid, die eine Brücke schlagen können zu Mullah Omar, dem Taliban-Chef, der sich irgendwo in Pakistans unwegsamem Grenzgebiet versteckt halten soll.

Der Westen bereitet seinen Abzug vor und will mit den Taliban verhandeln. Noch vor zehn Jahren schwelgten die USA und ihre Verbündeten im Triumph, nachdem sie mithilfe der Warlords die Taliban aus Kabul verjagt hatten. Dabei waren die meisten einfach nach Pakistan geflohen.

Heute ist man kleinlaut. Es geht nur noch darum, aus dem Schlamm herauszukommen; wie man verhindert, dass wieder ein Bürgerkrieg entbrennt. Die USA schließen einen Deal nicht mehr

aus, der die Taliban an der Macht beteiligen würde. Hätte man ein Abkommen nicht schon vor zehn Jahren haben können, wenn man die besiegten Taliban damals eingebunden hätte? Viele Experten bejahen dies.

Sicherlich hat sich einiges getan: Es wurden Straßen gebaut, Schulen und Hospitäler. Zumindest Kabul hat Strom. Und Afghanistan hat eine Verfassung, die zumindest formell demokratisch ist.

Aber das Einzige, was heute am Hindukusch wieder blüht, sind die Opiumfelder und die Korruption. 42 Prozent leben unter der Armutsgrenze, zwei von fünf Kindern sind unterernährt, 20 Prozent sterben vor dem fünften Geburtstag. Afghanistan hat die zweithöchste Kindersterblichkeitsrate der Welt. Noch immer schufften zehntausende Kinderklaven direkt unter den Augen der Internationalen Gemeinschaft vor den Toren Kabuls.

Bisweilen drängt sich die Frage auf, ob der Westen jemals ernsthaft im Sinn hatte, das Land wirtschaftlich aufzubauen. Experten

Statt einen militärischen Triumph zu feiern, müssen die US-Kräfte in Afghanistan eine bittere Niederlage einstecken.

Foto: Reuters/Strong



schätzen, dass 80 Prozent aller Hilfsmilliarden zurück in die Geberländer fließen. Die Not könnte sich nach Abzug des Westens noch vergrößern: 60 Prozent des Bruttosozialprodukts hängen von den ausländischen Truppen ab.

Zu den dunklen Geheimnissen gehört auch die Zahl der Toten: Die Nato zählt fein säuberlich jeden toten ausländischen Soldaten – über 2700 seit 2001. Aber die zivilen Opfer zählen nicht. Auf 20.000 bis 40.000 wird die Zahl seit 2001 geschätzt. Aber wie viele davon Taliban und wie viele Zivilisten waren, lässt sich kaum prüfen. Wie ein Gespenst geht die Angst vor einem neuen Bürgerkrieg um. Unvergessen ist, wie nach Abzug der Russen die Warlords das Land in Grund und Boden bombten – unter ihnen auch der vom Westen unterstützte und genau zwei Tage vor 9/11 getötete Ahmad Shah Massoud.

Viele sehen keine Zukunft in dem Land, in dem die Arbeitslosenrate bei 40 Prozent liegt. Die Gebildeten bemühen sich um Jobs und Studienplätze im Ausland. Andere zahlen Schleppern Unsummen. Der junge Mustafa vom Volk der Hazara will dagegen bleiben. Tagsüber studiert er Pharmazie, nachts fährt er Taxi. „Ich will meinem Land dienen“, sagt er.

Viele fürchten ein Rache-Massaker, sollten die Taliban nach Abzug des Westens die Macht zurückerobern.

„Dann bin ich tot“, sagt Aziz Rafiee, Direktor des Forums für die afghanische Zivilgesellschaft. Gerade deshalb sieht er keine Alternative zu Gesprächen. Die Militanten müssten zurück in die Gesellschaft geholt werden, meint er. Der Westen müsse sicherstellen, dass sie die Demokratie und die Verfassung anerkennen.

Ähnlich äußert sich Soraya Parlika, Direktorin der Afghanischen Frauenvereinigung. Frauen, Tadschiken, Hazaras – sie sehen die ausländischen Truppen immer noch als Garanten ihrer Sicherheit an, doch ein gutes Zeugnis stellt kaum jemand dem Westen aus. „Die Russen haben hier mehr getan“, sagt Parlika. Viele Afghanen beklagen, dass sich die US-Soldaten wie Besatzer aufführen, dass nicht Kabul, sondern Washington ihr Land regiert.

Die Feindseligkeit scheint indes nicht einseitig zu sein. Abends, beim Bier in einem der sündhaft teuren Ausländerlokale, macht ein amerikanischer Helfer seinem Frust Luft. „Sie haben uns ins Gesicht gespuckt!“, bricht es aus ihm heraus. „Wir haben die Nase voll von ihnen!“ Er klingt beinahe hasserfüllt.

Andere, selbstkritischere Töne hört man von vielen Europäern. Ein französischer Diplomat zieht privat eine bittere Bilanz: „Wir haben in Afghanistan versagt. Wir haben die Menschen betrogen.“



Abdul Hakim Mujahid, Ex-Taliban.

Foto: Möllhoff

JEREMY IRONS IST PAPST ALEXANDER VI.

DIE FREE-TV PREMIERE

DIE
BORGHIAS

EINE SÜNDE, DAS ZU VERPASSEN – DIE BORGHIAS AUF ATV.

Ein machtgieriger Papst, Feindschaft und Intrigen – das sind die Zutaten für „Die Borgias“. ATV zeigt exklusiv die sechsfach Emmy nominierte, historische TV-Saga über die berühmte Borgia-Familie.

AB 11. SEPTEMBER, JEDEN SONNTAG UM 20.15 UHR





Mit dem 11. September 2001 sind politische und wirtschaftliche Gewichtungen gekippt. Günther König dokumentierte die Schräglagen.

Fotos: König

„9/11 hat Europa und die USA auseinanderdividiert“

Die transatlantische Beziehung ist seit 9/11 abgekühlt, und die Nato habe ihr letztes Hurra schon erlebt, analysiert der Politologe **Reinhard Heinisch** die politischen Folgen der Terroranschläge im Gespräch mit **Stefanie Ruep**.

STANDARD: Sie waren bei den Terroranschlägen des 11. September 2001 quasi persönlich betroffen, da Sie in Pittsburgh an der Universität waren.

Heinisch: Genau. Ich habe das Flugzeug kurz vor dem Absturz gesehen, weil es über unseren Campus geflogen ist, und die Alarmabteilung unserer Universität war eine der ersten Einsatzkräfte, die die Unfallstelle sicherten, bis dann die Behörden kamen. Ein Kollege von mir hat dann einige der Telefonanrufe, die aus dem Flugzeug gekommen sind, aufgefangen und gehört – die an die Zentrale gingen, wo er Einsatzleiter war.

STANDARD: Wie haben Sie persönlich die Situation wahrgenommen?

Name: Die Situation war sehr surreal. In der heutigen Zeit sind kollektiv erlebte Ereignisse sehr selten. Dieses Ereignis war wahrscheinlich das einzige in den letzten Jahrzehnten, das wirklich kollektiv erlebt wurde. Das gab es früher öfter, aber durch die Vielfalt der Medien immer weniger. Das hat dem Ganzen eine Intensität verliehen. Gleichzeitig erinnere ich mich sehr gut an diesen Tag. Es war einer der ersten kühlen, sonnigen Herbsttage. Es war eine ganz klare, fast hyperreale Wirklichkeit. Als wir diese brennenden Türme im Fernsehen sahen, kam ein Kollege herein und sagte, eine dritte Maschine sei gerade im Anflug auf uns. Wir dachten, das ist ja völlig absurd. Das Pentagon brennt und New York brennt, wer fliegt denn da irgendwo nach Pennsylvania. Wir haben ihn gar nicht ernst genommen. Bis dann die Maschine tief über den Campus hinweg flog.

STANDARD: Wie kann man die Stimmung in Amerika die Tage danach beschreiben?

Heinisch: Zuerst war die Phase des kollektiven Schockzustandes. Wenn man im kollektiven Schockzustand verharrt, kann man nicht analysieren. Der Rest der Welt und alles Politische ist aus dem Bewusstsein der Menschen verschwunden. Die Europäer haben schon längst analysiert, da waren in Amerika nur stumme Bildberichte zu sehen. Wobei man die schlimmsten Bilder, wie die Sprünge aus den Wolkenkratzern, in den USA nie gezeigt hat. Dieser Schockzustand ging dann langsam in Trauer über – und die Trauer erst viel später in Wut und einem Wunsch nach Abrechnung. Der Rest der Welt ist aus dem öffentlichen Bewusstsein verschwunden.

STANDARD: Sind Europa und der Rest der Welt erst wieder ins Bewusstsein gekommen, als es um die Abrechnung, den Krieg gegen den Terror ging?

Heinisch: Genau. Natürlich spielt auch Deutschland eine gewisse Rolle, da der Attentäter Mohammed Atta aus dieser Hamburger Zelle kam. Es drang auch durch, dass quasi Europa dem, was in seinem eigenen Hinterhof passiert, keine Aufmerksamkeit gezollt hat – es bildeten sich radikale Zellen, und europäische Geheimdienste schauten weg, weil sie nicht die Zielscheibe dieser Aktivitäten waren. Europa wurde erst wieder wahrgenommen, als es zur Auseinandersetzung kam: Wie geht man damit um?

STANDARD: Welche Auswirkungen hatten die Terroranschläge für Europa?

Heinisch: Die Nato hat unmittelbar nach dem Terroranschlag in New York die Beistandserklärung abgegeben. Das haben die Amerikaner höflich, aber bestimmt abgelehnt, weil die Europäer nichts anzubieten hatten, was die Amerikaner brauchten. Die Europäer fühlten sich vor den Kopf gestoßen, und das ist in Kritik umgeschlagen. Die Amerikaner haben es so gesehen, dass sie Europa immer geholfen haben, aber als sie sich einmal selbst bedroht fühlten, konnte Europa wenig tun und hat die USA auch noch kritisiert. Es wurde vollkommen unterschiedlich wahrgenommen, und diese Unterschiedlichkeit führte zu einem Auseinanderdriften der beiden. Eigentlich hat 9/11 dazu beigetragen, dass sich die beiden auseinanderdividiert haben, und es ist bei dem Auseinanderdriften auch geblieben. Diese Abkühlung hat sich sicher gefestigt.

STANDARD: Hat die Beziehung zwischen Amerika und Europa noch immer eine abnehmende Bedeutung?

Heinisch: Sie hat eine abnehmende Bedeutung, weil die transatlantischen Beziehungen immer weniger wichtig werden. Weil sich das Gewicht der Welt vom Atlantik zum Pazifik verlagert hat. Mit dem Aufstieg Chinas, Indiens, Brasiliens, Ostasiens ist zwangsläufig die Bedeutung der transatlantischen Beziehungen geringer geworden. Weil die Ressourcen, die Bedrohungen nicht in Europa sind und die bestehenden Institutionen, um mit Bedrohungen umzugehen, in denen Europa drinnen ist, für die neue Welt einfach weniger relevant sind.

STANDARD: Institutionen wie die Nato sind weniger relevant?

Heinisch: Ja, sie haben ganz eindeutig an Relevanz verloren. Die Amerikaner haben vorgeschlagen, die Nato soll außerhalb des europäischen Raums aktiv werden und hat die Europäer eingeladen, hier eine wichtige Rolle zu schmieden. Die europäischen Politiker haben sich gesagt, damit verlieren wir nur Wahlen, das will in Europa niemand, wir machen das nicht. Die Europäer sind nicht willens, sich woanders zu engagieren, die Bedrohungen finden aber nicht mehr dort statt. In dem Maße war es klar, dass die Nato an Gewicht verliert. Vielleicht könnte man sagen, Libyen war das letzte Hurra der Nato, oder einer der letzten Einsätze.

STANDARD: Was heißt es für Europa, dass die Beziehung zu Amerika immer schlechter wird?

Heinisch: Das Abkühlen der Beziehungen ist ein langer Prozess. Der Prozess wurde in den 90er-Jahren noch sehr bedauert. Jetzt wird er kaum noch bedauert, sondern zur Kenntnis genommen. Man kann wenig füreinander tun. Die Amerikaner schauen mehr oder weniger hilflos zu, wie der Euro in immer größere Schwierigkeiten gerät, und wollen auch wenig beitragen. Die Europäer versuchen sich aus allen Engagements der Amerikaner zurückzuziehen, Stichwort Afghanistan. Neben dieser Praxis

sind beide Seiten des Atlantiks ideell wenig voneinander begeistert. Die USA sehen in Europa immer stärker einen alternden, an seinem Lebensabend befindlichen, überregulierten Kontinent. So quasi ein Skandinavien der Welt. Gut gemanagt, aber ohne Machtanspruch, ohne Bedeutung, wenig interessant, wenig dynamisch, rückwärtsgewandt. Und in europäischen Zeitungen liest man: Das amerikanische Modell in der Krise, eine Zweiklassengesellschaft mit radikalen Politikern. Mit diesen Zerrbildern haben beide Seiten das Interesse aneinander verloren.

STANDARD: Sind die verschiedenen Weltansichten mit ein Grund dafür, dass die Beziehung immer unwichtiger wird?

Heinisch: Das kann man ganz deutlich sagen. Die USA sind politisch nach rechts gerückt. Jetzt vertritt die Demokratische Partei eine Politik, die in etwa dem europäischen Mainstream entspricht. Aus republikanischer Sicht entspricht das gesamte Europa der Agenda des politischen Gegners. Wenn die amerikanischen Rechten – 50 Prozent des Landes – nach Europa schauen, sehen sie quasi den politischen Gegner. Das europäische Modell ist für viele Amerikaner eine Art staatssozialistisches Modell, das abzulehnen ist. Da gibt es wenig politisch Attraktives für viele Amerikaner, die republikanisch wählen.

STANDARD: Nach dem 11. September waren die USA wirtschaftlich, politisch und moralisch angeschlagen. Sind sie nicht mehr die Weltmacht, die sie vorher war?

Heinisch: Man muss natürlich sagen, dass die Amerikaner vor 9/11 auf dem Gipfel ihrer Macht waren, aus verschiedenen Gründen. Die Sowjetunion war besiegt. Die Amerikaner hatten in den 90ern eine Dekade des ökonomischen Booms und der technologischen Entwicklungen. Dieser Absturz

kam einerseits von einem sehr hohen Niveau. Andererseits sind nicht nur durch 9/11, sondern vor allem durch die beiden Kriege Szenarien entstanden, die die Grenzen der amerikanischen Supermacht vor Augen geführt haben. Gleichzeitig wurden, durch den exzessiven Fokus der Amerikaner auf die Region des Nahen Ostens und den Terrorismus, weite Weltgegenden, wie etwa Lateinamerika, völlig ignoriert und links liegen gelassen – wo dann auch Gegen Tendenzen entstanden sind, die die Amerikaner herausgefordert haben.

STANDARD: Hat das auch das Image Europas hinuntergezogen?

Heinisch: Natürlich. Ich glaube, das Missverständnis der Europäer war, dass sie immer dachten: Wenn Amerika geschwächt wird, dann wird Europa gestärkt. Jetzt sehen wir, dass die Stärke der USA in den 90ern eine Stärke des Westens war und das westliche Modell als solches wahrgenommen wurde. In den 90er-Jahren galt, wenn

”

Die USA sehen in Europa quasi ein Skandinavien der Welt. Gut gemanagt, aber ohne Macht.

“

ich westlichen Lebensstandard will, baue ich ein westliches politisch-ökonomisches Modell. Heute haben Länder wie China autoritäre Gegenmodelle anzubieten: Wunderbar moderne Städte, funktionierende Eisenbahnen, eine moderne, durchaus prosperierende Bevölkerung, nur brauche ich mir die Demokratie nicht anzutun. Es gibt eben diese Gegenmodelle, und auch darunter hat der Westen gelitten. Der Westen als solcher ist weniger attraktiv geworden, und die Europäer bemerken jetzt erst, dass der Bedeutungsverlust der Amerikaner auch ein eigener Bedeutungsverlust war.

STANDARD: War 9/11 ein historischer Einschnitt, der politische Veränderung mit sich brachte und eine neue Epoche einleitete?

Heinisch: Es ist ein historischer Einschnitt. Er hat eine ganz neue Ära der Außenpolitik begründet. Der Hauptgegner war eine international vernetzte Terrororganisation, nicht ein Staat. Fast alle anderen Politikbereiche wurden unter dem Mantel der Sicherheit gegen den Terrorismus abgehandelt. Zum ersten Mal hat sich die amerikanische Bevölkerung mit Außenpolitik beschäftigt. Diese Dinge sind die direkte Folgen von 9/11. Mit diesem einen Tag ist plötzlich die gesamte Gewichtung gekippt.

REINHARD HEINISCH (48) ist seit 2009 Professor und Leiter der Abteilung für Politikwissenschaft an der Universität Salzburg. Der gebürtige Villacher studierte an der Uni Wien und ging 1986 in die USA. Von 1995 bis 2009 war Heinisch Professor für Politikwissenschaften und Direktor für Internationale Studien an der University of Pittsburgh im US-Bundesstaat Pennsylvania.



„Die Europäer bemerken erst jetzt, dass der Bedeutungsverlust der Amerikaner auch ein eigener Bedeutungsverlust war“, erklärt Reinhard Heinisch im Interview.

Foto: Wildbild



Innenministerin Johanna Mikl-Leitner will für die Polizei mehr Rechte, SPÖ-Verfassungssprecher Peter Wittmann ist dagegen.

Foto: APA

Welser Zeitungs-Chef unter Druck wegen rechter Mitarbeiter

Wels – „Schockiert“ zeigte sich der Vorstand des Mauthausen Komitees, Willi Mernyi, darüber, dass Helmut Moser, Chef der Moser Medien Group Austria, den bekannten Ex-Chefideologen der NPD, Andreas Thierry, als Redakteur beschäftigt hatte. Wie berichtet, schrieb Thierry unter falschem Namen bei *Wels in Bild*. Für Mernyi kein Zufall, kam Moser doch schon 2005 „wegen rechts-extremer und rassistischer Blattinhalte unter Druck“. Moser zum STANDARD: „Der Kollege, der das geschrieben hat, ist auch nicht mehr bei uns.“

Auch dass neben zwei jungen Rechtsextremen noch zwei Ex-Mitglieder der in den 1990er-Jahren verbotenen Wehrsportgruppe Volkstreue außerparlamentarische Opposition (Vapo) bei ihm beschäftigt waren, bestätigte Moser dem STANDARD am Freitag. Die Grünen fordern nun, dass Förderungen und Inserate der öffentlichen Hand – etwa durch das Stadtmarketing Wels – sofort gestoppt werden. (cms)

Sicherheitsbehörden (BVT, LVT) machen immer öfter die Erfahrung, dass sich Einzelne aus unterschiedlichen Beweggründen selbst radikalisieren.“

Nächste Woche wird zwischen Innenministerium und dem SPÖ-Klub erneut über das Paket verhandelt. **Kommentar Seite 44**

„Acht Millionen Verdächtige“

SPÖ-Verfassungssprecher Peter Wittmann sieht im Antiterrorpaket des Innenministeriums einen „ganz gefährlichen Schritt Richtung Polizeistaat“. Auch andere SPÖ-Abgeordnete haben schwere Bedenken.

Michael Völker

Wien – „Der vorliegende Gesetzesentwurf ist mit einer offenen Gesellschaft nicht mehr in Einklang zu bringen“, empört sich SPÖ-Verfassungssprecher Peter Wittmann im Gespräch mit dem STANDARD. „Das widerspricht ganz massiv unseren Grundrechten.“

Was Wittmann so auf die Palme bringt, ist die Vorlage eines Antiterrorpakets aus dem Innenministerium. Darin sind zahlreiche Ge-

setzesverschärfungen vorgesehen, geändert werden sollen sowohl das Sicherheitspolizeigesetz als auch das Strafgesetzbuch. Während die vorgesehenen Änderungen im Strafgesetzbuch weitgehend außer Diskussion stehen, stößt eine Maßnahme im Sicherheitspolizeigesetz auf besondere Kritik in der SPÖ: Die erweiterte Gefahrenerforschung soll künftig auch auf Einzelpersonen angewandt werden können. Wittmann: „Damit schafft man acht Millionen verdächtige Österreicher, und es obliegt der Willkür der Polizei, wen sie verfolgt und wen nicht. Das ist ein ganz gefährlicher Schritt Richtung Polizeistaat.“

Bisher war die erweiterte Gefahrenerforschung nur bei Gruppierungen zulässig. „Da musste immerhin schon eine Gruppierung aufgebaut werden, da mussten sich Leute verabreden haben, da wurde schon eine Handlung gesetzt“, erläutert Wittmann. Wendet man diese Gefahrenerforschung auf Einzelpersonen an, werde Willkür Tür und Tor geöffnet, fürchtet der SP-Verfassungssprecher. „Da gibt es keinerlei Tat-

verdacht, noch keinerlei Hinweise. Da kann jeder verdächtigt werden, die Polizei kann jederzeit Verfolgungshandlungen setzen.“

Auch SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim will den Entwurf so nicht akzeptieren. Die erweiterte Gefahrenerforschung, aber auch die angedachte Vorfeldanalyse könnten extrem weit ausgelegt werden, das sei so nicht akzeptierbar, sagt Jarolim. Die Gefahrenerforschung müsse auf ganz konkrete Anlassfälle eingeschränkt werden, fordert Jarolim.

Im Innenministerium ist man dagegen von der Notwendigkeit der Gesetzesverschärfungen überzeugt. „Das ist auch international unwidersprochen“, sagt Hermann Muhr, Sprecher von Innenministerin Johanna Mikl-Leitner. Gefahr gehe eben nicht nur von Gruppierungen aus, sondern auch von Einzeltätern, wie das jüngste Beispiel von Norwegen zeige. Wenn Personen etwa über das Internet auffällig würden, müsse die Polizei die Handhabe zu Verfolgungshandlungen haben.

In einem Strategiepapier des Innenministeriums heißt es dazu: „Die Möglichkeit zur Beobachtung einer Einzelperson im Rahmen einer erweiterten Gefahrenerforschung ist von essentieller Bedeutung. Die in § 21 Abs. 3 SPG beschriebene Gefahr kann auch von einer Person allein ausgehen. Die



KURZ GEMELDET

TIROL

Scheuer für Kommunion für Wiederverheiratete

Innsbruck – Der Innsbrucker Diözesanbischof Manfred Scheuer spricht sich dafür aus, Wiederverheiratete zur Kommunion zuzulassen. Da gebe es „Änderungsbedarf“ bei der derzeit geltenden Regelung, sagte er am Freitag. Es sei auch „weiterzudenken“, ob es nicht „pastoral notwendig“ sei, Laien auch innerhalb der Eucharistie predigen zu lassen. Das Paket der „Pfarrerinitiative“ müsse jedenfalls „aufgeschnürt“ werden. Den Forderungen der Initiative nach Abschaffung des Zölibats, kirchlicher Eheschließung von Geschiedenen oder Installierung von Frauen als Priester stimmt Bischof Scheuer nicht zu. (APA)

WIEN

BZÖ legt Bucher-Plan vor: EU soll sich neu gründen

Wien – Bibelsprüche zieren die neue Herbstkampagne des BZÖ. „Denn sie wissen nicht, was sie tun“, lautet der Slogan auf einem Sujet der „Wutkampagne“ zur Euro-Krise, die am Freitag von Stefan Petzner präsentiert wurde. Parteichef Josef Bucher stellte gleichzeitig seinen Plan B für die EU, den „Bucher-Plan“ vor. Kernpunkt ist die Neugründung der EU „hin zu einem freien, effizienten Staatenbund“. (red)

WIEN

Neue Aufregung um Straches Facebook-Seite

Wien – Wieder sorgen rechtsradikale Postings auf der Facebook-Seite des FP-Chefs Heinz-Christian Strache für Aufruhr. Ein User hat dort aufgefördert, Ausländer mit dem Zug „nach Mauthausen“ zu schicken. Der Grünen-Politiker Karl Öllinger will Anzeige erstatten. Die FPÖ distanziert sich von dem Posting. (APA, red)

BOULEVARD

Ein runder Geburtstag wider Willen

Als **Karlheinz Böhm** vor 30 Jahren – noch bei **Frank Elstner** – auf der *Wetten, dass...?*-Couch versprach, sich in Afrika gegen den Hunger zu engagieren, hätte niemand vermutet, dass hier einer seine Lebensaufgabe antrat. Eine Aufgabe, die mittlerweile das Leben von viereinhalb Millionen Menschen veränderte – wenn nicht sogar rettete.

Freilich kann davon, dass Organisationen wie Böhms „Menschen für Menschen“ (www.mfm.at) die Arbeit ausgeben könnte, keine Rede sein:



Runder Geburtstag: Böhm, Hakvoort, Haider. Foto: Jappel

Die Bilder der Hungerkatastrophe am Horn von Afrika belegen das erschreckend drastisch. Kein Wunder also, dass Donnerstagabend, als **Almaz Böhm** zum Geburtstag (und zum äthiopischen Neujahr) über vergangene und zukünftige Projekte erzählte, nicht nur jubelt wurde: **Maya Hakvoort** sang – und ließ sich von Böhms Frau die Hand anmalen.

Nicht bloß zum Jux: Der farbige Handabdruck ist Böhms aktuelles Kampagnenmotiv. Auch, weil ein Händedruck etwas Persönliches ist. Etwas, das Nähe und Verbundenheit ausdrückt. Doch allein die Pfoten, die Dienste und das Geld von Prominenten (u. a. **Alfons Haider**, **Felix Baumgartner** oder **Thomas Schäfer-Elmayer**) wären zu wenig: Bei der Hand-Aktion kann online jeder mitmachen, der ein Zeichen setzen will – obwohl die Wette, dass es auch beim nächsten runden Geburtstag der Organisation noch genug zu tun geben wird, in Wirklichkeit wohl keine ist. (rott)

Museum der Wünsche

10. 9. 2011 – 8. 1. 2012

mumok und DER STANDARD präsentieren das

Opening Special
Samstag, 10. September, 10–19 Uhr
Eintritt frei!

- * Führungen und Workshops für alle
- * offenes Atelier
- * Kinderkunsttransporter
- * Puppenführung mit dem Double von Andy Warhol
- * Wunschlandschaften bauen
- * Tombola, gratis Würstel und Luftballons
- * DJ Line hosted by FM4 im Haupthof des MQ



museum moderner kunst
stiftung ludwig wien

MuseumsQuartier, A-1070 Wien ☎
www.mumok.at

mumok



Hauptsponsor Sponsor
Deloitte. DOROTHEUM



Terror und Gesetzesverschärfungen

Auf Terroranschläge folgen häufig Gesetzesverschärfungen und die Neuordnung der Strafverfolgungsbehörden. 9/11 war nicht nur der Auslöser von zahlreichen Änderungen, sondern auch der Beginn für europaweit geltende Regelungen.

1973: Gründung der Cobra. Ein Jahr nach dem Anschlag auf das israelische Team bei den Olympischen Sommerspielen in München erreicht der Terror Österreich. Zwei schwerbewaffnete palästinensische Terroristen nehmen am Grenzbahnhof Marchegg zwei jüdische Einwanderer und einen Zöllner als Geiseln. Der Polizei gelingt ein unblutiges Ende, danach wird das Gendarmieriekommando Bad Vöslau, ab 1978 kurz Cobra genannt, als Spezialeinheit eingeführt.



Abtransport eines Verletzten nach dem Opec-Überfall vom 21.12.1975

1975 bis 1985: Antterroreinheit und Sky Marshals. Mit dem Opec-Überfall (1975) beginnt eine zehn Jahre andauernde Terrorwelle. Es folgen 1981 der Mord an Stadtrat Heinz Nittel und 1985 der Wiener Synagogenanschlag sowie das Flughafenattentat in Schwechat. Insgesamt kommen dabei neun Menschen ums Leben, 71 werden verletzt. Die Staatspolizei gründet die Einsatzgruppe zur Bekämpfung des Terrorismus (EBT). 1981 wird bei der Cobra die Flugbegleiter-Gruppe der Air Marshals gegründet.

1997: Lauschangriff und Rasterfahndung. Unter dem Eindruck des Briefbombenterrors erhält die Polizei kurz vor der Ergreifung des Täters Franz Fuchs weitreichende Überwachungsbefugnisse.

Briefbomben-attentäter Franz Fuchs



Umgang mit gefährlichen Stoffen

Lauschangriffe werden seither regelmäßig durchgeführt, die Rasterfahndung noch nie.

2001: Anthrax und Trittbrettfahrer. Noch vor 9/11 werden wegen kursierender Drohungen mit Anthraxsporen die Strafen für „Landzwang“ und für „Verbreitung falscher und beunruhigender Gerüchte“ erhöht.

2002: Antiterrorpaket. Nach 9/11 werden im Strafgesetz neue Tatbestände wie „Terroristische Vereinigung“ und „Terrorfinanzierung“ geschaffen. Werden Mord, Körperverletzung oder Drohungen im Rahmen einer Terroraktion begangen, erhöhen sich die bisherigen Strafrahmen um die Hälfte.



2004: Europäischer Haftbefehl. Im Rahmen des EU-Aktionsplans gegen Terrorismus regelt der Europäische Haftbefehl die EU-weite Anerkennung nationaler Haftbefehle.

2005: Reisepass-Beschränkung. Wer ein Naheverhältnis zu einer extremistischen Organisation hat, erhält keinen Reisepass mehr.

2007: Terror und Geldwäsche. Um die Finanzierung von Terrororganisationen zu erschweren, werden schärfere Vorkehrungen gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung getroffen.

2008: Europäische Beistandspflicht. Der ratifizierte EU-Vertrag von Lissabon bringt eine europäische Beistandspflicht nach Terroranschlägen.



11. September 2001: der Terroranschlag in New York

2011: Terrorcamps. Die Teilnahme an terroristischen Ausbildungscamps im Ausland wird verboten.

Geplant: Vorratsdatenspeicherung und Präventionspaket. Auf Basis einer EU-Richtlinie aus dem Jahr 2006 muss Österreich die Vorratsdatenspeicherung (alle Kommunikationsdaten werden sechs Monate gespeichert und bei Bedarf den Ermittlungsbehörden übergeben) einführen. Mit einem weiteren Terror-Präventionspaket soll die Polizei weitgehende Befugnisse für Datenverknüpfung erhalten, um Anschläge zu verhindern. Nicht mehr wie bisher nur bei Gruppen (ab drei Personen), sondern auch bei Einzelpersonen sollen Informationen von heimischen und ausländischen Sicherheitsbehörden sowie aus dem Internet verknüpft werden können. Außerdem sollen das Gutheißen von Terrorakten und die Aufforderung dazu unter Strafe gestellt werden. Die dafür notwendige Öffentlichkeit wird auf 30 Personen festgelegt.



Quelle: BMI, BMJ, EU Fotos: APA, epa, ap, dpa, dapd, Reuters Autoren: Michael Simoner, Karin Gsöllpointner

DER STANDARD

Unauffällige Passagiere mit Lizenz zum Schießen

Die Terroranschläge von 9/11 haben die Einsätze der Air Marshals vervielfacht. Auf mehr als 1000 Flügen pro Jahr sind die Aufpasser der Cobra schon dabei. Ihre Maxime: „Mindestnotwendiger Gewalteinsetz“.

Michael Simoner

Wien – Unauffällig sollen sie sein. Aber auch nicht so unauffällig, dass sie schon wieder auffällig sind. Im Idealfall bemerkt also niemand, dass der Sitznachbar im Flugzeug ein bewaffneter Air Marshal ist, der eingreifen soll, wenn es an Bord zu einer brenzligen Situation kommt.

In Österreich werden die Spezialflugbegleiter seit 1981 beim Sondereinsatzkommando Cobra ausgebildet. Seit dem Attentat auf den El-Al-Schalter am Flughafen Wien-Schwechat im Jahr 1985 waren die Aufpasser praktisch bei jedem Flug nach und von Israel dabei. „9/11 hat den Bedarf dann rasant ansteigen lassen“, erinnert sich Cobra-Kommandant Bernhard Treibenreif im STANDARD-Gespräch. Heute kommen die Air Marshals nach einem Drei-Säulen-Modell zum Einsatz: Bei gefährdeten Destinationen, bei aktu-

ellen Warnungen und nach einer Zufallsrotation, die alle in Österreich vertretenen Fluglinien einbezieht. So ist es fast unmöglich auszuspionieren, ob ein Flugbegleiter der Cobra dabei ist oder nicht. Pro Jahr werden inzwischen mehr als 1000 Flüge begleitet.

Durch seine langjährige Erfahrung ist Österreich im Air-Marshal-Bereich ein Global Player geworden und hat unter anderem auch die Atlas-Gruppe, den Verband der europäischen Spezialeinheiten, mit aufgebaut. Die beteiligten Länder verfügen über ein gemeinsames Computersystem, das die verschiedenen Sonderkommandos immer auf dem Laufenden hält. Erkenntnisse über Bedrohungslagen können so in Echtzeit ausgetauscht werden.

Seit vier Jahren stehen auf dem Cobra-Gelände bei Wiener Neustadt zwei nachgebaute Blechbänke von Flugzeugen, in denen Antiterrorereinsätze geübt werden. Da-

vor hatten die Sky Marshals in echten Austrian-Flugzeugen und deshalb immer nur nachts, wenn die Maschinen nicht im Einsatz waren, trainiert.

Mit näheren Infos sind die Air Marshals zurückhaltend. Vor einigen Jahren konnten sie jedenfalls die Entführung einer Aeroflot-Maschine verhindern. Weitaus häufiger schreiten sie ein, wenn Passagiere in psychische Ausnahme-situationen geraten oder nach zu vielen Drinks austrasten.

Doch der Ernstfall, für den geübt wird, heißt Terror. Im Notfall haben die Aufpasser die Befugnis, von der Schusswaffe Gebrauch zu machen. Spezialmunition soll verhindern, dass dabei

Löcher in die Bordwand gerissen werden. „Die oberste Maxime heißt aber mindestnotwendiger Gewalteinsetz“, so Cobra-Kommandant Treibenreif. Das Okay des Piloten, der seit einigen Jahren im mit einer schusssicheren Tür versperrten Cockpit sitzt, muss für einen Sky-Marshal-Einsatz nicht extra eingeholt werden.

Teure Airport-Sicherheit

Doch nicht nur die Cobra-Leute müssen sich mit Terror in der Luftfahrt auseinandersetzen. Präventivmaßnahmen haben Flugreisen auch für Passagiere entscheidend verändert: vom Chip-Reisepass bis zur digitalen Verarbeitung von Fingerprints, vom Flüssig-

keitsverbot im Handgepäck bis zur Verdoppelung der Abfertigungszeiten, weil Fluggäste bei Kontrollen häufig ihre Schuhe ausziehen müssen, um zu beweisen, dass sie keine Bombe an Bord schmuggeln wollen. Grob geschätzt machen Sicherheitsmaßnahmen heute ein Drittel der Flughafen Ausgaben aus, vor 9/11 waren es fünf Prozent gewesen.

Am 29. April 2013 soll das Verbot, Flüssigkeiten in normalen Flaschen mit an Bord zu nehmen, enden. Die Entscheidung der EU ist aber an die Voraussetzung gebunden, dass bis dahin Flüssigkeits-Scanner zur Verfügung stehen müssen. Ganzkörperscanner sind immer noch im Teststadium.



Die Sky Marshals haben in der Zentrale der Cobra bei Wiener Neustadt einen eigenen Simulator für das Training gegen Terroristen.

Foto: Fischer

Die Hamburger Terrorzelle hatte niemand im Blick

Drei der vier Todespiloten und mindestens sechs Unterstützer gehörten zur „Hamburger Terrorzelle“.

Unbeobachtet und unauffällig heckten sie in der deutschen Hansestadt ihre Pläne aus. Einige von ihnen sind noch am Leben.

Birgit Baumann

Hamburg/Berlin – Das Haus in der Marienstraße 54 im Hamburger Stadtteil Harburg gibt es immer noch. Es ist ein unauffälliges Gebäude – und hat es dennoch zumindest in die Fußnoten der Weltgeschichte geschafft. Denn dort, in einer Drei-Zimmer-Wohnung, wurden die Anschläge in den USA geplant und vorbereitet.

24 Stunden dauert es nach den Angriffen am 11. September 2001, bis im Lagezentrum der Hamburger Polizei eine Liste des FBI eingeht. Die Deutschen werden um Hilfe gebeten, denn offenbar stammen einige der Attentäter aus Deutschland. Acht Wohnungen durchsucht die Hamburger Polizei in dieser Nacht, jene in der Marienstraße ist leer.

Und dennoch ergibt sich bald ein Bild, das nicht nur viele Hamburger entsetzt. Mohammed Atta, der die Maschine in den Nordturm des World Trade Center steuerte, lebte und studierte in Hamburg, ebenso Marwan Alshehhi, dessen Flugzeug den Südturm traf, ebenso Siad Jarrah, der Pilot jener Maschine, die bei Pittsburgh auf ein unbewohntes Gebiet stürzte.

„Das war ein zweiter Schock, dass eine Vielzahl der Täter sich in Deutschland aufgehalten hat“, erinnert sich der damalige Innenminister Otto Schily (SPD) zehn Jahre nach den Anschlägen. In aller Welt gilt die Wohnung in der



Die Bewohner des Hauses in der Marienstraße 54 in Hamburg wehren sich gegen zu viel Öffentlichkeit. In dem Wohnhaus bereitete die Hamburger Terrorzelle die verheerenden Anschläge vor. Niemand bekam etwas davon mit.

Foto: Reuters / Christian Charisius

Marienstraße nun als „Terror-WG“, von „Pearl Harburg“ ist die Rede. Deutschland reagiert, eine Serie von Antiterrorgesetzen wird beschlossen. Fahndern wird der Zugriff auf Bank- und Flugdaten erleichtert, sie können sich online in Computer einschleichen, die Geheimdienste arbeiten stärker zusammen, der Besuch von Terrorcamps wird unter Strafe gestellt.

Doch die Lage ändert sich, als Deutschland 2002 Soldaten nach Afghanistan schickt. „Deutschland ist längst kein Rückzugsgebiet oder Ruheraum mehr für Terroristen, sondern auch potenzielles Ziel“, sagt Daniela Pisiou, Terrorismus-Expertin am Institut

für Friedensforschung und Sicherheitspolitik der Universität Hamburg.

Aber im Gegensatz zu den Briten oder Spaniern bleiben die Deutschen von einem großen Anschlag verschont. Mehrmals gelingt es der Polizei, mutmaßliche Terroristen rechtzeitig aus dem Verkehr zu ziehen, etwa die „Sauerland-Bomber“, die US-Ziele in der Bundesrepublik angreifen wollten. Diese Woche erst fasste die Berliner Polizei zwei junge Männer, die Material zum Bombenbauen bestellt hatten.

In den zehn Jahren seit 9/11 gab es nur einen Anschlag eines Einzeltäters: Ende Februar tötete ein junger Islamist am Frankfurter Flug-

hafen mit gezielten Kopfschüssen zwei US-Soldaten.

Entwarnung gibt der deutsche Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) jedoch auch zehn Jahre nach den Anschlägen nicht: „Wir haben fast 1000 Personen, die man als mögliche islamistische Terroristen bezeichnen könnte“, sagt er. Davon seien 128 „Gefährder“, also Personen, die bereit sind, „erhebliche Straftaten“ zu begehen. 20 von ihnen hätten eine Ausbildung in einem Terrorcamp absolviert.

Die Hamburger Terrorzelle existiert heute nicht mehr in der ursprünglichen Form – nicht nur, weil drei ihrer Mitglieder als Todespiloten starben. Attas

Helfer, Mounir El Motassadeq, wurde 2003 im weltweit ersten Terrorprozess vom Oberlandesgericht Hamburg wegen Beihilfe zum Mord in mehr als 3000 Fällen und Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung zu 15 Jahren Haft verurteilt.

Der Deutsch-Syrer Mohammed Haidar Zammar wurde nach Angaben der Nationalen Organisation für Menschenrechte wegen Mitgliedschaft in der verbotenen Muslimbruderschaft 2007 in Syrien zu zwölf Jahren Gefängnis verurteilt.

Said Bahaji wird nach wie vor mit internationalem Haftbefehl gesucht. Und Ramzi Binalshibh wartet in Guantánamo auf seinen Prozess.



Mohammed Atta, der Kopf der Terrorzelle.

Foto: AP

9/11-Einsatz erhöht Krebsrisiko

Interpretation der neuen Studie ist allerdings umstritten

London/Wien – Feuerwehrleute, die auf Ground Zero im Einsatz waren und überlebten, leiden zehn Jahre danach um 19 Prozent häufiger an Krebs als ihre unbeteiligten Kollegen. Das berichtet der leitende Mediziner der New Yorker Feuerwehr, David Prezant mit Kollegen von zwei New Yorker Unis in der renommierten britischen Medizinzeitschrift *The Lancet*. Für die Studie wurden Daten von knapp 9000 aktiven Helfern und gut 900 nicht beteiligten Feuerwehrleuten ausgewertet.

Wie Prezant und seine Ko-Autoren vermuten, dürfte das leicht erhöhte Krebsrisiko, das freilich statistisch umstritten ist, an krebs-erregenden Bestandteilen des

Trümmerstaubs wie Dioxinen und Polychlorierten Biphenylen (PCB) liegen. Einige dieser Stoffe können direkt zu Tumoren führen, andere auf dem Umweg über chronische Entzündungen und Autoimmunerkrankungen. Konkret litten Feuerwehrleute, die sich an den Rettungs- und Bergungsarbeiten zwischen den Trümmern der Zwillingstürme beteiligten, in den ersten sieben Jahren nach 9/11 geringfügig häufiger an Magen-, Darm-, Prostata-, Schilddrüsen-, Blasen-, Nieren- und Bauchspeicheldrüsenkrebs als erwartet.

Die Zahl der Lungentumore war allerdings geringer – was die Studienergebnisse etwas zweifelhaft macht: Die Forscher hatten 21 Fälle erwartet, tatsächlich gab es nur neun, und von diesen waren alle Raucher. Die Forscher erklären diese unerwartete Zahl damit, dass die Entwicklung von Lungentumoren etwas mehr Zeit benötige.

Eine zweite Studie in *The Lancet* von Juan Wisnivesky und Kollegen vom Mount Sinai Institut für Medizin in New York geht auf andere gesundheitliche Langzeitfolgen bei den insgesamt rund 43.000 9/11-Helfern ein: Außer Feuerwehrleuten, Polizisten und Militärs hatten sich auch viele Freiwillige an den Einsätzen beteiligt. Demnach leiden sie überdurchschnittlich häufig an Asthma und anderen Erkrankungen der Atemwege sowie an Depressionen, Panikattacken und posttraumatischem Stresssyndrom. (tasch)



9/11-Feuerwehrleute leiden etwas öfter an Tumoren – aber weniger oft an Lungenkrebs.

Foto: EPA

41 Prozent der Überreste nicht identifiziert

Auch zehn Jahre danach kommen Leichenteile in Labors der Gerichtsmedizin

Michael Möseneder

New York / Wien – Manchmal machen Zahlen das Grauen besser greifbar als Worte. Im Zusammenhang mit den Anschlägen in New York ist 1122 wohl ein Beispiel. Denn so viele Opfer der Attacke auf das World Trade Center sind bis heute nicht identifiziert worden. Sie wurden als vermisst gemeldet, aber die Gerichtsmediziner konnten bisher keine Spur von ihnen finden – vom Feuer völlig verbrannt, von den einstürzenden Gebäuden zermalmt.

Ellen Borakove vom Büro des obersten Gerichtsmediziners (OCME) von New York City referiert die Zahlen nüchtern. 41 Prozent der Opfer sind es, die nicht identifiziert wurden, bei 1631 Opfern haben die Familien einen greifbaren Beweis für den Tod ihrer Angehörigen. Das Verhältnis 59 zu 41 Prozent trifft auch auf die menschlichen Überreste zu. 12.810 Leichenteile konnten zugeordnet werden, 9007 Stück nicht.

Auch zehn Jahre nach den Anschlägen ist die Arbeit für die Gerichtsmediziner nicht vorbei. Zunächst wurde noch der Schutt, der auf der aufgelassenen „Fresh Kills“-Mülldeponie im Stadtteil Staten Island gelagert war, penibel durchkämmt. Nach Abschluss der Untersuchung wurden die Trümmer dort gelagert, da das Gelände in einen Park umgestaltet wird – Angehörige hatten dagegen erfolg-

los prozessiert und wollten die Umwandlung in einen Friedhof erreichen.

Aber auch jetzt kommen immer noch neue Überreste in die Datenbanken, auch dank der Bauarbeiten für den Neubau des World Trade Center. Über 25 Menschen wurden in den vergangenen fünf Jahren neu identifiziert, in weiteren fünf Fällen gibt es zwar neue DNA, aber keine Vergleichsprobe. Das kann passieren, wenn die Verwandten aus irgendwelchen Gründen keine Probe abgegeben haben – oder es sich um Opfer handelt, die nie als vermisst gemeldet wurden. Illegale Einwanderer etwa.

Insgesamt konnten 88 Prozent der Opfer alleine anhand ihrer

DNA identifiziert werden, mit fünf und drei Prozent der Fälle liegen Zahnröntgenbilder und Fingerabdrücke weit dahinter.

Neu konzipiert wurde nach den Anschlägen das System der Datenerfassung. Unified Victim Identification System heißt das im Auftrag des OCME entwickelte webbasierte Programm, das künftige Katastrophenabwicklungen erleichtern soll.

Beginnend mit den Notrufen sollen Daten über Opfer und Vermisste zentral erfasst werden, Vergleichsproben wie DNA oder Röntgenbilder gespeichert und auch mobil verglichen oder Benachrichtigungsketten organisiert werden können.



Monatelang durchsuchten auf einer New Yorker Mülldeponie Identifizierungsexperten die Trümmer des World Trade Center.

Foto: Reuters

Der Befreiungsschlag des Mike Piazza

Nur zehn Tage nach 9/11 wurde in New York wieder professionell Baseball gespielt. Die gastgebenden Mets schlugen vor 40.000 Zuschauern die Atlanta Braves mit 3:2. Für die Stadt ein kleiner Schritt zurück zur Normalität.

Frank Herrmann aus New York

Jetzt schwelgen sie alle noch einmal in Erinnerungen – der legendäre Werfer John Franco, Trainer Bobby Valentine und natürlich Mike Piazza, der mit einem denkwürdigen Schlag Jubelstürme auslöste. Natürlich darf auch Chipper Jones nicht fehlen, der Bulle aus Atlanta, den das New Yorker Publikum gern schmähete, zumal er so etwas wie ein Angstgegner war. Nur nicht am 21. September 2001, da wurde der Südstaatler genauso gefeiert wie die Lokalmatadore. An diesem Tag ging es nicht ums Gewinnen.

„Wir hatten verloren, aber das war mir egal“, sagt Jones zehn Jahre danach. Sein Teamgefährte John Smoltz bringt es auf den Punkt. „Es war ein Spiel, das nicht wirklich ein Spiel war. Es war eine Heilung.“ Zehn Tage nach 9/11, die erste wichtige Baseballpartie in New York. Das William Shea Stadium, draußen in Flushing Meadows, weit im Osten der Stadt, lag in der Nähe des La Guardia Airport. Es gab Bedenken, ob man den Zuschauern den Anblick startender Flieger zumuten konnte. Und war es nach der Tragödie nicht viel zu früh für ein Sport-spektakel?

„Die Menschen wussten nicht, wie sie auf den 11. September reagieren sollten“, beschreibt es Bobby Valentine.

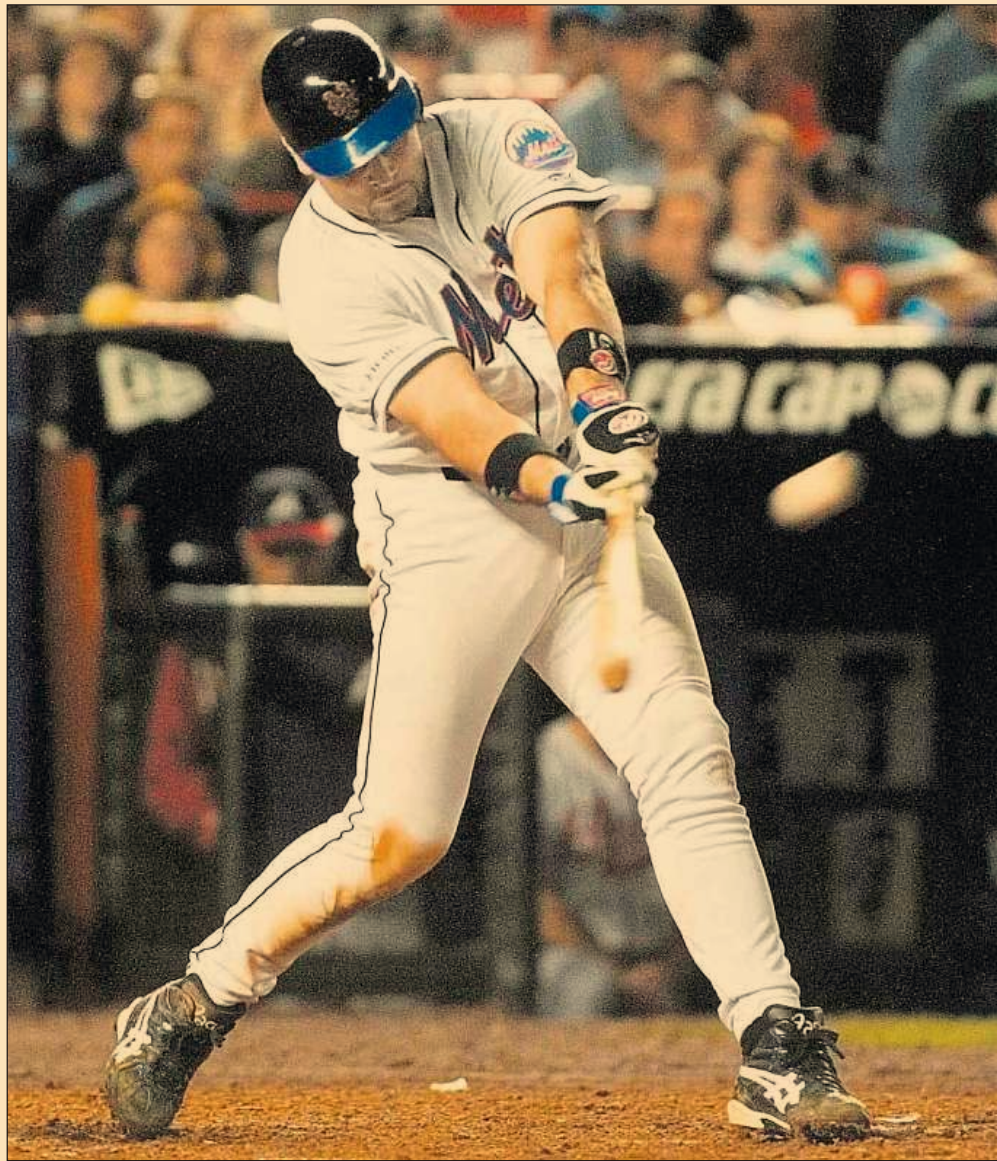
„Es gab das Verlangen, nur zu trauern, keine andere Emotion zu zeigen als Trauer.“ Auch bei den Spielern der Mets. Die waren nach einem Auswärtsspiel in Pittsburgh im Bus zurück nach New York gefahren, da nach den Anschlügen sämtliche Flüge gestrichen waren. Lange bevor der Bus die Stadt erreichte, konnten sie die Rauchwolken sehen, dort, wo vorher die Zwillingstürme gestanden waren. Nach intensiver Debatte waren sich beide Trainer einig, Valentine von den Mets und Bobby Cox von den Atlanta Braves. Sie wollten ein Zeichen setzen, sich von Terroristen nicht aus der Bahn werfen lassen.

Andere, sagt Valentine, hätten es anders gesehen – mit gutem

Recht. Niemand habe wissen können, wie es ausgehen würde, ob nicht leere Ränge die Weltuntergangsstimmung noch verstärken würden. Diana Ross sang *God Bless America*, auf der Tribüne saß Bürgermeister Rudolph Giuliani, der von den Vierzigtausend mit „Rudy“-Sprechchören gefeiert wurde, obwohl die genau wussten, dass er den Ortsrivalen, den Yankees, die Daumen drückte. Sogar die Braves trugen Helme mit den Aufschriften „NYPD“ und „FDNY“, ehrten so die Polizei und die Feuerwehr von New York. In einer Pause brach Liza Minnelli mit *New York, New York* den Bann. Es durfte wieder gelacht und gejubelt werden.

Schließlich gelang Piazza ein historischer Schlag. Der Ball flog auf die Tribünen, der Catcher der Mets vollendete den Home-Run zum Sieg. Es war einer der emotionalsten Momente der Baseball-Geschichte, ein Befreiungsschlag, im wahrsten Sinne des Wortes. „Für Tausende von Betroffenen hat dieses Spiel überhaupt nichts geändert. Für die Stadt bedeutete es einen kleinen Schritt zurück zur Normalität“, schrieb die *New York Times*.

Zehn Jahre später gibt es das alte Stadion nicht mehr. Die Mets spielen heute in Citi Field. Das Shea Stadium wurde vor drei Jahren abge-



Mike Piazza, der vier Jahre nach seinem Rücktritt noch immer den Rekord für die meisten Home-Runs eines Catchers in der Major League (427) hält, beim Schlag, der den Mets am 21. September 2001 den Sieg über Atlanta bescherte.

Foto: AFP

rissen. Die patriotische Welle, die nach dem 21. September 2001 durch die Baseballstadien der USA schwappte, ebte irgendwann ab. Statt *God Bless America*

plärrt auch bei den Mets wieder das unbeschwerte *Take Me Out to the Ball Game* aus den Lautsprechern. Mike Piazza, der 2007 seine Karriere beendete, kehrt am

Jahrestag noch einmal zurück ins Scheinwerferlicht. Franco wird den ersten Ball werfen, und Piazza wird versuchen, ihn abzuwehren.

Der Kickoff, die Show und das Gedenken

Die National Football League begeht den 9/11-Jahrestag mit 13 Partien und auch kritisiertem Pomp

New York / Wien – Man wird wohl auch Pat Tillmans gedenken, wenn am Sonntag 13 von 16 Partien des ersten Spieltages der Regular Season in der National Football League (NFL) aufgeführt werden. Zumal in Glendale, Arizona, wo die Cardinals die Carolina Panthers empfangen. Vor dem Stadion steht eine Statue des Profis der Cardinals, der gleich nach 9/11 seine Karriere und einen millionenschweren Vertrag schmiss, um als berühmtester Freiwilliger

am „Krieg gegen den Terror“ teilzunehmen. Im April 2004 fiel er in Afghanistan. Die NFL hatte einen Superhelden, auch nachdem sich herausstellte, dass Ranger Tillman sogenanntem Friendly Fire, Kugeln seiner Kameraden, zum Opfer gefallen war.

Die NFL, die amerikanischste der Profiligen, begeht den zehnten Jahrestag der Anschlüge mit besonderem Aufwand. Der übliche vorsaisonale Tarifstreit zwischen

den Teambesitzern und der Spielergewerkschaft durfte den Auftakt nicht gefährden. Undenkbar schien es, ausgerechnet an diesem Tag keine Show zu bieten. Spieler und Trainer werden in allen Stadien vor dem Kickoff spielfeldgroße Fahnen halten und eigens kreierte 9/11-Schleifen tragen. Die TV-Zuseher werden mit Gedenkvideos und dem Zapfenstreich live vom Arlington National Cemetery eingestimmt.

Nicht wenige meinen, dass es die NFL wie vor zehn Jahren halten sollte – nämlich innehalten, um den Blick auf das Wesentliche nicht zu verstellen. Damals wurde der Ligaauftakt verschoben, die erste Runde erst im Folgejahr nachgeholt, weshalb das Finale, die Super Bowl, zum bisher einzigen Mal nicht im Jänner, sondern erst im Februar stattfand. Innehalten wäre aber schlecht für das Geschäft der lukrativsten aller Ligen. Rekordquoten sind gewiss. (lü)

Federer, der Schock und der Spaß

Der Schweizer spielt bei den US Open gegen den Serben Djokovic um einen Finalplatz

New York / Wien – Am 9. September 2011, zwei Tage vor der Katastrophe, hatte der Australier Lleyton Hewitt im Endspiel der US Open US-Star Pete Sampras entzaubert. Für Roger Federer war damals im Achtelfinale gegen Andre Agassi Schluss. „Ich habe nicht wirklich verstanden, was da passiert ist, bis ich das Jahr darauf nach New York zurückgekommen bin. Es war ein Schock“, erinnert sich der Schweizer, der während der Anschlüge daheim war.

Mittlerweile hat Federer 16 Grand-Slam-Turniere gewonnen, fünf davon in New York. Nach den regenbedingten Spielabsagen findet das Halbfinale erst am Samstag statt. Und in diesem trifft der Weltranglistendritte, der im Viertelfinale den Franzosen Jo-Wilfried Tsonga souverän mit 6:4, 6:3, 6:3 besiegte, auf Novak Djokovic, die Nummer eins aus Serbien, der

von der Aufgabe seines Landsmanns Janko Tipsarevic (bei 7:6, 6:7, 6:0, 3:0) profitierte. Das Endspiel findet zum vierten Mal in Folge erst am Montag statt. „Ich habe richtig Spaß am Court“, sagt Federer, der im Vorjahr im Halbfinale an Djokovic scheiterte.

Die Überraschung im Damen-Viertelfinale lieferte die 23-jährige Deutsche Angelique Kerber mit einem 6:4, 4:6, 6:3 gegen die Italienerin Flavia Pennetta (26). „Es

ist unglaublich. Ich weiß wirklich nicht, was ich sagen soll“, kommentierte Kerber durchaus perplex. In der Weltrangliste wird die Kielerin von Rang 92 aus weit nach vorne kommen. Um das Finale spielt sie am Samstag gegen die Australierin Samantha Stosur. Um den zweiten Finalplatz bewerben sich die dänische Weltranglistenbeste Caroline Wozniacki und die US-Amerikanerin Serena Williams. (red)



Roger Federer, schon 2001 in New York, hat hier bereits fünfmal gewonnen.

Foto: dapd/Krupa

GANZ KURZ

TERMINE

Eishockey / Erste Bank Liga, 2. Runde, SONNTAG: Vienna Capitals – Linz (Servus TV), Ljubljana – Graz, Fehervar – VSV, Jesenice – KAC, Zagreb – Zsneim (alle 17.30); RB Salzburg spielt frei
Formel 1 / GP Italien, Monza, SAMSTAG: Qualifying; SONNTAG: Rennen (jeweils 14, ORF 1)
Radsport / Vuelta a Espana, SAMSTAG: 20. Etappe; SONNTAG: 21. Etappe (jeweils 16, Eurosport)
Rugby/WM, Neuseeland, SAMSTAG: Argentinien – England (10.15, Sport1)
Tennis / US Open, New York, SAMSTAG: Halbfinale HERREN (17.45); SONNTAG: Finale DAMEN (22, jeweils Eurosport)
Volleyball/EM, Vorrunde, Wiener Stadthalle, SAMSTAG: Slowenien – Österreich (15.30, ORF 1), Serbien – Türkei (20, ORF SportPlus); SONNTAG: Slowenien – Serbien (15.30), Österreich – Türkei (20.10, jeweils ORF Sport Plus); Vorrunde, Innsbruck/Olympia-world, SAMSTAG: Frankreich – Finnland (15), Belgien – Italien (18); SONNTAG: Belgien – Frankreich (15), Italien – Finnland (18)

AMERICAN FOOTBALL

NFL: Green Bay Packers – New Orleans Saints 42:34

FUSSBALL

Andreas Lasnik wechselt von Absteiger Tirol zum Schlusslicht der niederländischen Eredivisie, zu NAC Breda. Der 27-jährige Steirer war ablösefrei.

LEICHTATHLETIK

Zürich / Diamond League, HERREN, 100 m: 1. Blake (JAM) 9,82, 2. Powell (JAM) 9,95, 3. Dix (USA) 10,04
DAMEN, 100 m Hürden: 1. Pearson (AUS) 12,52, 2. Harper (USA) 12,81, 3. George (CAN) 12,84, weiter: 8. Beate Schrott (AUT) 13,20

RADSPORT

Vuelta, 18. Etappe, Solares – Noja / 174,6 km: 1. Gavazzi (ITA) Lampre 4:24:42 Std.
GESAMT: 1. Cobo (ESP) Geox 74:04:05, 2. Froome (GBR) Sky 0:13, 3. Wiggins 1:41; 29. Rohregger (AUT) Leopard Trek 40:19, 157. Brändle (AUT) Geox +4:09:46 Std.

RALLYE

Coffs Harbour/WM, Australien-Rallye nach 10 Sonderprüfungen: 1. Hirvonen/Lehtinen (FIN) Ford Fiesta 1:17:11,2 Std., 2. Latvala/Anttila (FIN) Ford Fiesta +7,0 Sek., 3. P. Solberg/Patterson (NOR/GBR) Citroen 44,3; ausgeschieden: Loeb und Ogier (beide FRA)

TENNIS

US Open, 23.718 MioDol, HERREN, Viertelfinale: Djokovic (SRB/1) – Tipsarevic (SRB/2) 7:6 (2), 6:7 (3), 6:0, 3:0 w.o., Federer (SUI/3) – Tsonga (FRA/11) 6:4, 6:3, 6:3 – Achtelfinale: Nadal (ESP/2) – Muller (LUX) 7:6 (1), 6:1, 6:2, Murray (GBR/4) – Young (USA) 6:2, 6:3, 6:3, Roddick (USA/21) – Ferrer (ESP/5) 6:3, 6:4, 3:6, 6:3, Isner (USA/28) – Simon (FRA/12) 7:6 (2), 3:6, 7:6 (2), 7:6 (4)
Halbfinale: Djokovic – Federer, Isner/Murray – Roddick/Nadal
DOPPEL, Viertelfinale: Melzer/Petzschner (AUT/GER/9) – Marrero/Seppi (ESP/ITA) 6:1, 6:2, Fyrstenberg/Matkowski (POL/6) – Bhupathi/Paes (IND/4) 6:4, 7:6 (4), Bollelli/Fognini (ITA) – Lindstedt/Tecau (SWE/ROM/7) 1:6, 7:6 (7), 6:4
Halbfinale: Melzer/Petzschner – Bollelli/Fognini
DAMEN, Viertelfinale: Wozniacki (DEN/1) – Petkovic (GER/10) 6:1, 7:6 (5), S. Williams (USA/28) – Pawlajtchenkova (RUS/17) 7:5, 6:1, Stosur (AUS/9) – Swonarowa (RUS/2) 6:3, 6:3, Kerber (GER) – Pennetta (ITA/26) 6:4, 4:6, 6:3
Halbfinale: Wozniacki – Williams, Stosur – Kerber

„Antiterrorkrieg hat US-Überlegenheit zerstört“

George W. Bush ist erst mit 9/11 zum starken Präsidenten geworden, sagt **George Soros** im Gespräch mit **Christoph Prantner**. Denn er habe die Angst der Amerikaner skrupellos für seine Zwecke genutzt.

STANDARD: Was war aus Ihrer Sicht die wichtigste Folge der Terroranschläge für die US-Gesellschaft?
Soros: 9/11 war ein fürchterlicher Schock für alle Amerikaner. Der Anschlag hatte großen Einfluss auf die US-Politik, weil die Regierung Bush so reagiert hat, wie sie eben reagiert hat. Die Terroristen haben einen wunden Punkt in der amerikanischen Gesellschaft gefunden: die Todesangst. Präsident Bushs Regierung hat diese für ihre Zwecke ausgenutzt.

STANDARD: Sie haben sich immer scharf gegen George W. Bush positioniert, dessen irreführenden Begriff vom „Krieg gegen den Terror“ kritisiert und ihm vorgeworfen, dass er die politische und militärische Macht Amerikas in der Welt verringert habe. Wäre das in einer immer globalisierteren Welt und mit dem Aufstieg Chinas nicht dennoch passiert?

Soros: Bis zu einem gewissen Grad ja. Aber Bush hat die Situation noch verschärft. Seine Regierung hat die starke emotionale Reaktion auf die Anschläge in den sogenannten Krieg gegen den Terror kanalisiert. Das hat Bush geholfen, sein Mandat überhaupt erst zu beanspruchen. Er war ja nur mit einer sehr geringen Mehrheit unter den Wahlmännern gewählt worden und hatte keine Mehrheit unter den Stimmbürgern. Das Land war extrem gespalten. Die Regierung bekam die Unterstützung des Volkes erst, als sie den Krieg gegen den Terror ausrief. Erst dann haben sich die Menschen hinter den Präsidenten gestellt. Das hat es ihm erlaubt, die Nation in die von ihm vorgegebene Richtung zu führen. Allerdings hat er dabei den falschen Weg eingeschlagen und den Krieg gegen den Terror als Ausrede für eine Invasion im Irak unter falschen Voraussetzungen benutzt.

Bushs Ziel war es, der Welt die amerikanische Überlegenheit zu demonstrieren. Aber gerade zu dem Zeitpunkt, als er den Krieg gegen den Terror deklarierte, hatte Amerika eine unherausgeforderte militärische Überlegenheit. Keine andere Nation, kein Bündnis konnte gegen diese aufstehen. In ganz kurzer Zeit wurde diese Überlegenheit zerstört, und zwar genau durch diesen Krieg gegen den Terror und nicht durch den ökonomischen Aufschwung Chinas. Peking ist durch die Finanzkrise und den Crash von 2008 zum politischen Faktor geworden.

STANDARD: Hat dieser Prozess erst

mit der Wahl Bushs begonnen? Es gibt viele Analysten, die meinen, dass es die Vereinigten Staaten schon Mitte der 1990er-Jahre versäumt haben, die Friedensdividende nach dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums einzukassieren.

Soros: Man kann in der Tat sogar bis zu Präsident Reagan zurückgehen. Er glaubte an die grundlegende Idee eines Marktfundamentalismus. Das hat die Superblase erzeugt, die 2008 geplatzt ist.

STANDARD: Die USA haben es dringend nötig, sich zu restrukturieren und ihren sogenannten Traum neu zu erfinden. Das war eines der Versprechen, die Barack Obama in seiner Wahlkampagne gegeben hat.

Davon hat der Präsident nicht viel verwirklicht, oder?

Soros: Ich stimme zu. Obama hat seine Wahlversprechen nicht eingehalten. Die Republikaner haben inzwischen erfolgreich statt des Versagens der Märkte die Regierung für

die Finanzkrise verantwortlich gemacht. Damit bleibt Amerika unglücklicherweise auf dem Holzweg.

STANDARD: Wird Präsident Obama seine Versprechen im letzten Jahr seiner Amtszeit oder in einer möglichen zweiten einlösen können?

Soros: Nein, mit Sicherheit nicht vor den Wahlen 2012, weil ihm die Republikaner das verwehren werden. Er hat sich viel zu sehr aus dem Fenster gelehnt, um einen Kompromiss mit den Republikanern für das Finanz- und Budgetproblem zu finden. Der Deal ist geplatzt, weil sich die Tea Party strikt weigerte, Steuererhöhungen oder auch nur eine Verbreiterung der Steuereinnahmen zuzustimmen. Anti-Steuer-Aktivistinnen haben ihre Unterstützer im Kongress dazu gebracht, ein Versprechen zu unterzeichnen, das sogar das Schließen von Steuerschlupflöchern als Steuererhöhung sieht. Das ist eine erstaunlich reaktionäre Ansicht. Nun ist es an der Wählerschaft, zu entscheiden, ob die Reichen mehr Steuern zahlen sollen oder nicht. Was nach dieser Wahl passieren wird, ist offen.

STANDARD: Zu Obamas Außenpolitik: Wie positioniert er sich gegenüber den Transitionen in den arabischen Ländern?

Soros: Das ist eine seiner positiven



George Soros: Wenn die Politik aus dem Gleichgewicht ist, zeigt sich historischer Wandel.

Foto: Reuters

versucht auf Zeit zu spielen, statt die Probleme anzugehen. Das zwingt all jene, die erkennen, dass dies nicht haltbar ist, in eine anti-europäische Haltung. Sie suchen nach nationalen statt europäischen Lösungen für die Probleme. Die Wahren Finnen in Finnland sind ein gutes Beispiel dafür. Allerdings glaube ich, dass die meisten Europäer sich bewusst sind, dass es europäische Lösungen braucht. Und dazu bedürfte es einer Wahre-Europäer-Bewegung.

STANDARD: Wo immer Sie dieser Tage in der Union wahre Europäer suchen würden, Sie würden nur wenige davon finden.

Soros: Ich glaube, dass es wahre Europäer gibt. Sie sind nur nicht aus ihren Verstecken herausgekommen und haben ihre Stimme nicht erhoben. Das gilt besonders für die jungen Leute. Deren Zukunft steht auf dem Spiel, und sie müssen realisieren, dass sie keine andere Chance haben, als europäische Lösungen zu finden. Eine Desintegration des Euro hätte katastrophale Folgen.

STANDARD: Sie haben mit ihren Organisationen viel zur Demokratisierung Osteuropas beigetragen. Gibt es Lektionen, die von den demokratischen Übergängen in Osteuropa in die arabische Welt übertragen werden könnten?

Soros: Es gibt revolutionäre Momente in der Geschichte, die das Unmögliche möglich machen. Wir müssen verstehen, dass es nicht eine zeitlose, universelle Tendenz zu einem historischen Gleichgewicht gibt, sondern eine dynamische Interaktion zwischen der Realität und der Wahrnehmung von Realität durch die Menschen. Es gibt Zustände, die liegen näher am Gleichgewicht und andere, die sind weiter davon entfernt. Das gilt für die Finanzmärkte wie für die Politik. Die meiste Zeit bewegt sich die Politik nahe am Gleichgewicht. Aber manchmal wird sie abnormal, ist weit vom Gleichgewicht entfernt – genau dann wird das Unmögliche möglich. Dort sehen wir wirklich wichtigen historischen Wandel. 9/11 war so ein Moment, der weitreichende historische Implikationen hatte. Die Eurokrise ist ebenfalls so ein Moment. Und während diese Krise Europa gefährdet, hat der Arabische Frühling ein großes positives Potenzial.

GEORGE SOROS (81) ist Finanzmanager und Philantrop. 1946 flüchtete er aus Ungarn in die USA und machte dort ein Milliardenvermögen, das er für Demokratisierungsprojekte einsetzt. In Wien ist er eng mit dem Institut für die Wissenschaften vom Menschen verbunden (er sitzt im Kuratorium des IWM).

Leistungen. Es wird nicht genügend gewürdigt, dass erst die US-Politik die Blüte des Arabischen Frühlings möglich gemacht hat. Unter anderem haben die USA die ägyptische Armee davon überzeugt, nicht auf friedliche Demonstranten zu schießen und daneben Mubarak, sein Amt abzugeben. Das ist eine positive Entwicklung in der Welt. Und es ist das Ende der terroristischen Bedrohungen, weil Al-Kaida für die Araber irrelevant geworden ist. Sie fühlen sich vielmehr zur neuen Aussicht auf Frieden und Prosperität hingezogen.

„ Der arabische Frühling sollte Europa dazu inspirieren, seine internen Probleme zu lösen.

“

STANDARD: Ist es nur das Ende der terroristischen Bedrohung oder auch das Ende der amerikanischen Obsession mit dem Terrorismus?

Soros: Nein, bemerkenswerterweise ist es das nicht. Die Amerikaner sind noch immer besessen von der Angst vor dem Terrorismus. Hoffentlich verändert sich das, denn es ist eine sehr gefährliche, kontraproduktive Obsession.

STANDARD: Gibt es eine Rolle für die EU im Übergangsmanagement in der arabischen Welt? Sie haben die Europäische Union zuletzt scharf dafür kritisiert, dass sie nicht imstande ist, sich wirksam um die Eurokrise zu kümmern. Wie soll so eine EU eine Rolle in den arabischen Ländern spielen?

Soros: Sie sollte dort eine Rolle haben. Der Arabische Frühling sollte Europa dazu inspirieren, seine internen Probleme zu lösen und im Rest der Welt eine konstruktive Rolle zu spielen. Derzeit passiert etwas sehr Unglückliches in Europa: Es steckt in einem Desintegrationsprozess. Das muss gestoppt und umgekehrt werden. Es ist vergleichbar mit der Tragödie, die die Vereinigten Staaten erfasst hat, als diese auf 9/11 mit dem Krieg gegen den Terror reagiert haben. In Europa haben wir eine Finanzkrise, der die Regierungen ebenso mit falschen Mitteln begegnen. Sie versuchen einen Status quo zu erhalten, der nicht zu halten ist. Als die EU sich in Richtung größerer Integration bewegte, waren alle bereit, dies mitzutragen. Heute gibt es die Gefahr der Desintegration, heute wollen alle den Status quo bewahren. Das ist einfach die falsche Politik. Man

Wall Street – Kurssturz nach 9/11 und durch die Finanzkrise



300 Milliarden gegen den Crash

Nach 9/11 fielen die Aktien, und die Fed musste löschen

New York – Der Anschlag am 11. September 2001 traf auch den Finanzplatz New York. Nach dem Schock waren die Aktienmärkte fünf Handelstage lang geschlossen – der Handel blieb damit so lange ausgesetzt, wie seit der Weltwirtschaftskrise 1933 nicht mehr. Bei der Eröffnung am 17. September verlor der Dow Jones Index mehr als sieben Prozent.

Im World Trade Center waren wichtige Player des US-Kapital-

markts untergebracht, etwa die Investmentbank Lehman Brothers und Cantor Fitzgerald, eine im Handel mit US-Staatsanleihen tätige Firma. Die US-Notenbank Fed versorgte die Märkte aus Angst vor einem Crash in den drei Tagen nach dem Angriff mit 300 Mrd. Dollar.

Doch die Verluste nach 9/11 waren schnell vergessen. Innerhalb von 39 Handelstagen hatte der Dow Jones sein Niveau vor den Anschlägen zurückerobert. (sulu)

„9/11 ist ein Faktor der jetzigen Wirtschaftskrise“

Die US-Wirtschaft hat die Folgen der Anschläge vom 11. September gut weggesteckt, meint der kalifornische Ökonom **Barry Eichengreen**. Warum die Attentate dennoch die Schleusen für die Wirtschaftskrise 2008 geöffnet haben, sagte er **András Szigetvari**.

STANDARD: Nach den Anschlägen am 11. September schloss die Wall Street für fünf Tage, der deutsche Leitindex Dax stürzte um zehn Prozent ab, der Nikkei in Japan rutschte auf den tiefsten Wert seit 1984. Aber hatten die Angriffe auch irgendwelche langfristigeren wirtschaftlichen Folgen?

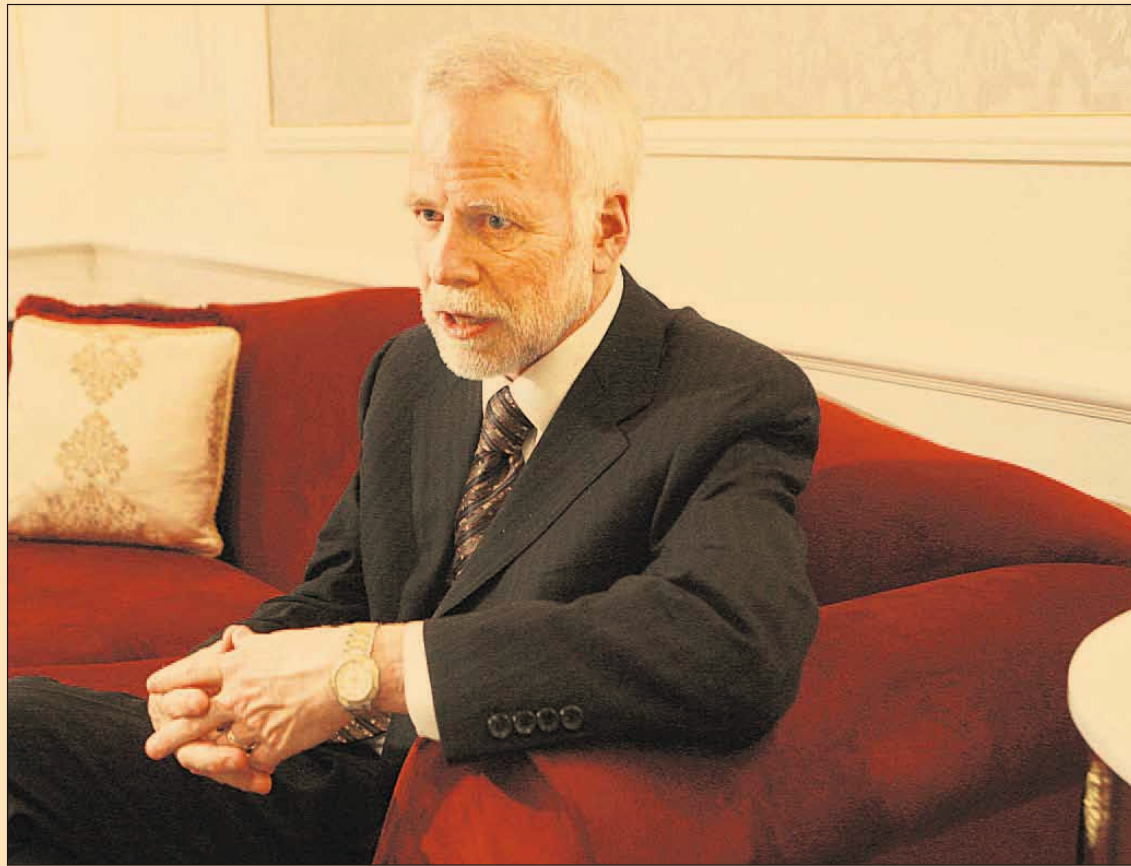
Eichengreen: Ja. Die langfristigen Folgen von 9/11 waren vor allem budgetär. Vielleicht ist es Ihnen ja aufgefallen: Wir haben ein Schuldenproblem in diesem Land. Eine der Hauptursachen dafür waren die Kriege in Afghanistan und im Irak, die eine direkte Folge der Anschläge vom 11. September waren. Die Bush-Regierung entschied sich dazu, diese Kriege durch neue Schulden zu finanzieren – und nicht durch neue Steuern.

STANDARD: Aber die Kriege waren nicht der einzige Grund für den Anstieg der US-Staatsverschuldung.

Eichengreen: Für die US-Schuldenkrise gibt es drei

Barry Eichengreen: „Die Wall Street hat weiterhin eine magische Anziehungskraft auf Finanzmanager.“

Foto: Matthias Cremer



Hauptursachen: Die Kriege, die großzügigen Steuerensenkungen aus der Zeit von Präsident George W. Bush und die Kosten der Rezession nach 2008. Alle drei Gründe haben etwa gleich viel zum Problem beigetragen.

STANDARD: Ein Argument der Kriegsgegner im Irak war, zu sagen, die Amerikaner wären nur hinter Öl her. Lässt

sich das irgendwie zeigen: Verdient die USA beim irakischen Ölgeschäft mit?

Eichengreen: Ich bin sehr kritisch, was die Ära George W. Bush betrifft. Aber ich würde nicht so weit gehen, zu sagen, der Wunsch, die Kontrolle über die irakischen Ölfelder zu erlangen, war einer der Hauptkriegsgründe. Da gab es genug andere Punkte: Die US-Administra-

tion wollte wie schon in Afghanistan zeigen, dass sie irgendetwas unternimmt. Bush junior wollte zudem zu Ende bringen, was sein Vater im ersten Krieg gegen den Irak nicht geschafft hat. Aber ich denke, noch ein ganz anderer Punkt ist wichtig: Die Kriegskosten dürfen nicht allein über die Ausgaben fürs Militär berechnet werden. In Wahrheit ist der Preis, den wir heute für Afghanistan und Irak bezahlen, viel höher. Tausende junge Männer und Frauen sind aus dem Krieg körperlich und psychisch verwundet zurückgekommen. Diese Menschen werden jahrelange Betreuung brauchen. Die Ausgaben dafür lassen sich nur schwer abschätzen.

STANDARD: Trotzdem klingt das alles in allem so, als wären die Rezessionsängste nach 9/11 unbegründet gewesen.

Eichengreen: Sie waren unbegründet, hatten aber eine wichtige Auswirkung: Die US-Notenbank Fed hat als Reaktion auf die Anschläge den Leitzinssatz dramatisch herabgesenkt. Im Nachhinein betrachtet, war das eine völlige Überreaktion der Fed. Die Lage war nicht so dramatisch. Durch die tat-

sächlichen Arbeitslosenzahlen und die Wachstumsaussichten wäre die Niedrigzinspolitik nicht begründet gewesen. Aber im unsicheren Umfeld nach 9/11 war es für die Fed lange schwierig, die Zinsen wieder anzuheben. Viele Experten halten daher die zwei, drei Jahre nach den Anschlägen für jenen Zeitraum, in dem die Immobilienblase in Amerika entstand. Die Blase hat dann bekanntlich zur Wirtschaftskrise 2008 geführt.

STANDARD: So gesehen waren die Auswirkungen doch ziemlich dramatisch.

Eichengreen: 9/11 war ein Faktor für die jetzige Wirtschaftskrise. Aber um es klar zu sagen: 9/11 war nur eine von mehreren Ursachen, die zur Niedrigzinspolitik der Fed geführt haben. Und diese Niedrigzinspolitik war selbst nur eine von mehreren Ursachen, die zur Krise geführt haben.

STANDARD: Die Terroristen haben am 11. September nicht nur tausende Menschen getötet, sondern auch bewusst symbolische Ziele angegriffen. Das Pentagon steht für die militärische Kraft der USA, die Zwillingstürme für ihre wirtschaftliche Macht. Lässt sich die ökonomische Macht eines Landes durch solche Angriffe nachhaltig schwächen?

Eichengreen: Was die Welt durch 9/11 gelernt hat, war, dass Industrienationen sehr flexibel sind. In einem reichen Land mit starken Märkten und einer funktionierenden Regierung sind die wirtschaftlichen Auswirkungen von Katastrophen und Anschlägen im Endeffekt nicht besonders groß. Das lässt sich auch seither immer wieder zeigen: etwa am Beispiel Japans nach der Tsunamikatastrophe. In Entwicklungsländern wie Haiti, sind die Folgen solcher Einschnitte viel dramatischer.

STANDARD: In einem Bericht des US-Kongresses heißt es, über lange Sicht gesehen sei eine der wichtigsten Auswirkungen von 9/11, dass Amerika mehr für seine Sicherheit ausgibt. Sehen Sie diese Verbindung auch?

Eichengreen: Sicher. Jeder, der heute in die USA fliegt weiß, dass es einen riesigen Unterschied zur Zeit vor 9/11 gibt. Es gibt mehr Sicherheitspersonal, schärfere Kontrollen, mehr technische Geräte. Das spielt nicht nur auf den Flughäfen eine Rolle: Das Geld, das wir heute dafür ausgeben, um die Fracht in den US-Containerhäfen zu scannen, könnte natürlich stattdessen in Schulen und Universitäten fließen.

STANDARD: Hatten die Anschläge einen negativen Effekt auf die Anziehungskraft der Wall Street in New York?

Eichengreen: Nein. Der Finanzplatz New York ist gefragt wie eh und je. Die Banken und Hedgefonds haben zusätzliche Standorte außerhalb der Stadt geschaffen: Sie haben ihre elektronischen Backup-Systeme ausgelagert, um selbst im Falle eines Anschlages noch handlungsfähig zu bleiben. Aber die Wall Street hat weiterhin eine magische Anziehungskraft auf Finanzmanager.

BARRY EICHENGREEN (Jg. 1952) ist Professor für Ökonomie und Politik an der University of California, Berkeley. Er forscht über Finanzkrisen, Währungen und die Geschichte des Finanzsystems. Er ist Autor zahlreicher Bücher, zuletzt „Exorbitant Privilege: The Rise and Fall of the Dollar and the Future of the International Monetary System“.

Informieren kann man nicht delegieren.

Springer & Jacoby

DAS HAT FORMAT



Ein Milliardär hat es schwer: Wie ungerecht ist die Reichensteuer?

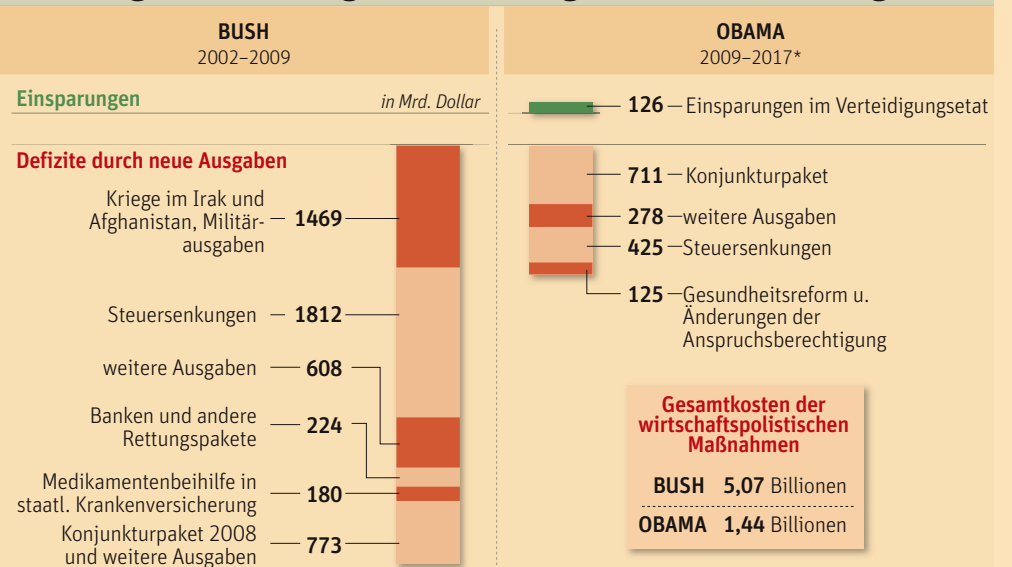
PLUS Steiermark-Spezial: Das „grüne“ Innovations-Herz.

Jetzt NEU!

www.format.at

Wirtschaft. Wöchentlich. Jeden Freitag neu.

Schieflage des US-Budgets durch Kriege und Steuerensenkungen





Günther König suchte die Lücke in der Skyline aus vielen New Yorker Perspektiven.

Fotos und Collage: Günther König

„Das ist eine klare Verletzung der Pressefreiheit“

Wie Alison Bethel McKenzie, heute Direktorin des International Press Institute (IPI), den 11. September 2001 in Washington erlebte. Und welche verheerende Wirkung die Anschläge auf die Medien hatten.

Wien – Alison Bethel McKenzie leitete die Hauptstadredaktion der *Detroit News* in Washington, als die Linienmaschinen ins World Trade Center einschlugen. „Ich war noch daheim, zog mich an, um zur Arbeit ins National Press Building zu gehen“, erinnert sich die Direktorin des International Press Institute IPI an den 11. September 2001: „Wie wohl jeder andere an diesem Tag in diesem Land geriet ich in Panik, schlüpfte rasch in Jeans und Sportschuhe und eilte in die Redaktion.“

Als sie im Büro eintraf, schlug gerade eine Linienmaschine ins Pentagon ein. „Nur eine Kollegin von elf schaffte es in diesem Chaos außer mir ins Büro. In solchen Momenten können Sie nur noch in eine Art Notfallmodus gehen und versuchen, zu zweit zu telefonieren, mitschreiben, was die Kollegen da draußen erfuhren, Beiträge für Internet und Zeitung

an die Redaktion in Detroit zu liefern. Wir waren so am Rotieren, Storys zu schreiben, um die Leute zu informieren: Wir realisierten für uns selbst erst nach Stunden, vielleicht erst Tage später, was da passiert ist.“

Was da passiert war, hatte verheerende Folgewirkungen auch auf die Medienfreiheit. US-Präsident George W. Bush, und nicht er, nur seine Regierung, missbrauchte die Anschläge, den Zugang zu Informationen massiv einzuschränken.

Bethel McKenzie: „9/11 machte es Regierungen auf der ganzen Welt einfach, Informationen mit dem Argument von Terrorismusgefahr als top secret zu deklarieren. Viele Staaten haben diese Möglichkeit missbraucht. Nehmen wir

die USA: Medien wurde untersagt, Fotos von den Särgen der getöteten Soldaten zu zeigen. Das ist eine klare Verletzung der Pressefreiheit. Ebenso, wenn Staaten Informationen mit Hinweis auf nationale Sicherheit verweigern, ohne das zu begründen. Das missbraucht die Angst der Menschen vor Terror.“

Sie erinnere sich noch, wie Journalisten vor diesem 11. September 2001 arbeiten konnten. „Viele Länder, viele Regierungen haben 9/11 als ein Instrument benutzt, Informationen vor der Öffentlichkeit und vor Journalisten geheim zu halten. Das Mantra lautete: nationale Sicherheit. Doch das allein reicht nicht, um diese Einschränkungen zu begründen. Dieses Mantra erzeugt Angst bei den Menschen – und bringt sie auf die Seite von Regierungen.“

Das gelte auch für Journalisten. „Es ist ungemein schwer, als Journalist unbeeinflusst davon zu arbeiten, unabhängig und fair zu berichten. Das ist eine

ständige Herausforderung. Noch immer, zehn Jahre nach 9/11, behaupte ich, dass ein Teil der Journalisten etwa in den USA, aber beileibe nicht nur dort, diese Unvoreingenommenheit und Fairness, etwa gegenüber Muslimen, noch nicht gefunden oder wiedergefunden hat.“

Hat sich die Lage der Medienfreiheit insgesamt nicht wieder langsam gebessert? „Ich weiß, das sagt jeder, aber: Die Welt, nicht nur die USA, wird nie wieder so sein wie vor 9/11. Ich denke, es wird besser. Regierungen und Medien beginnen, den Missbrauch nationaler Sicherheit zu realisieren. Gegen diesen Missbrauch arbeiten Organisationen, die sich für Pressefreiheit einsetzen, auch Medienkonzerne, sogar manche Regierungen.“

Die IPI-Chefin hat auch „das Gefühl, dass sich die Einstellung aufseiten der Medien geändert hat:

Viele akzeptieren, dass die Veröffentlichung bestimmter Nachrichten zu gewissen Zeitpunkten Gewalt und Terrorismus fördern kann. Vor 9/11 wären viele Medien nicht bereit gewesen, sich mit Regierungsleuten an einen Tisch zu setzen, um ihre Berichterstattung zu besprechen.“



Wir realisierten erst Tage später, was da passiert ist.

“

Das macht einen wesentlichen Unterschied. Und das ist, was die Meinungen über Wikileaks so teilt – zwischen Informationsfreiheit und verantwortungslosem Umgang mit Information.“ (fid)

„Enorme Rechtsschutzlücke“

Medienanwältin fordert besseren Persönlichkeitsschutz

Wien – Österreich hat einiges aufzuholen, um die Privat- und Intimsphäre vor Medien zu schützen, erinnerte Maria Windhager Freitag beim Rundfunkforum über Persönlichkeitsschutz im Web.

Die Medienanwältin: „Die Rechtsprechung hinkt immer hinterher, in dem Bereich ganz besonders stark.“ Ebenso die Gesetzgebung – Justizministerin Beatrix Karl sehe in der Novelle des Mediengesetzes keine Priorität mehr. Windhager konstatiert auch ein „gesamtgesellschaftlich fehlendes Sensorium für Wirkmechanismen von Medien und den Persönlichkeitsschutz“. Schulen müssten Medienkompetenz vermitteln für den Umgang mit dem Web.

Mit einer „enormen Rechtsschutzlücke“ will sie den Gerichtshof für Menschenrechte befragen: Blitzten Opfer im Medienstrafverfahren bei Oberlandesgerichten ab, könne der Oberste Gerichtshof keine Entschädigungen mehr zuerkennen, auch wenn er ihnen Recht gibt. Viele Medien „wissen, dass sie Persönlichkeitsrechte verletzen, tun das ganz gezielt, kalkuliert und bewusst“, sagt sie. DER STANDARD und *derStandard.at*, die sie vertritt, hätten als Einzige den Täternamen im Fall Amstetten nicht ausgeschrieben. Windhager: „Mangelnder Opferschutz bedeutet Täterschutz.“ Das verstehe auch manches Mediengericht nicht. (fid)

Wien – „Am 11. September wurde uns gezeigt, wie verwundbar wir sind. Es gab zu wenig Kontrolle, das haben die Terroristen schamlos ausgenutzt.“ Ian C. Kelly, US-Repräsentant bei der OSZE in Wien, rechtfertigte die nach dem Anschlag beschlossenen Gesetze bei dem Symposium „Nine Eleven & Europe“, das von Reporter ohne Grenzen und anderen Pressefreiheitsorganisationen am Freitag in Wien veranstaltet worden war.

Die anwesenden Medienexperten diskutierten, wie sich diese Eingriffe auf die Menschenrechte und auf die Arbeit von Journalisten auswirken. An Bedeutung hätten Medien jedenfalls nicht verloren, erklärte Eva Nowotny, Präsi-

dentin der Österreichischen Unesco-Kommission, sie seien im Gegenteil „aufgestanden und in den Vordergrund getreten“. Den Gesetzgebern käme zugute, dass wir heute „in einer Mischung aus Angst, Hilflosigkeit und Unsicherheit leben. In dieser Situation nehmen die Menschen schärfere Sicherheitsgesetze viel eher hin“, obwohl damit auch ihre eigenen Rechte beschnitten würden.

Dass auch Journalisten massiv betroffen sind, erläuterte David Banisar, Direktor der Menschenrechtsorganisation Article 19, anhand einer Studie, nach der seit dem 11. September 2001 über 100.000 Journalisten aufgrund von Antiterrorbestimmungen ver-

haftet wurden. Dabei reiche es oft aus, politische Ansichten zu äußern, um belangt zu werden, kritisierte Yaman Akdeniz, Professor an der juristischen Fakultät Bilgi.

Den größten Wandel habe seit 9/11 das Internet erfahren, und trotzdem seien wir erst dabei, „die neuen Möglichkeiten zu verdauen“, sagte Dunja Mijatović, OSZE-Medienbeauftragte. Die Rolle des Internets bei den Revolutionen im arabischen Raum werde jedenfalls überschätzt, den größten Einfluss hätten die TV-Stationen gehabt, schilderte Karim El-Gawhary, ORF-Korrespondent in Kairo. Das Internet zu kontrollieren sei unmöglich, „genauso wie der Versuch, halb schwanger zu sein“. (fg)

100.000 Journalisten verhaftet

Experten diskutierten, wie sich Antiterrorgesetze auf die Pressefreiheit auswirken



9/11 aus US-Perspektive: retrospektiv, introspektiv, prospektiv ...

6 Seiten Spezial am Montag, 12. 9. im STANDARD.





Die Schriftstellerin **Siri Hustvedt** erlebt ein verändertes Land, eine mühsame Rückkehr zur Normalität und eine erstaunlich widerstandsfähige Stadt. **Michael Freund** hat sie nach ihren Eindrücken und Erinnerungen gefragt.



Last der Geschichte: Bautätigkeit am Ground Zero, eine Plakatwand für Erinnerungen. Fotos: Günther König

Das Leben in New York ist die beste Gedenkstätte

STANDARD: Was sind für Sie die bedeutendsten Veränderungen in der amerikanischen politischen Kultur in den letzten zehn Jahren?

Hustvedt: Die Folgen der 9/11-Attacke waren natürlich enorm, aber es ist unmöglich, ihren Einfluss auf die politische Kultur abzuwägen. Vieles weiß man: Die Katastrophe hat zwei Kriege zur Folge gehabt. Die Paranoia der Regierung hat zur Einschränkung der Bürgerrechte geführt, zu einem übereifrigen Homeland-Security-Ministerium, zu Argumenten für Folter, zu „außerordentlicher Überstellung“, Militärtribunalen und Guantánamo. Gewalt hat zu mehr Gewalt geführt. Der politische Diskurs in den USA über „the Other“ reichte von George Bushs simplifizierenden Phrasen über „Übeltäter“ bis zu intellektuellen Auseinandersetzungen – der Kampf gegen „Islamofaschismus“ zum Beispiel und die uralten Argumente über eine grundsätzliche Spaltung zwischen Ost und West. Das Meiste daran ist verkürzend und mit Klischees beladen.

STANDARD: Wer zieht heute den hauptsächlichsten Nutzen daraus?

Hustvedt: Die extreme Rechte – die Tea Party und ein Teil der evangelikalen Bewegung – hat eine enorme Hoheit über die laufende politische Debatte erlangt, obwohl sie

nicht mehr als 20 Prozent des Landes vertritt. Das Diskussionsklima hier ist inzwischen derartig durch, offen gesagt, irrsinnige Ideen polarisiert worden, dass wir ständig in einem Sturm an Geschwätzigkeit zu leben scheinen. Das ist nicht erst seit 9/11 so. Es wurde schon vorher und wird auch heute dazu benutzt, um Menschen einzuschüchtern.

STANDARD: Was hat sich im Alltag geändert?

Hustvedt: Für Menschen, die keine Angehörigen verloren haben, ist das Leben größtenteils wieder in einem „normalen“ Zustand. Eine Zeitlang bin ich zusammengezuckt, wenn ich Flugzeuge oder Helikopter gehört habe, habe mich gegängstigt, wenn die U-Bahn zwischen Haltestellen stehen geblieben ist. Wie viele New Yorker erwartete ich eine zweite Attacke. Da sie nicht passiert ist, erwarte ich sie nicht mehr.

STANDARD: Wie empfanden Sie diese wiedergekehrte Normalität?

Hustvedt: Unmittelbar nach dem 11. September wurde viel über die Oberflächlichkeit unserer Kon-

sumkultur diskutiert. Die Auswüchse des unkontrollierten Kapitalismus in den USA haben mich schon lange angewidert. Sobald ich verstand, dass das erste Flugzeug nicht versehentlich in einen World Trade Center Tower gekracht war, dachte ich mir: „Jetzt hat es uns also erreicht.“ Menschen waren immer schon imstande, einander grauenhafte Dinge anzutun. 9/11 hat meine Meinung dazu nicht geändert. Es hat nur den Horror näher gebracht.

”

Eine Zeitlang bin ich zusammengezuckt, wenn ich Flugzeuge gehört habe.

“

STANDARD: Also hat 9/11, längerfristig gesehen, für Sie gar nicht so viel verändert?

Hustvedt: Doch. Es fällt mir immer noch schwer, über den Tag zu reden. Was in Lower Manhattan geschah, war entsetzlich. Was sich geändert hat? Manche wurden durch 9/11 traumatisiert, andere nicht. Es kommt auf die je einzelnen Erfahrungen an. Meine sechsjährige Nichte war in der Schule drei Straßen nördlich der Towers. Als das erste Flugzeug einschlug, beschloss meine Schwester, sie abzuholen, nur als Vorsichtsmaßnahme. Sie war nicht besonders besorgt, sie dach-

te, das sei nur ein Unglücksfall mit einem kleinen Flugzeug gewesen. Als sie sich dann neun Straßen weiter im Norden auf den Weg machte, sah sie das zweite Flugzeug. Menschen in Panik rannten ihr entgegen. Sie holte ihre Tochter und rannte ebenfalls los. Sie erinnert sich heute noch sehr genau an einen Menschen mit Aktentasche, der auf die Knie fiel und sich übergab. Als eine Freundin von mir aus ihrem Wohnhaus nah den Towers hinauslief, stolperte sie über eine abgetrennte Hand.

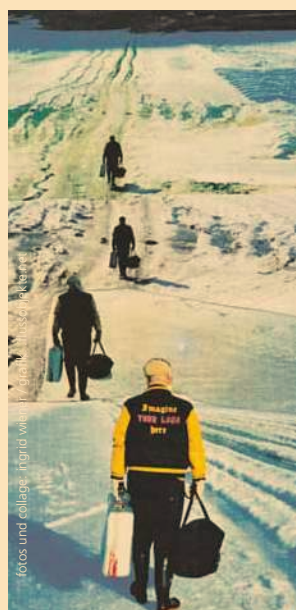
STANDARD: Wie, meinen Sie, kann eine Gedenkstätte der Tragödie gerecht werden?

Hustvedt: Dass Uneinigkeit herrscht, überrascht mich nicht. Wie fehlerhaft unsere Republik auch sein mag, bei der Entscheidungsfindung für eine Gedenkstätte in New York City schlägt sie sich gut. Soweit ich weiß, kommen alle Beteiligten langsam zu einem Kompromiss. Es kommt vielleicht keine große Kunst dabei heraus, aber es ist Zeugnis für einen friedlichen, wenn auch chaotischen Prozess, an dessen Ende ein Ort stehen wird, der den Toten unserer Stadt gewidmet sein wird.

STANDARD: Wie laut waren und sind jetzt noch die Stimmen, die nach Vergeltung rufen?

Hustvedt: Es tut immer noch weh, sich zu erinnern. Doch in den Tagen, die auf 9/11 folgten, habe ich keinen Menschen gesehen, der Rache wollte. Keinen einzigen. Als es in unserem Viertel zu einer Kundgebung kam für zwölf Feuerwehrleute, die beim Versuch starben, Eingeschlossene zu retten, da marschierten alle – meine Familie und ich waren unter ihnen – mit Kerzen durch die Straßen und sangen *We shall overcome*, die Hymne der Bürgerrechtsbewegung. Zehn Jahre später, im Lichte der Kriege, der Folterungen und der Xenophobie, hat die Erinnerung daran einen bitter ironischen Beigeschmack. Trotz der Attacken ist New York eine bemerkenswert tolerante Stadt geblieben, eine Stadt vieler Nationen, Ethnien, Religionen und Sprachen. Die meiste Zeit kommen wir recht gut miteinander aus. In New York gibt es keinen besonderen „anderen“. Wir sind alle andere. Das tägliche Leben in dieser facettenreichen Stadt mag schließlich die beste Gedenkstätte sein. Eine lebendige Gedenkstätte.

SIRI HUSTVEDT (56) ist Schriftstellerin, Essayistin und Übersetzerin. Sie lebt mit ihrem Mann, dem Schriftsteller Paul Auster, in Brooklyn. Zuletzt erschienen von ihr „Der Sommer ohne Männer“ und „Die zitternde Frau“.



kunsthau **muerz**

literatur

Oswald Wiener
Innenschau - Zusammenschau
Seminar und Fest

15. – 18. 09. 2011
kunsthau muerz / clix

www.kunsthau muerz.at
kunsthau muerz, wiener straße 35, 8680 müzzuschlag
+43 3852 56200, kunst@kunsthau muerz.at, freier eintritt

BOEHLER GRAWE DER STANDARD OSWALD WIENER GESELLSCHAFT

KULTUR-TIPP TAGESAKTUELL

bezahlte Anzeigen
Nähere Informationen: T: 01/531 70-132 und 133, F: -479
E-Mail: kulturanzeiger@derstandard.at

VORBESICHTIGUNG ZUR AUKTION

DOROTHEUM
SEIT 1707



Peter Tereszczuk, Kleiner Pierrot mit Herzensdame, Entwurf um 1905, Ausführung Tereszczuk-Ullmann, Wien, Höhe 21 cm, EUR 2.000,- bis 3.000,-

Jugendstil und angewandte Kunst
des 20. Jahrhunderts

Vorbereitung zur Auktion

Palais Dorotheum, Sa 9–17 Uhr
1., Dorotheergasse 17
T: 01/515 60-0, www.dorotheum.com
WIEN

AUSSTELLUNG

Ernst Fuchs
»Phantastische frühe Werke«



Freilichtmuseum Gerersdorf, 10–18 Uhr
Gerersdorf bei Güssing 66
www.freilichtmuseum-gerersdorf.at
BURGENLAND

Der Preis des 11. September

Dank Bushs Militärpolitik hat Al-Kaida den USA zumindest an der ökonomischen Front eine schmerzliche Niederlage zugefügt: An den immensen Kriegskosten laboriert das Land heute noch – bzw. angesichts der akuten Schuldenkrise jetzt erst recht. F.: Reuters



Joseph E. Stiglitz

Die Terroranschläge der Al-Kaida vom 11. September 2011 sollten den Vereinigten Staaten schaden, und sie taten es, aber auf eine Weise, die sich Osama Bin Laden vermutlich nie hätte vorstellen können. Präsident George W. Bushs Reaktion auf die Anschläge kompromittierte Amerikas Grundprinzipien, untergrub seine Wirtschaft und schwächte seine Sicherheit.

Der Angriff auf Afghanistan, der auf die Anschläge vom 11. September folgte, war verständlich, doch der anschließende Einmarsch im Irak hatte mit der Al-Kaida absolut nichts zu tun – und er wurde sehr teuer. Um ein Vielfaches teurer jedenfalls als die 60 Milliarden Dollar, von denen zunächst die Rede war.

Tatsächlich belief sich, als Linda Bilmes und ich Amerikas Kriegskosten vor drei Jahren berechneten, unsere konservative

Einschätzung auf drei bis fünf Billionen Dollar. Inzwischen sind die Kosten noch weiter gestiegen: Da fast 50 Prozent der zurückkehrenden Soldaten Anspruch auf irgendwelche Erwerbsunfähigkeitszahlungen haben werden und mittlerweile mehr als 600.000 in medizinischen Einrichtungen für Veteranen behandelt werden, gehen wir nun davon aus, dass sich die künftigen Erwerbsunfähigkeitsrenten und Kosten für die Krankenbetreuung auf insgesamt 600-900 Milliarden Dollar belaufen werden. Die sozialen Kosten freilich, die sich in Selbsttötungen von Veteranen (über 18 pro Tag in den letzten Jahren) und zerrütteten Familien widerspiegeln, sind unkalkulierbar.

Selbst wenn man Bush verzeihen könnte, dass er Amerika und

einen Großteil der übrigen Welt unter Vorspiegelung falscher Tatsachen in einen Krieg verwickelt und dessen Kosten falsch dargestellt hat, gibt es keine Entschuldigung dafür, wie er ihn finanziert hat. Sein Krieg war der erste in der Geschichte, der allein auf Kredit bezahlt wurde. Amerika zog in den Krieg; zugleich schoss das Defizit, bedingt durch Bushs Steuerenkungen des Jahres 2001, steil in die Höhe – doch Bush entschied sich, eine weitere Runde „Steuererleichterungen“ für die Reichen durchzuziehen.

Heute stehen in Amerika Arbeitslosigkeit und Defizit im Mittelpunkt. Beide Bedrohungen der Zukunft der USA lassen sich in erheblichem Umfang auf die Kriege in Afghanistan und im Irak zurückführen. Die erhöhten Verteidigungsausgaben sind, zusammen mit Bushs Steuerenkungen, ein Hauptgrund dafür, dass Amerikas Staatshaushalt, nach einem Überschuss von zwei Prozent des

BIP zum Zeitpunkt seiner Wahl, in das heutige Defizit-Desaster abgestürzt ist. Die unmittelbaren Regierungsausgaben für diese Kriege belaufen sich bisher auf rund zwei Billionen Dollar – 17.000 für jeden einzelnen US-Haushalt –, und durch die noch ausstehenden Rechnungen dürfte sich dieser Betrag noch um mehr als 50 Prozent erhöhen.

Nicht alle Kriegsfolgen waren allerdings katastrophal. Die Defizite, zu denen Amerikas schuldenfinanzierte Kriege so enorm beitragen, zwingen die USA nun, der Realität von Budgetbeschränkungen ins Auge zu sehen. Amerikas Militärausgaben sind zwei Jahrzehnte nach Ende des Kalten Krieges noch immer fast ebenso hoch wie die der übrigen Welt insgesamt. Diese Ressourcen dürften nun endlich umgeschichtet werden, und die USA werden bei geringeren Ausgaben vermutlich mehr Sicherheit bekommen.

Fazit: Al-Kaida erscheint, auch wenn sie nicht überwunden ist, nicht länger als die Bedrohung, die sich im Gefolge der Anschläge vom 11. September so gefährlich abzeichnete. Doch der Preis dafür war enorm und größtenteils vermeidbar. Die Konsequenzen werden uns noch lange zu schaffen machen.

JOSEPH STIGLITZ ist Professor an der Columbia University und Nobelpreisträger für Ökonomie.

©Project Syndicate, 2011; aus dem Englischen von Jan Doolan



„Wetten, dass Bin Laden sich nicht nur seine eigenen Videos ansah, sondern von Zeit zu Zeit auch gerne zu Bloomberg, CNBC oder anderen Business-Kanälen zappte?“, ätzte dieser Tage ein ählich wie Stiglitz argumentierender „Times“-Kolumnist.

Foto: AFP

ERRATA

Was man den Leuten antun kann

Gott und die Welt, Große und Kleine, alle kommen sie uns unter. Wir beschäftigen uns mit Menschen, täglich nennen wir ein paar hundert Namen – zwei- bis dreihundert an einem durchschnittlichen Wochentag, Mehrfachnennungen in einem Artikel nicht berücksichtigt, Beilagen und Kulturprogramm nicht in Rechnung gestellt.

Hundertfach lässt sich stolpern, wobei die größte Gefahr in scheinbar vertrauten Namen liegt – bei arabischen schaut man ja hin wie ein Luchs. Das scheinbar Vertraute also: Die deutsche Künstlerin *Christin Lahr* hat unseren Umgang damit anlässlich ihrer Präsentation bei der Ars Electronica erfahren. An einen Schreibfehler im Programm denkend, wir kennen das ja, wurde aus *Christin* ein *Christian*.

Medienprofis unter sich

Frau *Lahr* ist Professorin für Medienkunst – in ihrem aktuellen Projekt überweist sie täglich einen Cent an das deutsche Finanzministerium und trägt auf dem Zehlschein im Feld Verwendungszweck 108 Zeichen aus Karl Marx' Kapital ein, in 43 Jahren ist der Text dann komplett (www.machtgeschenke.de). Sie kennt also die publizistische Klaviatur, wir dürfen auf Verständnis für unseren Misston hoffen.

Doppelt gestraft wurde *Helmut Neundlinger*: Erstens musste es sich der Philosoph und Germanist antun, für unsere Netzwerkanalyse das Spiel der österreichischen Nationalmannschaft in Gelsenkirchen genau zu verfolgen, und dann haben wir zweitens noch zum *Neundlinger* gemacht. Manche trifft es wirklich extra hart.

Das Marx'sche Kapital kam uns

auch unter, als wir den Jugendfunktionär Florian Birngruber vorstellten. Überraschender als dessen Existenz in seinem Haushalt war, dass er erst nach einer *Obduktionsphase* zur KP gefunden haben soll. Das Anliegen, innere Verhältnisse offenlegen zu wollen, soll hier nicht kleingeredet werden, gemeint war aber schon eher eine *Observationsphase* – eine Beobachtungszeit, in der der Mann herauszufinden trachtete, wie die KPÖ ihre stalinistische Vergangenheit verarbeitet hat.

Andere Institutionen: Wir schrieben über „die Inseratenvergabe an die ÖBB durch Werner Faymann“. Die Bahn könnte Werbeeinnahmen brauchen – der Vorwurf zielt aber eigentlich in die andere Richtung: Es geht um Inserate von der Bahn, die über Auftrag des damaligen Infrastrukturministers ausgesuchten Medien zugute gekommen sein sollen. Sicherheitshalter und ehe das noch jemand mit der angewandten Farbberatung in Zusammenhang bringt: Es gilt die Unschuldvermutung.

Und ebenso gilt, dass nicht alles ein Fehler sein muss, was wie ein solcher aussieht. Die Schweiz hat die Bindung des Franken an den Euro beschlossen und wir haben die Entwicklung den Franken-Euro-Kurses nachgezeichnet – seit 1985. Der Einwand, dass es den Euro erst ab 1999 gibt, ist richtig. Als Buchgeld hatte er aber seit 1979 einen Vorgänger: *Ecu – European currency unit*. Und da es auch um Kredite geht, darf man schon in Jahrzehnten denken.

Otto Ranftl
Leserbeauftragter
leserbrieue@derStandard.at
otto.ranftl@derStandard.at

ANTONIO FIAN

Zweite Karriere

(Österreich. Windstille. Der Exbundeskanzler Schüssel tritt von links auf. Er ist ärmlich gekleidet und setzt unter großer Anstrengung einen Fuß vor den anderen. Den rechten Unterarm hat er schützend vor die Stirn gelegt, so als kämpfe er gegen einen gewaltigen Sturm.)

SCHÜSSEL: Blast, Winde, sprengt die Backen! Wütet, blast! Ihr Katarakt' und Wolkenbrüche, speit, bis ihr die Türm' ersäuft, die Hähn' ertränkt! Ihr schweflichten, gedankenschnellen Blitze, versengt mein weißes Haupt! Du, Donner, schmetternd, rassel nach Herzenslust! Spei', Feuer! Flute, Regen! (Er stürzt. Nachdem er sich mit Mühe wieder aufgerichtet hat.)
SCHÜSSEL: Doch nein! Euch, Elemente, schelt' ich nicht! Nicht ihr wart die Minister, nicht an euch vergab ich Posten, Kabinett nannt' ich nicht euch! Euch nur fluch' ich, Grasser, Strasser, Barbenstein, dir, Gorbach! Ach! Als ob der Mund zerfleischte diese Hand, weil sie ihm Nahrung bot!
Euren alten, guten Kanzler, des freies Herz euch alles gab – oh, auf dem Weg liegt Wahnsinn!

(Pause. Fortdauernde Windstille. Schüssel beginnt wieder zu gehen, weiter wie gegen einen Sturm kämpfend.)

SCHÜSSEL: Doch, Elemente, hatt' ich andre Wahl? Im Argen lag das Land, die roten G'rießer hatten Anteil an der Macht. Lord Dichand wollt', dass es so bleibt. Ich widerstand, und dafür lobten mich der Denker Vornehmste des Lands, die heut' mich schmähnen und verhöhnen. Zu privatisieren war so manches, Buwog, Telekom und Post und Bahn, und gab's im Lande, sagt mir, Elemente, einen nur, dem eher man vertrauen hätte können als Fürst Jörg von Kärnten? War nicht er der einzig Unbestechliche? Sein Gefolge nicht seit je ein Muster Höchster Ehrbarkeit, vergleichbar nur meinen Getreuen? (Mit Blick zum Himmel:) Ach, ich bin ein Mann, an dem man mehr gesündigt, als er sündigte.

(Er stürzt wieder, bleibt einige Sekunden liegen, steht dann auf, klopf sich den Staub von der Kleidung und blickt sich um.)

SCHÜSSEL: Nun, Narr, wie war's? Ich denke, ich war gut. Vielleicht ein wenig mehr an Pathos noch an manchen Stellen, doch ansonsten: gut. Ich werd' in Oberzeiring reüssieren nächstes Jahr und besser sein noch als der beste Shakespeare, so den Grundstein legen für die große zweite Karriere. Denkst du nicht auch, Narr? (Er blickt sich nach allen Richtungen um.) He! Wo bist du?!

Fort. Auch er. (Er setzt sich.) Mein treuer Narr, mein Morak, fort. Nur er war noch geblieben. Sei's! Geh er! Ich will beten und dann schlafen. Kein Schauspiel mehr! Das Land, mag es verrecken! Ich will sein ein Muster aller Langmut, sein wie immer, will nichts sagen. (Ab. Anhaltende Windstille. Vorhang)

Material: William Shakespeare, „König Lear“

DAS AKTUELLE BUCH

Das arabische Tagebuch eines journalistischen Popstars

Mit zumindest einer Einschätzung dürfte Karim El-Gawhary reichlich falsch liegen: dass er nach Beendigung dieses Buches mehr Zeit haben wird, mit seinem sechsjährigen Sohn Yunis zu spielen, der dessen Fertigstellung sehnsüchtig erwartete. Die One-Man-Show des ORF in der arabischen Welt ist, wenn er nicht „zu Hause“ in Kairo vor der Kamera mit dem Nil im Hintergrund steht, zurzeit oft aus Libyen zu sehen und zu hören – und da warten in Zukunft auch noch andere arabische Länder auf ihn, so viel ist sicher. Und derzeit stellt er sein Buch in Österreich vor.

Sein *Tagebuch der arabischen Revolution* ist eine Sammlung der journalistischen Äußerungen des Korrespondenten seit der Jahreswende (mit Ausnahme einer Ägypten-Blogserie von 2010) – und die finden in unterschiedlichsten Medien statt: Karim El-Gawhary berichtet, wie man früher gesagt hätte, in Funk und Fernsehen, er schreibt (in *Presse* und *taz*), er bloggt (Arabisches, tazblog), er twittert und ist auf Facebook präsent.



El-Gawhary versucht gar nicht zu verbergen, dass der Wandel, besonders natürlich der in Ägypten, auch sein eigenes Anliegen ist, und das seiner Familie: Sein Vater Magdi, der dazu aus Deutschland anreiste, wurde ebenfalls als Informant losgeschickt. Das alles merkt man: An Authentizität und persönlicher Glaubwürdigkeit kommt so schnell niemand an Karim heran. Das hat ihn in Österreich zum journalistischen Popstar gemacht.

Es spricht für die Qualität seiner Live-Gespräche mit dem ORF, das sie auch Monate später noch lesbar sind. Oft genug sind ja die Fragen aus dem Studio dergestalt, dass ein „Wie zum Teufel soll ich das wissen?“ die ehrlichste Antwort wäre. Aber El-Gawhary wusste ja trotzdem immer, was los war. Die professionelle kontinuierliche Beobachtungsarbeit eines langjährigen – jahrelang unterbeschäftigten – Korrespondenten macht sich eben bezahlt. *Gudrun Harrer Karim El-Gawhary: „Tagebuch der arabischen Revolution“*. € 22,- / 237 Seiten, Verlag Kremayr & Scheriau, Wien 2011

Bin Laden machte Schlagzeilen, aber nicht Geschichte

Rückschau auf eine Dekade im Zeichen des „Kriegs gegen den Terror“ und die Frage, welche Lehren daraus für die Zukunft der Staatengemeinschaft zu ziehen sind. – Ein Plädoyer für die Rückkehr des Primats der Politik.

David Miliband

Zehn Jahre nach 9/11 wird die Gegenwartsgeschichte gerade geschrieben. In der französischen Tageszeitung *Le Monde* erschien zum Gedenken an die Ereignisse eine überaus kluge Beilage, in der diese Zeit als „das Jahrzehnt Bin Ladens“ bezeichnet wurde. Aber stimmt das auch?

In den zehn Jahren nach 9/11 stieg das Gesamt-BIP von Brasilien, Russland, Indien und China (der Bric-Staaten) als Anteil an der Weltwirtschaft von 8,4 Prozent auf 18,3 Prozent. Der Kapitalismus angelsächsischer Prägung stürzte ab.

Außerdem stieg die Zahl der Internet-User in diesem Jahrzehnt weltweit von 360 Millionen Menschen im Jahr 2000 auf über zwei Milliarden heute. Dieses Jahrzehnt war einerseits geprägt vom Irakkrieg, der die Welt spaltete, andererseits aber auch von Bürgerbewegungen für die Freiheit, die schließlich den Nahen und Mittleren Osten erreichten, wo sich Millionen Muslime für demokratische Regierungsführung und nicht für einen globalen Jihad engagierten.

Keine dieser Entwicklungen war das Werk Osama Bin Ladens. Natürlich war (und ist) die Al-Kaida eine neue und ernstzunehmende Art der Bedrohung. Entstanden aus 30 Jahren Tumult in der muslimischen Welt, verfügt die Al-Kaida nicht nur über eine lokale Perspektive, sondern über ein Weltbild. Die Organisation strebt nicht bloß Veränderungen an, sondern eine Revolution.

Tatsächlich war das Konzept eines „Kriegs gegen den Terror“ als Reaktion teilweise fehlgeleitet, weil die Menschen dadurch glaubten, bei der Al-Kaida handle es sich wieder um eine Terrorgruppe wie die IRA, die Baader-Meinhof-Bande oder die Roten Brigaden. Das war und ist sie aber nicht. Sehr wohl aber wurde Bin Ladens Anspruch, eine weltweit bedeutende historische Figur zu sein, dadurch erweitert.

Der von den USA angeführte und vom Rest der westlichen Welt eher zurückhaltend unterstützte Kampf schwächte den Einfluss und die Kapazitäten der Al-Kaida. Allerdings stellt er auch eine erzwungene Abweichung von der entscheidenden diplomatischen Aufgabe dar, neue Regeln und Institutionen für eine von gegenseitigen Abhängigkeiten geprägte Welt zu erstellen.

Ich sehe keine Alternative zu unserem Entschluss aus dem Jahr 2001, die Taliban in Afghanistan von der Macht zu vertreiben. Die Tragödie dabei ist, dass nach dem Sieg in der Schlacht der Frieden verloren wurde. Bei der Petersberger Konferenz im Dezember 2001, die einberufen wurde, um eine neue Verfassung für Afghanistan auszuarbeiten, waren die Besiegten ausgeschlossen. Während Amerika seine eigene Demokratie auf Grundlage föderaler Prinzipien von unten aufbaute, stülpte man Afghanistan eine der am stärksten zentralisierten Verwaltungen der Welt über, obwohl in diesem Land die weltweit am stärksten dezentralisierte Bevölkerung lebt.

Tragischerweise wurden die Signale ehemaliger Taliban in ihrem südafghanischen Bollwerk Kandahar falsch verstanden. Die Taliban, die im Gegenzug für ihre Nichteinmischung in die Politik ihre Ruhe verlangten, wurden nach Pakistan vertrieben, wo sie sich wieder neu formierten. Die neue Sicherheitsbedrohung verlangte eine militärische Antwort, obwohl der Kampf vornehmlich auf politischer und diplomatischer Ebene geführt hätte werden sollen.

Am besten lässt sich die aktuelle Situation durch einen Vergleich der früheren US-Außenministerin Madeleine Albright verstehen. Während des Kalten Krieges, so Albright, gestaltete sich die Außenpolitik wie eine Fahrt durch den Panamakanal; nach dem Fall der Berliner Mauer war es wie eine Fahrt durch den Ärmelkanal – zwar viel Wasser rundum, aber überall Land in Sicht. Heute ist Außenpolitik wie eine Fahrt auf dem offenen Meer, wo außerhalb der 200-Meilen-Zonen der jeweiligen Länder keine Regeln herrschen und wo auch kein Land in Sicht ist.

Wenn das zutrifft, stehen wir vor dringenden Aufgaben – wobei die erste darin besteht, der Posi-



Vom „Jahrzehnt Bin Ladens“ ist nun in medialen Bilanzen zum Jahrestag der Anschläge auf die New Yorker Twin Towers oft die Rede. – Hält dieser Befund aber auch der Realität stand?
Foto: EPA

tion der Diplomatie in der internationalen Politik wieder Geltung zu verschaffen. Der verstorbene US-Spitzendiplomat Richard Holbrooke sagte mir einmal, dass Amerika seit 9/11 unter einer „Militarisierung der Diplomatie“ gelitten habe. Wir brauchen das Gegenteil. In einer Welt asymmetrischer Bedrohungen sollten wir dem Verfahrenshandbuch des US-Verteidigungsministeriums folgen: In der Aufstandsbekämpfung bedarf es des Primats der Politik.

Zweitens müssen wir unsere Vorstellungen von einem Machtgleichgewicht überdenken, denn diese betreffen nicht mehr nur Staaten, sondern auch Völker. Der Arabische Frühling hat gezeigt, dass aufgrund der Allgegenwart der Information zukünftige Koalitionen auf der Mikroebene gebildet werden müssen – in Dörfern und Tälern von Ländern wie Afghanistan und Pakistan – und nicht nur auf der Makroebene der Verwaltung des globalen Systems.

Drittens befinden wir uns an der Schwelle eines Zeitalters der Ressourcenknappheit. Neben der Atombombe ist dies die gefährlichste Entwicklung der letzten zwei Jahrhunderte im Sicherheitsbereich. Wenn Sie glauben, die Schuldzuweisungen in Europa wegen Griechenland sind übel, dann warten Sie auf die Kontroversen hinsichtlich der Verursacher von Dürren und Nahrungsmittelpreisinflationen. Dabei handelt es sich nicht nur um „ökologische“ Fragen, sondern um Fragen der Gerechtigkeit und Verantwortung. Um dafür Lösungen zu finden, bedarf es stärker regionaler und internationaler Institutionen.

Schließlich muss der Westen die Vorzüge des Multilateralismus wiederentdecken. Das ist hart in einer Zeit, da in Europa keiner für die Rechnungen Griechenlands aufkommen will. Aber Multilateralismus ist eine globale Versicherungspolizei gegen den Machtmissbrauch jeglichen Staates.

In den letzten Jahrhunderten gab es drei Systeme internationaler Ordnung: wirtschaftliche und militärische Vorherrschaft, Machtgleichgewicht und gemein-

same Souveränität. Diese können nebeneinander bestehen, wie sie das seit 1945 mehr oder weniger in verschiedenen Teilen der Welt tun. Allerdings ist Amerika heute wirtschaftlich und militärisch in der Defensive. Neue Mächte wie China und Indien steigen auf. Und Europa kämpft mit der Lösung seiner eigenen Probleme, von der Entwicklung zu einem globalen Akteur kann keine Rede sein.

Es gibt also niemanden, der verantwortlich ist. Das ist umso problematischer in einer Zeit, in der die Staaten und Menschen der Welt stärker voneinander abhängig sind als jemals zuvor, da Ideen, Informationen, Finanzen, Migran-

ten und Probleme zunehmend nationale Grenzen überschreiten.

Vor einem Jahrhundert argumentierte Friedensnobelpreisträger Norman Angell in seinem Buch *The Great Illusion*, dass ökonomische Sicherheit militärische Expansion ermöglicht und nicht umgekehrt. Tatsächlich ist beides ohne politische Vision nicht erreichbar. Das ist die wichtigste Lehre aus dem Jahrzehnt nach 9/11.

DAVID MILIBAND war 2007–2010 britischer Außenminister und ist nunmehr Parlamentsabgeordneter.

© Project Syndicate, 2011; aus dem Englischen von Helga Klinger-Groier.

HANS RAUSCHER

Leistung und Gerechtigkeit



Die laufende Debatte um „Verteilungsgerechtigkeit“ hat einen parteipolitischen, aber auch einen objektiven Grund.

Parteilos: Die SPÖ ist ideenmäßig ausgeronnen bzw. auf Krone-Populismus-Niveau angelangt, bzw. weiß sie nicht mehr, wie sie den Sozialstaat finanzieren soll. Da greift sie hochbeglückt nach dem Thema „Besteuert die Reichen“.

Aber, auch zur Ehre der Sozialdemokratie (und der Grünen) sei es gesagt, es gibt tatsächlich ein Missverhältnis in der sozialen Balance. Die Masseneinkommen stagnieren in den letzten Jahren bzw. sind teilweise sogar geringfügig zurückgegangen. Dagegen stehen die empörenden Millionenabzockereien von blau-schwarzen Glücksrittern wie Meischi mit seinem legendären „Wos woa mei Leischtung?“

So abstoßend diese „Generation Grasser“ auch ist und so weitverbreitet offensichtlich die Korruption im Bereich staatsnahe Betriebe/Politik, so darf man darüber nicht die wahren, mengenmäßig viel bedeutenderen Fragwürdigkeiten in unserem sozialen, aber auch Leistungsgefüge außer Acht lassen. Es gibt Gruppen, die gehören nicht zu den Superreichen, sogar eher zur Mittelschicht, die sich aber trotzdem dank besserem Lobbyismus eine begünstigte Position herausgeschlagen haben. Wer heute abschlagsfrei in Frühpension geht, und das sind inzwischen zu drei Vierteln Beamte, genießt ein Privileg auf Kosten anderer. Aber er wird von der Politik (SPÖ und manche ÖVP-Gewerkschafter) geschützt.

Es besteht der begründete Verdacht, dass im Österreich von heute sich die Maßstäbe verschoben haben, was Leistung und was Gerechtigkeit ist. Martin Schürz ist Projektleiter der mittlerweile berühmten Nationalbankstudie, die eine extreme Ungleichverteilung beim Vermögen postuliert. Einer Zeitschrift der Gewerkschaft der Privatangestellten sagte er: „Leistung steckt in Arbeit, aber kaum in Vermögen. Einkommen aus Vermögen kommt besonders bei reichen Menschen aus Erbschaften, Schenkungen und spekulativen Aktienkursgewinnen.“

Steve Jobs hat demnach beim Aufbau und Erhalt der Weltmarke Apple, die ihn immens reich gemacht hat, nichts erarbeitet, sondern nur geerbt, etwas geschenkt bekommen oder erspekuliert. Oder, ein paar Nummern kleiner: Der typische österreichische mittelständische Unternehmer, der es mit Innovation, Fleiß und Geschick zu einem gewissen Vermögen gebracht hat und dieses erhält, erbringt demnach eigentlich auch keine unternehmerische Leistung.

Der Vergleich zwischen der alleinerziehenden Supermarkt-Kassiererin und Herrn Meischberger macht wütend. Aber auch beim Vergleich zwischen der Kassiererin und dem weit besser gestellten untergeordneten und oft unterbeschäftigten Amtorgan in den Tiefen der Verwaltung sollte nach Gerechtigkeit gefragt werden; und so sehr die Grasserei zu verurteilen ist (auch im engeren Wortsinn), so sehr muss ein Gemeinwesen der Leistung von zehntausenden Unternehmern, Managern und Freiberuflern Gerechtigkeit andeuln lassen.
hans.rauscher@derStandard.at



EBEN NICHT! HIER BOHRT HÖCHSTENS EIN DURCHGEKNALLTER MAULWURF SEINE SCHNAUZE IN EINEN SCHWEIZER KÄSE!

Cartoon: Rudi Klein (www.kleinteile.at)

Interview Lakhdar Brahimi war nach 9/11 der Mann der Uno im Irak und in Afghanistan. Auch für ihn bleiben viele Fragen offen. **S. A 3**

Bücher I Im Sarg dieses Morgens: 9/11 als Thema der internationalen Belletristik. Ein Überblick. **S. A 4**

Bücher II Wie Folter mehrheitsfähig wurde: Dick Cheney sieht keinen Anlass zur Selbstkritik. **S. A 6**

Bücher III Eine neue Rolle in einer neuen Welt: Wohin geht Amerika? Fünf renommierte US-Politologen suchen nach Antworten. **S. A 7**

Architektur Die Chance, die Neuerrichtung von Ground Zero zu einem Projekt mit weltweiter Strahlkraft zu machen, ist verbaut worden. **S. A 8**

Kunstmarkt Durch 9/11 wurden auch Kunstschatze massenweise zerstört: der Terroranschlag als Versicherungsrisiko. **S. A 9**

Reise Auf der schwedischen Insel Hamnö können Urlauber einmal richtig Robinson spielen. **S. A 10, A 11**

Ich frage mich ... Birgit Müller fragt sich, wem denn eigentlich das Saatgut gehört. **S. A 12**



Die neue große Freiheit: Ägyptische Salafis demonstrieren nach der Tötung Osama Bin Ladens Anfang Mai 2011 vor der US-Botschaft.

Foto: EPA

Gut und schlecht für Al-Kaida

Mit den Demonstranten des sogenannten Arabischen Frühlings teilt Al-Kaida den Hass auf die alten Regime. Ob ihr deren Beseitigung als „Befreiung“ genügt, wird man noch sehen.

Von Gudrun Harrer

Und im zehnten Jahr nach 9/11 brach das aus, was wir etwas herblassend den „Arabischen Frühling“ nennen. In das Gedenken an die Terroranschläge vom 11. September 2001 sind die Umbruchbewegungen in der arabischen Welt gar nicht so leicht zu integrieren. Denn gerade im September 2011 wissen wir – außer ein paar unbeeindruckten Revolutionsromantikern natürlich – gerade nicht so recht, was wir von ihnen halten sollen.

Die Länder, wo es relativ leicht ging, Tunesien und Ägypten, fragen sich ernüchtert, ob das denn nun wirklich eine Revolution war, und wenn ja, wer sie „gewonnen“ hat. Und bei den anderen Staaten, in denen die Regime noch nicht ganz beseitigt oder noch zu stürzen sind – denn da sind wir uns

einig, weg gehören sie –, mischt sich in die Hoffnung eine gewisse Sorge, was danach kommt.

Und diese Sorge hat dann wieder ziemlich viel mit 9/11 zu tun. Möglichst lang hielten wir uns nur an das, was wir im Fernsehen sahen. Junge und moderne Leute, die Freiheit und ihre Rechte einforderten und keine US-Flaggen verbrannten, wie Reporter und Reporterinnen nicht zu betonen müde wurden, als sei damit fast alles über den Charakter der Revolution gesagt. Und Israel ist denen auch ganz egal. Oder?

Lakhdar Brahimi, der algerische Uno-Diplomat, der die Aufgabe hatte, nach dem auf 9/11 folgenden US-Krieg in Afghanistan und im Irak die Scherben zusammenzukehren (siehe Interview Seite 3), lehnt den Gedanken ab, dass 9/11 die arabische Welt dem Westen durch die Auseinandersetzung miteinander doch irgendwie näher gerückt hat – was den Wunsch nach einem Wandel verstärkte. Er weist darauf hin, dass es zwischen den vielen arabischen „Frühlings“-Anhängern kaum einen Konsens gibt, wie der „Change“ denn aussehen

sollte, was genau nach der Demontage der postkolonialistischen Regime kommen sollte.

Und er fürchtet, dass sich am Ende für jene, die den jungen Leuten auf dem Weg in die politische Moderne doch nicht so bedingungslos folgen wollen, ein Offert als stärkstes erweist: das der Salafis (oder Salafiten, Salafisten, wie man will – der Begriff Salaf bezeichnet die Gefährten des Propheten Muhammad, als die würdigen „Vorfahren“, die es nachzuahmen gilt), also derjenigen, die eine islamische Antwort auf alle Fragen geben. „Wir machen es wie der Westen und sagen ihnen, wie schlecht die Salafis sind. Aber was bieten wir ihnen?“

Der im algerischen Unabhängigkeitskampf sowie der Blockfreien-Bewegung sozialisierte Brahimi erinnert daran, dass auch im Algerienkrieg manche nicht „gegen die Franzosen“, sondern „für den Islam“ gekämpft haben. Aber niemand habe damals auf sie gehört, denn da war eine andere Hoffnung. Ist sie heute, in der postmodernen Welt, stark genug?

Und in welcher Beziehung stehen diese Salafis, die auf der Welle der Revolution reitend aufgetaucht sind, zu 9/11? Sind sie eine Konkurrenz für den globalen Jihad und dessen Faszination? Um es ganz platt zu fragen: Ist der „Arabische Frühling“ nun gut oder schlecht für Al-Kaida?

Schlecht ist natürlich die auf der Hand liegende Antwort (auch wenn etwa im Chaos in Libyen einige Waffen an sie abfallen werden): Die Regime, die jetzt gestürzt werden, waren auch Al-Kaida ein Dorn im Auge – mit wenig Erfolg. Wird Al-Kaida sich nun applaudierend auf die verbliebenen Schlachtfelder zurückziehen? Oder versuchen, die Zukunft der befreiten Länder mitzugestalten?

Brynjnar Lia definiert 2008 (*Al-Qaida's Appeal*, in *Perspectives on Terrorism*) als eine Schwäche Al-Kaidas, dass sie „nicht fähig oder willens erscheint, sich auf einen zukünftigen Einstieg in die Politik vorzubereiten“. Das Einzige, was Al-Kaida im Repertoire hat, ist der Kampf mit den Mitteln der Gewalt. Und Gewalt ist bei den jungen Leuten auf den tatsächlichen

und virtuellen Tahrir-Plätzen aber so etwas von out!

Al-Kaida kann ihren Sympathisanten auch deshalb keinerlei Antwort darauf geben, was nach dem Sturz der Tyrannen eigentlich genau kommen soll, weil sie schlicht keinen Plan hat, keine politische Vision. Die kleinen abgeschlossenen, ihre Sehnsucht nach frühislamischen Zeiten – die es so nie gegeben hat – auslebenden Kommunen, zu denen letztlich auch die Taliban in Afghanistan gehörten (auch wenn sie einen ganzen Staat ihr Eigen nannten), können ja wohl kein Modell sein.

Lia führt jedoch an, dass die Einfachheit der Botschaft, das Fehlen großer Entwürfe, ja andererseits wieder eine der Stärken Al-Kaidas war (ist): Anders als die verkopften islamistischen Ideologen mit ihren komplizierten Konzepten eines islamischen Staates ist die Botschaft von Al-Kaida simpel und populistisch: Der Islam wird angegriffen – militärisch, religiös und ökonomisch – und darum müssen wir ihn verteidigen.

▷ Fortsetzung auf Seite A 2

▷ Fortsetzung von Seite A 1

Dafür opfert man eher sein Leben als für abstrakte Entwürfe.

Hinzu kommt, so Lia, das „coole“ Image – das ebenfalls im Gegensatz zu dem steht, was derjenige, der heute allgemein als Patron aller militanten Islamisten angesehen wird, verkörpert: Der ägyptische Muslimbruder-Ideologe Sayyid Qutb, der 1966 unter Nasser hingerichtet wurde, war nun wirklich alles andere als sexy, wobei die typische melancholische Osama-Bin-Laden-Ikonografie vom Vorbild Qutb auch wieder nicht so weit weg ist. Haben sie ausgedient, gibt es neue Ikonen?

Es herrscht eine ziemliche Einigkeit unter Islamwissenschaftlern, dass dem Phänomen Al-Kaida oder, weiter gefasst, dem globalen Jihadismus eine begrenzte Lebensspanne beschieden sein wird (natürlich mit Ausnahme jener Islamwissenschaftler, die sich der gleichermaßen islamistischen wie islamophoben essenziellen Ansicht anschließen, beim Jihadismus handle es sich um „den Islam“). In der heutigen Form ist der Jihadismus jedenfalls unzweifelhaft eine moderne Bewegung – und wenn das Wort „modern“ für Stirnrunzeln sorgt, muss man eben ergänzen, dass mit modern hier neuzeitlich, gegenwärtig, und nicht progressiv gemeint ist.

Olivier Roy etwa sieht im Jihadismus eine „pathologische Folge der Verwestlichung des Islam“. Er weist in einem Artikel in der *Zeit* 2005, geschrieben als Reaktion auf die Attentate von London, vor allem auf die durch die Migration zerrissene Verbindung von Religion und Gesellschaft der Muslime im Westen hin. Aber die Befunde für die nahöstlichen muslimischen Gesellschaften zur Mitte des 20. Jahrhunderts fallen nicht viel anders aus, also zu jener Zeit, als Qutb seine unglaubliche Frustration, seinen Hass auf den Westen in Worte fasste – die seine Anhänger als Anweisungen zum Handeln aufnahmen.

Die Welt außerhalb

Naguib Mahfuz hat es meisterhaft verstanden, in seinen Büchern den Widerspruch zu beschreiben, in dem seine Figuren leben, zwischen den verschiedenen Welten innerhalb und außerhalb ihrer Türschwellen. Um sich das zu vergegenwärtigen, genügt es, sich einen der Konzertmitschnitte der Sängerin des arabischen Nationalismus, Umm Kulthum, anzusehen: Wie die Frauen da in der Kairoer Oper sitzen, ärmellos, rauchend, das bringt man übrigens auch mit den Bildern des heute reislamisierten Ägypten nur mehr schwer in Einklang.

Darüber, ob Qutb wirklich für alle islamistischen Übel, die nach ihm über die Welt gekommen sind, verantwortlich ist, gibt es immer wieder Diskussionen. Erwähnt wurde ja schon Lia, der meint, dass das qutbistische theoretische Ideengebäude zur Rekrutierung für den globalen Jihad viel zu kompliziert gewesen wäre.

Muhammad Sameer Murtaza arbeitet in seinem kürzlich erschienenen Buch *Die ägyptische Muslimbruderschaft* den Trend gut heraus, Qutb von der Verantwortung für die Umsetzung seiner Theorien in die Praxis, die letzten Endes zu Al-Kaida führte, freizusprechen. Dazu gehört die vom Autor geteilte Meinung, dass Qutb am Schluss erkannte, dass „Gewalt nichts verändert. Ihm fehlte nur die Zeit, diesen Gedanken niederzuschreiben“.

Wie auch immer. Auch Qutbs Bruder Muhammad – der nach der Hinrichtung Sayyid Qutbs eine große Rolle dabei spielte, den Qutbismus nach Saudi-Arabien zu tragen – betont demnach, dass Sayyid Qutb sich selbst nur als Prediger und nicht als Richter über andere gesehen habe.

Das bezieht sich auf den unseeligen „takfir“, das „zum Ungläubigen Erklären“ (eine Art Exkommunikation), das viel Leid über Muslime gebracht hat: Denn durch das Absprechen des Muslim-Seins ist der Weg frei, sie zu töten. (Läuten da nicht die Glocken, die Kirchenglocken?) In der Weiterentwicklung ist es nicht mehr nötig, das Individuum für abgefallen und vogelfrei zu erklären. Denn wenn es der Staat ist – beziehungsweise

dann sind es alle seine Subjekte.

Die Idee, dass ein Apostat zu töten sei, geht nicht auf Qutb zurück, sondern auf den Ahnherrn aller militanten Islamisten, Ibn Taymiya (gestorben 1328). Aber Qutb „entwickelte eine Beschreibung der ägyptischen und anderen Gesellschaften als Ausdruck einer neuen Ungläubigkeit, die er begrifflich mit der vorislamischen Zeit des Unglaubens, der Jahiliya, gleichsetzte“, schreibt Rüdiger Lohker in seinem Materialien-Buch zum Jihadismus (*Dschihadismus*). Das war ein entscheidender Schritt.

Qutb ist eine äußerst komplexe Gestalt, und wer ihn sich als von der Gesellschaft zurückgestoßenen Spinner, der bloß auf diese Zurückweisung reagierte, vorstellt, liegt falsch (außer vielleicht, was seine Sexualität betraf). Publizistisch hatte er einigen Erfolg gehabt, als er vom ägyptischen Bildungsministerium 1948 in die USA geschickt wurde, um dort neue Unterrichtsmethoden zu studieren. Er war an verschiedenen Unversitäten zu Gast, um dann in Northern Colorado seinen Master in Pädagogik zu erwerben. Ein Foto in Murtazas Buch zeigt ihn mit dem Präsidenten der Uni-



Der Jihad-Vordenker Sayyid Qutb hinter Gitterstäben im Gerichtssaal in Kairo. Der Prozess führte zu seiner Hinrichtung im Jahr 1966.

versität, William Ross, der freundlich in einem Buch seines Studenten blättert – und der wohl keinen blassen Dunst davon hatte, wie angewidert dieser von der US-Gesellschaft war, die er fortan als den Hort des Bösen verteuflte.

Aber weiter in der Geschichte, die uns noch zu Osama Bin Laden führen muss. Zwar stehen die jihadistischen Abspaltungen von den Muslimbrüdern in Qutbs „Traditionslinie“ (Lohker), aber haben danach ihren eigenen Weg genommen: Al-Jama'a al-Islamiya und al-Jihad al-Islami, dem der Mörder von Anwar al-Sadat angehörte. Unter den nach dem Attentat 1981 massenhaft verhafteten Jihad-Mitgliedern war auch ein gewisser Ayman al-Zawahiri, der nach fünf Jahren Gefängnis und Folter Ägypten verließ und nach Peschawar auswanderte, um von dort am Kampf gegen die Sowjets in Afghanistan teilzunehmen.

Ein zentraler Punkt der Weiterentwicklung des Qutbismus war die „vernachlässigte Pflicht“ – so heißt ein Werk des Ägypters Abdelsalam Farag, also das „Gebot“ zum Jihad. Es wurde vom aus Palästina stammenden Abdullah Yussuf Azzam zum Kampfgebot gegen die wahre oder imaginierte Besetzung islamischer Länder weiterentwickelt.

Azzam hatte in Ägypten studiert und war mit Leuten aus dem Umkreis Qutbs in Berührung gekommen. Nach einer Station in Jordanien landete er in Saudi-Arabien. Ziemlich sicher ist, dass er dort Muhammad Qutb, den bereits erwähnten Bruder Sayyid Qutbs, gekannt hat; ob damals schon Bin Laden zu ihm stieß, ist nicht ganz gesichert. Jedenfalls war dieser Student an der Abdel-Aziz-Universität in Jidda, als Azzam dort lehrte.

Azzam wurde durch die Aus-

weisung aus Saudi-Arabien auf den afghanischen Weg gebracht: 1979, als alle militanten Gruppen, durch die Islamische Revolution im Iran inspiriert, Morgenluft witterten, besetzte eine Gruppe um Juhayman al-Utaybi die Große Moschee von Mekka. Sie war ihrerseits aus einer Bewegung hervorgegangen, die ebenfalls zum Aktionismus aufrief: „das Gute gebieten“ – und nicht einfach so zusehen, wie die islamische Gesellschaft von innen verrottet.

In Afghanistan führten die Wege aller zusammen. Osama Bin Laden gab dem saudischen Königshaus aber noch eine Chance: 1991, als nach der irakischen Besetzung Kuwaits auch Saudi-Arabien in Gefahr schien, bot er dem König seine gegen die Sowjets mithilfe des CIA erfolgreichen Afghanistan-Kämpfer an. Fahd holte stattdessen US-Truppen ins Land.

Nicht mit seiner Gewalt, aber mit seiner gegen den Westen gerichteten Botschaft hat Osama Bin Laden viel Erfolg gehabt – für traditionellistische Muslime ist aber nicht nur das Morden abstoßend, sondern auch das revolutionäre Element seines Tuns.

Revoltieren ist unislamisch

Die ägyptischen Salafis sind ein gutes Beispiel dafür: Anders als die spät, aber doch aufgesprungenen Muslimbrüder schlossen sie sich der Revolte gegen den verhassten Hosni Mubarak nicht an – denn eine Revolte sei unislamisch und deshalb nicht erlaubt! Diesen letztlich unerträglichen Widerspruch lösten sie auf, indem sie später das „Resultat“ der Revolte guthießen – und sich jetzt zaghaft in die Politik begeben.

Al-Kaida hingegen lobt die Revolten, besonders gut dürfte ihr die syrische gefallen, gerät dort, nach ihrem Verständnis, mit dem Alawiten Assad doch jemand wie ein Bastard des Islam in Bedrängnis. Die Frage, ob Al-Kaida die Befreiung von den postkolonialen Regimen aber auch als postkolonialistische Befreiung an sich akzeptiert, ist hingegen offen. Wir werden es früh genug erfahren.



Gudrun Harrer ist leitende Redakteurin beim STANDARD, wo sie zuvor Chefin des Ressorts Außenpolitik war. Sie unterrichtet Moderne Geschichte und Politik des Nahen und Mittleren Ostens an der Universität Wien und an der Diplomatischen Akademie Wien. 2006 war sie Sondergesandte des österreichischen EU-Ratsvorsitzes im Irak und Geschäftsträgerin der österreichischen Botschaft in Bagdad.

IMPRESSUM:

Redaktion: Christoph Winder (Leitung), Mia Eidhuber (Titel, Ich frage mich ...), Stefan Gmünder (Literatur), Tanja Paar (Reisen).
Mitarbeiter: Wojciech Czaja.
Sekretariat: Esther Hecht.
Layout: Armin Karner, Claudia Machado-Handsurs, Magdalena Wallner.
E-Mail: album@derStandard.at



Osama Bin Laden, der 2011 von einem US-Sonderkommando in Pakistan getötet wurde. Die letzten Jahre war er operativ irrelevant. Foto: ddp



Die Krisenkolumne von Christoph Winder

Meischberger als Erzieher. Schmierige Lehren für die Jugend.

Wenn mir momentan etwas auf die Nerven geht, dann ist es die ganze Pisa-Debatte. Missverstehen Sie mich nicht: Ich bin im Prinzip sehr dafür, darauf zu achten, dass die Jugend in elementaren Kulturtechniken geschult wird. Als alter Bildungskonservativer glaube ich sogar, dass es besser ist, hin und wieder ein Buch zu lesen oder eine Fremdsprache zu trainieren als am Ego-Shooter zu brillieren.

Nein, an der Pisa-Debatte nervt mich, dass sie ständig so geführt wird, als wäre die Schule ein vom Rest der Gesellschaft separierter Spezialort, auf den das muntere Korruptionsgeschehen

in Politik und Wirtschaft keinen Einfluss hat. Das ist natürlich nicht der Fall. Jeder Pädagoge weiß heute eine Kohorte von mächtigen Miterziehern (Meischberger, Rumpold, Strasser, Grasser, Gorbach und tutti quanti) neben sich, die der Jugend jahrelang vorgeführt haben, wie man es hierzulande zu etwas bringt.

Welche Lehren wird ein halbwegs gewitzter 14-Jähriger, eine halbwegs gewitzte 14-Jährige aus dem Wirken der Obgenannten ziehen? Die richtige Parteibindung vorausgesetzt, führt die österreichische Traumkarriere vom Tankstellenpächter zum Millionär. Funktionaler Analpha-

betismus ist für politischen Aufstieg kein Hindernisgrund, sondern ein Asset. Leistung lohnt sich nicht, Frechheit siegt.

Wie will ein Englischlehrer den Schülern begreiflich machen, dass sie Vokabeln lernen sollen, wenn ein Homme de Lettres wie Hubsi Gorbach Vizekanzler wird, mit telekomgesponsortem 264.000-Euro-Sekretärien inklusive? Und was lernt die Jugend von der Justiz? Dass in Österreich eher ein Kamel durch ein Nadelöhr geht als ein Korruptionskretin in den Häfen?

Ja, es ist öde, immer wieder auf Häuptling Schmale Lippe einzudreschen. Aber den Vor-

wurf, dass er jahrelang Allegorien der Geistferne und Raffgier den Weg in die Regierung gebahnt und damit auch der Jeunesse ein paar schmierige Lehren mitgegeben hat, den muss sich der alte Schlüssel schon in seinen finanziell wohlgepolsterten Ruhestand nachrufen lassen.

Jetzt noch etwas anderes: Nicht nur die Schule bereitet Sorgen, auch an den Börsen geht's unaufhörlich bergab. Vielleicht sollten die internationalen Wirtschaftspolitiker bei den Experten aus dem Vorstand der Telekom Rat holen. Die wissen nämlich, wie man Aktienkurse verlässlich in die Höhe treibt.

„Mental waren sie längst im Irak“

Lakhdar Brahimi war nach 9/11 der Mann der Uno in Afghanistan und im Irak. Gudrun Harrer stellte fest, dass sogar für einen Insider wie ihn viele Fragen offen sind.

STANDARD: Wo waren Sie 9/11?

Brahimi: Ich war hier, in meiner Wohnung in Paris. Meine Tochter, die bei CNN arbeitete, rief mich an und sagte nur: „Schalte CNN ein“. Ich dachte, sie sei auf Sendung, und dann sah ich das Flugzeug in den zweiten Turm fliegen, wie Millionen anderer Menschen auch. Und buchstäblich am Tag danach kam der Anruf mit der Bitte, ich solle meinen Job für die Uno in Afghanistan wiederaufnehmen. Wie Sie wissen, war ich im Herbst 1999 als Sondergesandter zurückgetreten, aus Protest, wegen mangelnder Unterstützung für unsere Arbeit.

STANDARD: Konnten Sie, was Sie auf CNN sahen, sofort einordnen?

Brahimi: Der Verdacht – Araber und Al-Kaida – war da. Die Anschläge auf die US-Botschaften in Afrika lagen ja bereits hinter uns. Und ich hatte schon 1998 als Uno-Diplomat den Taliban gesagt, dass ihre „Freunde“, Al-Kaida, eine Agenda haben, die nichts mit Afghanistan zu tun hat und dem Land sehr schaden wird.

STANDARD: Was haben die Taliban Ihnen damals geantwortet?

Brahimi: Dass die ihre Gäste sind, in deren Schuld sie stehen, weil sie – gemeinsam mit den Amerikanern übrigens – geholfen haben, die Sowjets zu bekämpfen. Ich sagte ihnen, dass ich aus derselben Tradition der Gastfreundschaft komme, aber dass es auch heißt: „Der Gast ist der Herr deines Hauses – bevor er beginnt, deine Nachbarn zu beleidigen.“ Jedenfalls hatten die Taliban mit dem nichts zu tun, was Al-Kaida außerhalb Afghanistans trieb.

STANDARD: Aber seit 9/11 sind die Taliban und Al-Kaida für den Westen ein und dasselbe.

Brahimi: Das war der erste große Fehler, der begangen wurde. Taliban und Al-Kaida waren immer zwei unterschiedliche Gruppen, zu verschiedenen Zeiten in unterschiedlichem Ausmaß alliiert, aber die Welt – mit der Ausnahme Pakistans vielleicht – hat für die Taliban nicht existiert. Ab einem gewissen Moment hat ein Teil der Taliban auch verstanden, dass Al-Kaida Afghanistan schadet, zur Zeit von 9/11 waren sie in dieser Frage klar gespalten.

STANDARD: Aber letztlich haben sie sich um Al-Kaida geschart.

Brahimi: Es gibt noch eine ganze Menge Unklarheiten die Zeit zwischen 9/11 und dem US-Angriff auf Afghanistan im Oktober betreffend. Wir wissen noch bei weitem nicht alles darüber: mit wem die USA geredet haben, wen sie als Vermittler benützt haben. Es hat Kräfte gegeben, die von den USA mehr Zeit wollten, um die Taliban dazu zu bringen, Osama Bin Laden auszuliefern. Und ich habe den Verdacht, dass es ebenso Kräfte gegeben hat, die das hintertrieben haben.

STANDARD: Also Kräfte, die unbedingt den Krieg wollten?

Brahimi: Das weiß ich nicht, aber ich weiß, dass die Amerikaner,

hätten sie Bin Laden bekommen, Afghanistan in Ruhe gelassen hätten. Es ging den USA um Rache, nicht um Afghanistan. Mental waren sie längst im Irak, der hat sie interessiert. Genau das war ja eines unserer Probleme in Afghanistan. Bereits am 17. September fand das erste Treffen in Washington zum Irakkrieg statt. Das haben wir aber erst viel später erfahren.

STANDARD: Aber es war ja auch nicht gerade moralisch falsch, die Taliban zu stürzen.

Brahimi: Sicher, aber es kommt darauf an, was Sie an deren Stelle einsetzen. Wenn man einfach jene zurückbringt, die von den Taliban geschlagen wurden: die Nordallianz, die Afghanistan vor den Taliban regiert hat und bei den Menschen noch verhasster war als die Taliban ... Das haben wir gemacht, und zehn Jahre später schaut das nicht gut aus.

STANDARD: Aber Präsident Hamid Karzai zumindest war ein neues Gesicht?

Brahimi: Aber er hatte keinerlei Basis, er war eine Art Gefangener. Als er in Kabul ankam, hatte die Nordallianz allein im Präsidentenbüro 1200 der eigenen Leute installiert. Aber das ist eine eigene Geschichte ... Jedenfalls, die USA waren in Afghanistan nur an Rache interessiert, sie haben reagiert wie ein angegriffener Stamm: „Ihr werdet mit Blut dafür bezahlen, dass ihr uns angegriffen habt.“

det mit Blut dafür bezahlen, dass ihr uns angegriffen habt. Und wir – die Uno – haben fälschlicherweise gedacht, dass sie interessiert daran wären, Afghanistan so zu verändern, dass es nicht mehr der Ausgangspunkt für solche Attacken sein würde. Das heißt, den Afghanen zu helfen, ihr Land aufzubauen.

STANDARD: Jeder US-Politiker würde Ihnen sagen, dass die USA das sehr wohl getan haben.

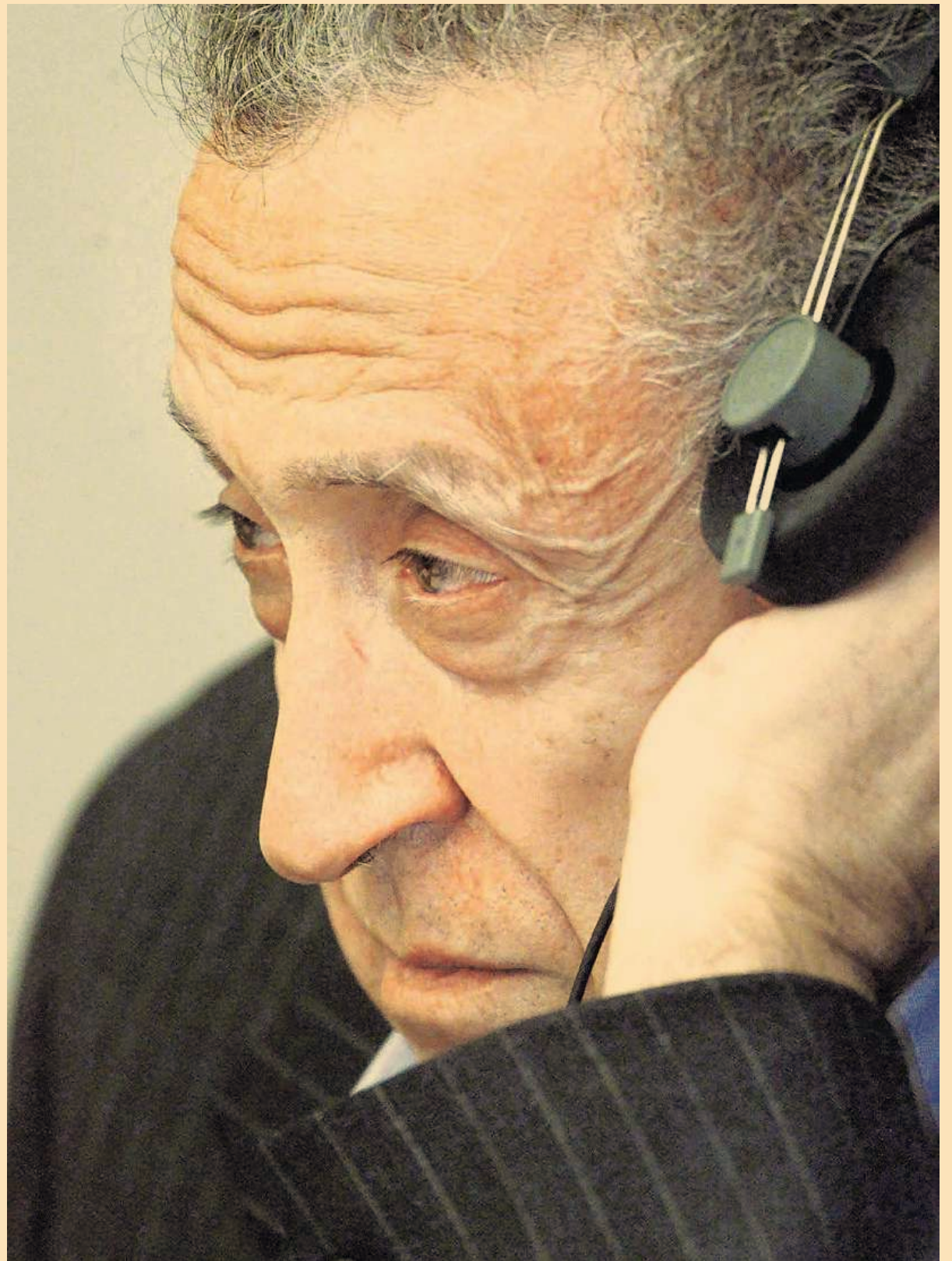
Brahimi: Das große strategische Ziel der USA war der Irak, von Anfang an. Schauen Sie, die Uno hat den Nachteil, dass sie selbst ein offenes Buch ist, aber ihrerseits wenig über die wahren Absichten ihrer Mitgliedsländer weiß. Wir wissen immer nur, was uns erzählt wird. Und in diesem Fall stimmte eben nicht, was gesagt wurde. Die Entscheidungen lagen immer bei Leuten, die sagten: „Die USA machen kein Nation-Building.“

Hinzu kam, dass wir in Bonn (bei der Afghanistan-Konferenz im November 2001, Anm.) nur mit den Leuten gesprochen haben, die fünf Prozent des Landes kontrollierten. Mir war das bewusst, und ich habe ihnen gesagt: „Wenn wir zurück nach Kabul gehen und die Regierung auf eine breite Basis stellen, dann wird man vergessen, dass ihr nicht repräsentativ seid.“ Aber auch daran war niemand – und nicht nur die USA nicht – interessiert. Es hieß nur, die Taliban seien „erledigt“.

STANDARD: Das waren, wie Sie sagen, die „Erbsünden“ ...

Brahimi: Und dass die Isaf (die Nato-geführte International Security Assistance Force, Anm.) nicht genug Soldaten bekommen hat.

Ich selbst habe hier, in Frankreich, und in Großbritannien darum gebeten. Hinter vorgehaltener Hand wurde mir gesagt, das machen wir nur, wenn uns die USA darum bitten. Die USA waren aber an der Isaf gar nicht interessiert. Sie wa-



Lakhdar Brahimi bei der Petersberg-Konferenz in Bonn im November 2001, als die politischen Geschicke Afghanistans bestimmt wurden. Kurz danach ging der Algerier zum zweiten Mal für die Uno nach Kabul. Foto: Reuters/Rattay

ren psychologisch und politisch längst im Irak.

STANDARD: Sie selbst haben 2004 Afghanistan verlassen und wurden von Kofi Annan in den Irak geschickt. Können Sie die große Frage beantworten, was genau die USA im Irak gesucht haben?

Brahimi: Ich habe diese Frage hundertmal mir selbst und anderen gestellt, und ich habe nie eine befriedigende Antwort darauf gefunden. Nach den nichtexistenten Massenvernichtungswaffen war plötzlich die Demokratie der Kriegsgrund – und Leute wie Dick Cheney werden wahrscheinlich sagen, dass der Arabische Frühling eine Spätfolge der Irak-Invasion ist. Das ist blanker Unsinn.

STANDARD: Als Modell kann der Irak wirklich nicht dienen.

Brahimi: Der Irak macht es für die Demokratie in der arabischen Welt nur noch schwerer, ein abschreckendes Beispiel. Jemand hat einmal gesagt, dass im Irak allein die Korruption demokratisiert wurde. Acht Jahre nach dem Sturz Saddams Husseins haben sie noch immer nicht so viel Elektrizität wie davor, in der Sanktionszeit. Und wenn, was ich hoffe, aus dem Irak einmal eine wirkliche Demokratie wird, dann können die USA das nicht für sich beanspruchen.

Sie haben dort nur zerstört. Die Iraker schulden ihnen nichts. Wir brauchen eine internationale Kommission, die aufklärt, was da alles passiert ist – etwa als das große Töten des Bürgerkriegs begann und nicht gestoppt wurde. Und heute wird so getan, als hätte das alles nicht stattgefunden.

STANDARD: Sie sagen, dass die USA von Beginn an nur am Irak interessiert waren, und doch war das Vorgehen dem in Afghanistan ähnlich. Wie erklären Sie sich die schweren Fehlentscheidungen?

Brahimi: Ich möchte darüber nicht einmal spekulieren. Was immer man sich vorstellt, es macht einfach keinen Sinn. Bagdad war voll von weißhaarigen US-Diplomaten, die schönes Arabisch sprachen und die Region verstanden – und auf die niemand in Washington gehört hat. Ach, die vielen Experten, die gesagt haben: „Löst nur ja die irakische Armee nicht auf, das ist das Rückgrat der Gesellschaft.“ Und es war das erste, was sie getan haben. Es waren einige amerikanische Likud-Leute bei den Irak-Entscheidungen dabei, für sie mag Israel eine Rolle gespielt haben – aber auch Israel hätte das nicht gebraucht, im Gegenteil, es leidet selbst darunter, unter anderem, weil die USA unwiderruflich beschädigt sind.

STANDARD: Und am meisten unter dem paradoxesten Ergebnis des Irakkriegs: dem Aufstieg des Iran.

Brahimi: In der Tat. Das ist das wichtigste Resultat. Und das kann man doch nicht rational erklären!

STANDARD: Glauben Sie, dass da doch ein großer Plan dahintersteckt, oder ist es pure Hilflosigkeit?

Brahimi: Aus der Ferne glaubt man, die USA, so ein mächtiges großes Land, die wissen, was sie tun, die haben Pläne. Und dann kommst du näher und siehst, das stimmt gar nicht. “

näher und siehst, das stimmt gar nicht. Und du redest mit ihnen und freust dich im ersten Moment sogar, dass die auch nicht klüger sind als du selbst. Aber dann kommt der Schrecken: Um Himmels willen, und diese Leute bestimmen die Geschicke der Welt!

Ich habe mit den Amerikanern gearbeitet und sie beobachtet, und ich verstehe heute besser, wie sie funktionieren. Das ist ein Gewinn für mich. Aber ich muss Ihnen sagen: Ich bin nicht beeindruckt – sondern vor allem beunruhigt.

Lakhdar Brahimi (77), algerischer Diplomat und Außenminister von 1991 bis 1993, danach Berater von Uno-Generalsekretär Kofi Annan, Vizegeneralsekretär und Sonderbeauftragter in vielen Krisenherden, unter anderem in Afghanistan (1997–99 und 2001–04) und danach im Irak

BEST-SELLER

Im Sarg dieses Morgens

Bestseller Belletristik

- (1) Charlotte ROCHE
Schoßgebete
Piper, € 17,50
- (3) Arno GEIGER
Der alte König in seinem Exil
Hanser, € 18,40
- (2) Maja HADERLAP
Engel des Vergessens
Wallstein, € 19,50
- (4) Donna LEON
Auf Treu und Glauben
Diogenes, € 23,60
- (5) Martin SUTER
Allmen und der rosa Diamant
Diogenes, € 19,50
- (6) Petros MARKARIS
Faule Kredite
Diogenes, € 23,60
- (neu) Josef HASLINGER
Jáchymov
S. Fischer, € 20,60
- (9) Paulo COELHO
Schutzengel
Diogenes, € 20,50
- (Wiedereinsteiger) Martin WALKER
Schwarze Diamanten
Diogenes, € 23,60
- (Wiedereinsteiger) Simon BECKETT
Verwesung
Wunderlich, € 23,60

Bestseller Sachbuch

- (1) Jean ZIEGLER
Der Aufstand des Gewissens
Ecowin, € 2,50
- (2) Anneliese ROHRER
Ende des Gehorsams
Lesethek, € 12,90
- (Wiedereinsteiger) Gerald HÜTHER
Was wir sind und was wir sein könnten
S. Fischer, € 19,50
- (5) Rudolf TASCHNER
Gerechtigkeit siegt – aber nur im Film
Ecowin, € 21,90
- (Wiedereinsteiger) Richard David PRECHT
Wer bin ich – und wenn ja wie viele?
Goldmann, € 15,40
- (8) Jamie PURVIANCE
Webers Grillbibel
Gräfe und Unzer, € 25,70
- (7) Barbel MOHR, Manfred MOHR
Das Wunder der Selbstliebe
Gräfe und Unzer, € 15,40
- (Wiedereinsteiger) Heribert SCHWAN
Die Frau an seiner Seite
Heyne, € 20,60
- (10) Siegrid HIRSCH, Felix GRÜNBERGER,
Wolf RUZICKA
Die Kräuter in meinem Garten
Freya, € 34,90
- (3) Andreas MORITZ
Die wundersame Leber- und Gallenblasenreinigung
Voxverlag, € 20,50

Copyright by Verlagsbüro Schwarzer

Spiegel Belletristik

- Charlotte ROCHE
Schoßgebete
Piper, € 17,50
- Jussi ADLER-OLSEN
Erlösung
dtv premium, € 15,40
- Jussi ADLER-OLSEN
Schändung
dtv premium, € 15,40
- Kristin und P. C. CAST
Verbrannt
Fischer, € 17,50
- Markus HEITZ
Die Legenden der Albae. Vernichtender Hass
Piper, € 16,50

Auch auf das fiktive Erzählen hat 9/11 unmittelbar eingewirkt – nicht nur in der amerikanischen Literatur. Ein Überblick.

Von Sebastian Gilli

Während eines Fluges geht ein grimmig blickender Mann, ziemlich dunkelhäutig und mit schwarzem Rauschbart, auf die Toilette. Nach wenigen Minuten äußert sich eine Dame laut, dass jener „Araber am Klo wirklich wie ein Terrorist aussieht“. Ein unruhiges Murren bauscht sich rasch zu einem Stimmengewirr auf, das Panik, Schlägerei und die Notlandung zur Folge hat.

Diese Episode aus dem 2009 erschienenen Roman *Am Morgen des zwölften Tages* (Deuticke) des österreichischen Autors Vladimir Vertlib zeigt, wie sehr die Terroranschläge des 11. September 2001 Klischees, Vorurteile und Misstrauen gegenüber Menschen, die „wie Moslems aussehen“, gebildet haben. „An arab or a bomb?“ – „What the hell of a difference does that make?!“, schreit ein mitreisender Amerikaner.

Die Attentate in New York veränderten unser Denken, hört man zehn Jahre danach öfters. Terror und Gewalt bestimmen die Realität und üben eine Faszination aus, auf die die belletristische Literatur

in der Wahl ihrer Themen gerne zurückgreift. Auf das fiktive Erzählen hat der Tag unmittelbar eingewirkt. Die Österreicherin Kathrin Röggla, die sich in der Nähe der einstürzenden Zwillingstürme befand, versammelt in *really ground zero*. (S. Fischer, 2001) erste Reaktionen, Spekulationen und selbstgemachte Fotos.

„Nine eleven“ ist ein sensibles Thema, an das sich amerikanische Autoren wie Philip Roth, John Updike, Don DeLillo oder der junge Jonathan Safran Foer heranwagen. Beliebte Sujets sind Entfremdungen von Liebespaaren, die durch die Anschläge ausgelöst werden, und die Markierung des welthistorischen Moments im Alltagsleben der Menschen. Auf den „reinen“ 9/11-Roman (wenn es so etwas überhaupt gibt) warten noch viele Kritiker, ähnlich wie auf den Wenderoman aus Deutschland. Möglicherweise findet die Folgegeneration aus der zeitlichen Distanz andere Worte.

Inwiefern und ob der islamistische Terror als literarischer Stoff Verwendung finden darf, fragt sich der französische Autor Frédéric Beigbeder schon 2003 in *Windows on the World* (Ullstein). Neben gesellschaftspolitischen Reflexionen gibt er die Katastrophe aus der Gedankenwelt eines Familienvaters, der mit seinen Kindern umkommt, minutiös wieder.

Nachdem die Wirklichkeit einigermassen verarbeitet war und die Fantasie der US-Autoren sich wieder Bahn brach, publizier-

te Jonathan Safran Foer 2005 *Extrem laut und unglaublich nah* (KiWi, eine Liebeserklärung an New York in Form eines Romans. Der neunjährige Oskar Schell, ein späterer Nachfahre von Oskar Matzerath aus Grass' *Blechtrommel*, verliert durch den Terroranschlag seinen Vater, begibt sich auf die Suche nach dessen Geheimnis und stößt auf die Geschichte seiner deutschen Großeltern.

Anders wiederum Don DeLillo, der in *Falling Man* (KiWi, 2007) ein Ehepaar auftreten lässt, das in die Anschläge verwickelt ist. Der US-Großautor, 1936 geboren, musste sich den Vorwurf der Unverfrorenheit gefallen lassen, den Fall des World Trade Center in Sprache konserviert zu haben: „Das Röhren hing immer noch in der Luft, das Bersten und Rumpeln des Einsturzes. Das war jetzt die Welt. Qualm und Asche kamen die Straße entlanggewalzt (...), seismische Quälmluten und vorbeiziehendes Schreibpapier, Normblätter mit scharfen Kanten, vorbeistreichend, -peitschend, anderweltliche Dinge im Sarg dieses Morgens.“

Zehn Jahre danach gibt es kaum jemanden, der sich nicht erinnern kann, wo er sich an jenem Tag aufhielt, was er tat. Jay McInerney reparierte gerade die Jalousien seines Hauses in Greenwich Village.

In seinem Roman *Das gute Leben* (KiWi, 2007) treffen einander Corrine und Luke, denen finanziell nichts, aber im Leben die Erfüllung fehlt. Isabelle und Jakob, die Hauptfiguren aus Katharina Hackers 2006 erschienenem Roman *Die Habenichtse* (Suhrkamp) verliebten sich am 11. September 2001 und ziehen nach London, wo ihr gemeinsames Leben langsam auseinanderbröckelt. Die deutsche Autorin, hierfür mit dem Deutschen Buchpreis ausgezeichnet, erzählt die Geschichte karriereorientierter Snobs vor den Hintergründen der New Yorker Anschläge und der britischen Diskussion um den Irakkrieg.

Der vielfach ausgezeichnete Roman *Zeitoun* (KiWi, 2011) von Dave Eggers beleuchtet ein beschämendes Kapitel der jüngsten Geschichte Amerikas anhand einer wahren Begebenheit. Ein amerikanisch-syrischer Familienvater, der sich nach dem Hurrikan Katrina nützlich macht, wird unter Missachtung aller rechtlichen Grundsätze von den Truppen George W. Bushs als verdächtiger Al-Kaida-Terrorist festgehalten – womit sich der Kreis zu Vertlib schließt. In der Konfrontation mit pauschalisierten Aburteilungen und unreflektierten Ängsten wird die 9/11-Literatur weitere Beschäftigung finden.



Project Paradise, Game over

„1WTC“ ist halb Tatsachenbericht, halb Verschwörungstheorie. In seinem ersten Roman rechnet Friedrich von Borries mit der amerikanischen Moralpolitik ab. Von Wojciech Czaja

„Das neue World Trade Center soll das sicherste Gebäude der Welt werden“, erfährt Tom bei seinem Vorstellungsgespräch im New Yorker Architekturbüro SOM. „Was können Sie dazu beitragen?“ Ein paar Minuten später hat er den Job. In den kommenden Monaten wird der große dunkelblonde Langweiler an den Plänen für einen hochsicheren Serverraum im Keller des Freedom Towers arbeiten. Schon bald stellt sich das Projekt als geheimes Folter- und Verhörzentrum namens Project Paradise heraus. Tom zeichnet weiter –

nicht ahnend, dass er womöglich schon seinen eigenen Tod herbeikonstruiert.

1WTC ist eine eigenartige Lektüre. Rechtzeitig zum zehnten Jahrestag von Ground Zero begab sich der Berliner Architekt und Kurator Friedrich von Borries, der sonst in den Gefilden des informativen Sachbuchs beheimatet ist, auf das Terrain der Literatur. Glatteis? Schwer zu sagen. Das Buch ist halb Realität und halb Fiktion, halb Tatsachenbericht und halb Verschwörungstheorie.

„Fiktion ist die beste Tarnung der Realität“, sagt Friedrich von Borries in einem Telefonat, das vor wenigen Tagen geführt wurde. Es ist der gleiche Satz, mit dem das Buch beginnt. Und dann Schweigen. Perfekte Verwirrungstaktik – ganz gleich, ob im realen Telefongespräch oder in der Lektüre eines (höchstwahrscheinlich) fiktiven Romans.

Selbst die Homepage des Hauptprotagonisten Mikael Mikael – der Künstler, der in Berlin unter einem

Pseudonym arbeitet, soll angeblich wirklich existieren – ist nicht mehr als eine grafisch identische Kopie der Autorensseite. www.mikaelmikael.com: „Sie können Mikael Mikael auch mit folgendem Formular eine E-Mail senden.“ Bitte klicken. Wo hört das Buch auf? Wo beginnt die Realität?

Neben vielen krimiartig spannenden Hintergrundinformationen zum Bau des neuen Freedom Towers, der wegen eines wenig zufriedenen chinesischen Mieters, der sich mit dem Namen nicht wirklich identifizieren wollte, letztes Jahr kurzerhand in 1 World Trade Center umbenannt wurde, fährt das Buch mit allerlei sprachästhetischen und perspektivischen Geschützen auf, ist mal Lexikon, mal Drehbuch, dazwischen immer wieder Roman.

Eines Tages laufen einander Architekt Tom und Künstler Mikael Mikael tatsächlich über den Weg. Schauplatz Ground Zero, irgendwo im Kellergeschoß. Man kommuniziert über Kamera und Moni-

tor. Die Ereignisse überschlagen sich. Und dann gibt es noch die indische Hackerin Syana und die hübsche Tussi Jennifer, die jedes Mal, wenn sie eine New Yorker Überwachungskamera sieht, hysterisch auf und ab springt und genüsslich in die Luft brüllt: „Show you're not afraid! Go shopping!“

Es ist jener Satz, den Bürgermeister Rudolph Giuliani am 12. September 2001, einen Tag nach den Anschlägen, der New Yorker Bevölkerung auf den Weg mitgegeben hatte. Es ist jener Satz, der die Protagonisten von *1WTC* am Ende zu Terrorverdächtigen macht.

„Es gibt bestimmte Tatsachen, die man nur noch als Fiktion ausdrücken kann“, sagt von Borries. „Das ist besser verdaulich.“ Und es schützt wohl auch besser vor einer Verleumdungsklage seitens SOM (*Anmerkung der Redaktion*). Game over.

Friedrich von Borries, „1WTC“. € 13,95 / 204 Seiten. Suhrkamp, Berlin 2011



Traum Trauma Traumata

Es sind Bilder von enormer Intensität und beinahe ikonografischer Kraft (soweit dieser Terminus im Kontext des negativen Ereignisses überhaupt zulässig ist), die sich am 11. September 2001 in das kollektive Gedächtnis, in das kognitive Bewusstsein der globalisierten Gesellschaft eingebrannt haben. Sprichwörtlich vor Augen hat man, auch zehn Jahre danach, die apokalyptische Visualisierung einer Horrorvision, die normalerweise wie die groteske Übertreibung reißerischer Katastrophenfilme anmutet. Irreal in den Farben, oszillierend zwischen Anthrazit, Graublau und einem surrealen gelblichen Sepiaschleier, der sich optisch wie auch real über New York ergoss, nachdem die beiden Türme des World Trade Center in sich zusammengebrochen waren.

Der französische Fotograf **Jean-Michel Turpin** dokumentierte vor allem Menschen: durch Straßen irrend, suchend, fliehend, flehend, Blicke gen Himmel gerichtet. Berührend die tausenden auf Plakatwänden, Fassaden und in U-Bahn-Schächten affichierten Suchmeldungen: „Missing“.

American Dream versus traumatisiertes Kollektiv. Nicht zu vernachlässigen der psychologische Aspekt der Verwundbarkeit des fragilen Selbstbewusstseins. Eindringlich das emotionale Moment, abseits des Voyeurismus: Anfängliches Entsetzen ob der Irrationalität des desaströsen Terroraktes mutiert zu betroffenem Schweigen, Verzweiflung, auch Zorn. Nachdenklichkeit, Skeptizismus gegenüber der eigenen Staatsmacht und zur Mäßigung aufrufende Stimmen im Widerpart zu einem dezidiert mit Stolz vorgetragenen „United we stand“.

Optisch auffallend weicht den fahlen Unfarben der Tage direkt nach dem Terroranschlag ein anschwellendes Meer an sternensetzten Fahnen – quasi als patriotische Visualisierung der Hymne der USA: „And this be our motto: / „In God is our trust!“ / And the star-spangled banner / In triumph shall wave / O'er the land of the free / And the home of the brave!“

Gregor Auenhammer

Jean-Michel Turpin, „New York 9/11“. € 40,- / 164 S. Frederking & Thaler 2011

ringe besteigen

nie warst du schon in holdem alter nach acht mal schlafen setzte dein zuständiges ein rundum schnürten sich pakete die man dir aufrug etliche fix fertig von vornherein gemacht mitgebracht aus gleichzeitigen zeiten in denen wer bitterlich weinend durchfrozen inmitten eines braunen dorfgartens und dort strafweise stand in denen wer in unterbauten der ganze kindskörper versteckt aussetzendes atmen aus nur noch bitte nicht bestand du siehst diese schemen zittern sie beben es sind deine eltern sie sind blutig und klein

Barbara Hundegger, aus „schreibennichts schreiben“, Lyrik, Skarabaeus-Verlag. Die Autorin ist soeben mit dem vom Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur vergebenen „outstanding artist award“ in der Sparte Literatur ausgezeichnet worden.



Hörbuch

Liebe und andere Dämonen

Es gibt eine Handvoll deutschsprachiger Autoren des 20. Jahrhunderts, die quer zu allem standen, quer zu ihrer eigenen Zeit, und quer noch zum Heute. Franz Kafka war und ist so einer, Arno Schmidt ein anderer. Und der mythomane Wort- und Orgelbauer, Pazifist und spätexpressionistische Riesenromancier **Hans Henny Jahn** (eigentlich: Henry Jahn) (1894–1959) aus Hamburg ist ein dritter. Seine ausgreifenden Werke wie etwa *Fluss ohne Ufer* sind noch seltener in Leserhänden zu sehen als seine Dramen. *Die Nacht aus Blei*, die der Regisseur Alexander Schuhmacher zusammen mit Michael Rotschopf vollständig aus eigenen Mitteln fern jeder Radioanstalt nun akustisch inszenierte – mit Originalmusik Jakob Diehls, mit dem Rosetta Ensemble sowie Ulrich Noethen und Leslie Malton – ist Jahnns letzte publizierte Prosa, herausgelöst aus dem erst zwölf Jahre nach seinem Tod gedruckten Roman *Jeden ereilt es*. Matthieu (23) ist in eine Anderswelt geraten, irrt durch eine Stadt, wird gelockt von einer körperlosen Prostituierten, begegnet seinem verletzten Doppelgänger, den er schließlich ermordet und wird ins Jenseits von einer Art Todesengel getragen. Dämon und Daimon, Leib, Pathos und Paranoia, Jugend und Tod, diese Novelle konzentriert in sich alle Lebens-themen Jahnns. Schuhmachers Audiofassung ist packend, wenn auch gelegentlich zu sehr das antipsychologische Pathos Jahnns überbetonend. *Alexander Kluy*

Hans Henny Jahn, „Die Nacht aus Blei“. € 16,99 / 112 min. Hörbuch Hamburg 2011



Krimi

Botox unter den Vulkanen

Im steirischen Vulkanland kann man nicht nur gut essen, sondern sich auch unter Messer legen. Die reizende Beauty-Farm mitten in schöner Landschaft, dazu noch ein Kloster, wo Nonnen Kräutressenzen nach Hildegard-Rezeptur herstellen – so etwas schreit geradezu nach einer Story im Lifestilemagazin, umso mehr als der dynamische Professor Grünwald mit seinen Umtrieben in Sachen Schönheit ein guter Anzeigenkunde des „Magazins“ ist. Mira Valensky soll eine ansprechende Geschichte über die Beauty Oasis schreiben. Es gibt unangenehmere Aufträge. Nicht mehr ganz so idyllisch wird es, als sich Mira, leicht beschwipst vom steirischen Wein, in einen abgelegenen Teil des Gebäudes verirrt. Dort stößt sie mit einer verstörten Nonne zusammen, die soeben ihre Mitschwester in einer Sauna gefunden hat. Die Sauna war zuganagelt, eingeschaltet und Schwester Cordula wurde einige Tage bei Niedrigtemperatur gegart. Das passt nun gar nicht in die Wellness-Ästhetik – eine neugierige Reporterin auch nicht. Mira und ihrer Freundin Vesna ist klar: Es geht im tiefen Keller um mehr als Botox und Peeling. **Eva Rossmann** schreibt einen vergnüglichen, tourismusfördernden Krimi mit bekanntem Personal und einer Preise Kochkunst. Ein so erfolgreiches Rezept soll man nicht ändern, Stammkunden sind garantiert. *Ingeborg Sperl* (www.krimiblog.at)

Eva Rossmann, „Unterm Messer“. € 19,90 / 271 Seiten. Folio, Wien/Bozen 2011

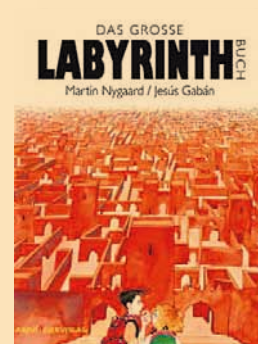


Kinderbuch

Nur ein Weg führt durch den Irrgarten

Hans und Grete haben keine leichte Reise vor sich. Gemeinsam müssen sie an ausgehungerten Geiern vorbei, Skorpione und Schlangen umgehen und Wächtern „mit ihren frisch geschliffenen Schwertern“ entgegen. Dass da der Weg gefährlich und mühsam ist, versteht sich von selbst. Anders als in anderen Büchern ist die junge Leserschaft hier selbst gefordert, den beiden Kindern zu helfen. Alle Wege sind verschlungen, Labyrinth eben. **Martin Nygaard** und **Jesús Gabán** haben *Das große Labyrinthbuch* geschrieben. Laut Verlag ist es konzipiert für Kinder ab dem sechsten Lebensjahr. Und die werden richtig gefordert. 12 Labyrinth gilt es zu besteigen. Ein jedes ist auf einer Doppelseite ausgebreitet, daneben findet sich nur ein kleiner einführender Text. Leicht sind die Irrwege nicht. Im Gegenteil: Eng und verschlungen sind sie, verwirren schnell in ihrer Gesamtheit. Die lesenden Neugierhasen werden von den Autoren ganz schön gefordert. Die Scheu, in ein Buch zu schreiben, gehört abgelegt. Denn ohne vorsichtig gezeichnete Wege findet man im Irrwegdschungel nur schwer ans Ziel. Ein Radiergummi gehört daher wohl auch zur Grundausstattung. Andererseits: Es drängt niemand. Klappt es nicht beim ersten Versuch, heißt es einfach weitermachen. Außerdem sind die Autoren gnädig. Sie haben am Ende des Buches die Auflösungen mitgeliefert. *Peter Mayr*

Martin Nygaard, Jesús Gabán, „Das große Labyrinthbuch“. € 20,40 / 32 Seiten. Abenteuer-Verlag, Berlin 2011

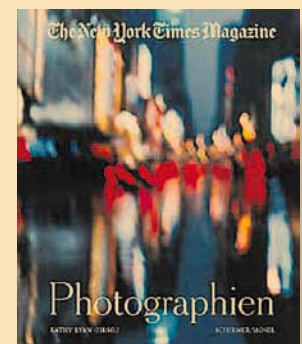


Fundstück

Traum, Albtraum und Realität des American Dream

Seit mehr als 30 Jahren verleiht das *New York Times Magazine* renommierte Fotografen wie Chuck Close, Gregory Crewdson, Annie Leibovitz, Lee Friedlander, Nan Goldin, Susan Meiselas, Paolo Pellegrin, Cindy Sherman oder Thomas Struth dazu, Grenzen zu überschreiten, um kreative Bildwelten zu erschaffen. Nicht nur der Verlust des American Dream, des American Way of Life, sondern vorrangig globale Problemzonen finden ihren Niederschlag. Fotoredakteurin **Kathy Ryan** hat die prägnantesten Serien ediert: Sowohl der zeithistorische Kontext als auch die (mittels Faksimiles gedruckter Magazinseiten) visualisierte Metamorphose des Zeitungsdesigns (punkto Typografie sowie Illustration) der internationalen Politik, der globalisierten Gesellschaft. Krisen, Kriege, Terror (naturgemäß intensiv der Komplex um 9/11 – Vorgeschichte, der Akt per se und daraus resultierende Konsequenzen), Hunger, Armut im Gegensatz zu Reichtum und Überfluss verdichten sich in Form einer universellen Bildsprache. Vom intendierten Impuls zur Reizüberflutung sind es oft nur Nuancen. Die Herausforderung besteht darin, dieser Gratwanderung mit stilicherem Auge und Sensibilität entgegenzutreten. Im Falle des *New York Times Magazine* kann diese Aufgabenstellung nicht nur als gelungene bezeichnet werden – eher schon als phänomenal inspiriert! *Gregor Auenhammer*

Kathy Ryan (Hrsg.), „The New York Times Magazine. Die Photographien 1978–2011“. € 59,70 / 448 Seiten. Schirmer/Mosel 2011





Keine „Gardens of the World“ und kein Zentrum für Diskurs und Auseinandersetzung: das neue One World Trade Center von SOM-Architekten, Fertigstellung 2013. Foto: Richard H. Cohen / Corbis

Ein Turm aus Angst und Paranoia

Der Wiederaufbau von Ground Zero hätte ein Projekt mit weltweiter Strahlkraft werden können. Diese Chance ist längst verbaut.
Von Wojciech Czaja

Am 11. September 2001 wurden einige Immobilienobjekte aus dem Grundbesitz der Port Authority of New York und New Jersey unwiederbringlich zerstört. Zwei Tage später saßen die Vorstandsvorsitzenden der Port Authority mit dem Investor Larry Silverstein, der wenige Wochen zuvor einen 99-jährigen Pachtvertrag für das World Trade Center unterzeichnet hatte, und dem Architekten David Childs, Seniorpartner der Architekturfabrik Skidmore, Owings & Merrill (SOM), an einem Tisch und brüteten bereits über den Plänen für den Wiederaufbau.

Ein Grundstück wie Ground Zero zu bebauen ist ein Jahrhundertereignis. Zehn Jahre nach den Anschlägen ist klar, dass diese Chance jämmerlich vertan wurde. Was ein Zeichen für Konfliktkämpfung und Neuorganisation hätte werden können, ist nun ein mittelmäßiger Haufen von bombensicheren Bürohochhäusern, eine betonierete Anti-Terror-Festung aus der Ära Bush. Die Metapher ist unmissverständlich.

Die Entwicklung auf Ground Zero verhiß von Anfang an nichts Gutes. Im April 2002 schrieb die Lower Manhattan Development Corporation (LMDC) einen Wettbewerb aus und bat 24 Architekturbüros aus ganz Manhattan um deren Entwürfe. Noch bevor die ersten Zeichnungen auf dem Tisch lagen, zog die LMDC die Einladung zurück und übertrug den Auftrag an das New Yorker Büro Beyer Blinder Belle (BBB). Die

sechs Masterplan-Varianten von BBB sahen monströse, übereinandergestapelte und ästhetisch austauschbare Bürovolumina mit gewohnt amerikanischer Schönfärberei vor: Memorial Plaza, Memorial Garden, Memorial Square. Die internationale Architektenschaft tobte – und forderte einen internationalen Architekturwettbewerb.

Doch auch das darauffolgende Wettbewerbsverfahren, aus dem unter anderem Daniel Libeskind mit seinem begrünten Turm namens „Gardens of the World“ als Sieger hervorging, sollte sich bald als gescheitert erweisen. „Gärten sind eine konstante Bestätigung des Lebens“, sagte der Architekt. Sie seien der Inbegriff für Freiheit und Schönheit.

Libeskinds Worte waren die perfekte Metapher für ein medial so angeschlagenes Projekt. Allein, mit Gärten in einem halben Kilometer Höhe kann man kein Geld machen. Schon bald darauf wurde Libeskind aus dem Projekt gemobbt. Sein Turm ist längst Geschichte.

Nein: Kulturzentrum

Auch das geplante International Freedom Center (IFC) des norwegischen Büros Snøhetta, das auf Ground Zero einen „Ort der lebendigen Diskussion über den Kampf aller Kulturen für die Freiheit und die Menschenrechte“ mit Ausstellungen über chinesische und tibetanische Freiheitskämpfer schaffen wollte, fiel dem Veto zum Opfer. „Wir wollen hier keine Politik“, erklärte Debra Burlingame, Sprecherin der Opferorganisation *Take back the Memorial*. „Künstlerische Freiheit und Redefreiheit müssen sein, überall sonst, nur bitte nicht auf Ground Zero.“

Und die beiden Hochhäuser von Norman Foster und Richard

Rogers, einst ebenso Wettbewerbsgewinner wie Daniel Libeskind und Snøhetta, wurden von ursprünglich 71 und 79 Stockwerken auf mickrige Office-Zwerg mit fünf und sechs Etagen (!) geschrumpft. „Man könne die Türme zu einem späteren Zeitpunkt ja immer noch aufstocken“, lautet der zynische Kommentar der Investoren.

Wenig verwunderlich: Am Ende aller Tage landete das Gesamtprojekt Ground Zero wieder dort, wo alles seinen Lauf nahm, beim Verbündeten der Port Authority, beim besten Freund des Investors. Bei einer Pressekonferenz im Jahr 2003 trat Architekt David Childs, Seniorpartner von SOM, vor die Journalisten und schnaufte selbstsicher ins Mikrofon: „Der ganze Plan ist dummes Geschwätz. Libeskind hat keine Erfahrung mit großen Projekten. Ein Museum hat er gebaut, aber das kann jeder. Der Mann hat doch keine Ahnung, wovon er spricht.“

Acht Jahre später befindet sich der neue Turmbau von SOM bereits im 82. Stock und hat eine Höhe von 309 Metern erreicht. Ein nichtssagender Phallus aus Glas mit einer 124 Meter hohen Antenne auf der Spitze. Die Gesamthöhe von 1776 Fuß (541 Meter) – eine Anspielung auf das Jahr, in dem Amerikas Unabhängigkeitserklärung unterzeichnet wurde – ist das letzte symbolische Überbleibsel von Libeskinds Entwurf.

„Herr Libeskind hat ohne Zweifel eine großartige Zeichnung vorgelegt, aber dieses Projekt war immer nur als Masterplan und Stoßrichtung angedacht“, sagt T. J. Gottesdiener, Managing Partner bei SOM New York, im Interview mit dem STANDARD. „Eines Tages hat der Investor Larry Silverstein

eben beschlossen, das Areal lieber von anderen Architekten zu bebauen. Das Projekt muss sich rechnen. Das ist die Story.“

Mit der Übertragung der Architekturplanung an SOM, das pro Jahr rund 50 großmaßstäbliche Projekte auf der ganzen Welt abwickelt, ging der Wiederaufbau von Ground Zero endgültig den Bach runter. Der Sockel des 3,1-Milliarden-Dollar-Gebäudes (ca. 2,2 Milliarden Euro) gibt sich heute noch als leichte, transparente Stahlkonstruktion. Doch bei Fertigstellung im Jahr 2013 wird der Tower von einer zwei Meter dicken, 60 Meter hohen Betonmauer umgeben sein. Sie soll einem 20-Tonnen-Truck voller Dynamit standhalten können.

„Der Auftraggeber ist um maximale Sicherheit bemüht“, sagt Gottesdiener, „aber schauen Sie

sich nur einmal die Geschlechtertürme der Medici in Florenz an! Die haben im unteren Bereich auch kaum Öffnungen, und trotzdem finden wir diese Gebäude atemberaubend schön.“

Ja: Shoppingcenter

Und sonst? Der Turm wurde um 20 Meter von der Straße abgerückt, ein Sicherheitsabstand. Das Panorama-Restaurant im obersten Geschoss wird nicht realisiert – logistische Probleme. Doch dafür gibt es ein gigantisches unterirdisches Einkaufszentrum mit 46.000 Quadratmetern Verkaufsfläche – keine logistischen Probleme.

Und der einst pathetische Name „Freedom Tower“ musste der pragmatischen Bezeichnung „One World Trade Center“ weichen. Der Großmieter Vantone Industrial Co. aus Peking, der in den Etagen 64 bis 69 ein „China Center“ errichten will, konnte sich mit dem Namen nicht identifizieren und wünschte sich die Umbenennung des Turms.

Ground Zero (kolportierte Gesamtinvestitionskosten zehn bis 14 Milliarden US-Dollar, ca. 7,1 bis 9,9 Milliarden Euro) droht zu einem kulturellen Fiasko zu werden, zu einem kommerziellen und fragwürdig politischen Aushängeschild der USA, zu einem Symbol für Angst und Paranoia. „Hört auf zu bauen!“, forderte der deutsche Journalist Florian Heilmeyer vor einigen Jahren in einem Artikel. „Vielleicht kann eine kommende Generation diesen Ort würdiger und sinnvoller bespielen.“ Dafür ist es nun zu spät.

Ground Zero ist nicht nur die Rekonstruktion eines zerstörten Machtsymbols, sondern zugleich auch Sinnbild einer perfiden und uninspirierten Architektur. Oder, wie der Berliner Architekturtheoretiker und Schriftsteller Friedrich von Borries schreibt: ein „Architekturporno für die Weltherbschaft des Kapitals“.



Oben Glas, unten Beton: Der Turm 1WTC ist eine bombensichere Anti-Terror-Festung. Foto: Silverstein Properties

Ein schwarzer Schwan für die Kunst

Terror war bei Kunstversicherungen ein abgedecktes Risiko, 9/11 und eine Schadenssumme von 100 Millionen Dollar später dann eine neue Nische.

Von Olga Kronsteiner

Bis weit in das 17. Jahrhundert hinein kannten die Europäer nur weiße Schwäne. Ein schwarzes Exemplar war für die Naturkundler weder denk- noch voraussehbar, und also geriet deren Welt kurzfristig aus den Fugen, als man eine solche Gattung in Australien entdeckte. Vier Jahrhunderte später stehen sie synonym für das Unerwartbare. Zu dem am häufigsten zitierten Beispiel für einen „Black Swan“ gehört der 11. September 2001. Jener Terroranschlag, der abseits der menschlichen Tragödie mit 20 Milliarden Dollar versicherter Schäden seither den Rekord als kostspieligstes Einzelereignis hält.

Beim Einsturz der Twin Towers wurden auch unzählige Kunstschätze vernichtet, sowohl historische als auch zeitgenössische Werke. Wie viel insgesamt, war nach dem Attentat nur eingeschränkt rekonstruierbar.

Rodin-Sammlung zerstört

Auf etwa 100 Millionen Dollar schätzten Insider den Verlust zumindest. Dazu gehörten mehr als hundert Kunstwerke, die – im Wertumfang von einem Prozent des gesamten Baubudgets, konkret etwa zehn Millionen Dollar – eigens für das WTC in Auftrag gegeben worden waren. Etwa eine Tapiserie von Joan Miró oder eine Skulptur von Alexander Calder, von der man im Zuge der Aufräumarbeiten noch Fragmente in den Trümmern fand. Weiters wurden mehr als 40 Arbeiten (u. a. Paul Klee, Le Corbusier) vernichtet, die ehemals die Räumlichkeiten des Marriott-Hotels zierte.

Der mit Abstand prominenteste Verlust der Kategorie Kunst war

Rodins „Denker“, 1998 an der 5th Avenue präsentiert, gilt seit 9/11 als verschollen.

Foto: Reuters / Peter Morgan



jedoch die mit etwa 300 Skulpturen und Zeichnungen wohl größte Privatsammlung an Arbeiten von Auguste Rodin im Besitz der Brokerfirma Cantor Fitzgerald bzw. deren Vorsitzendem Howard W. Lutnick. Eine bronzenne Replik des Denkers hatte das Flammeninferno stark verbeult überstanden, dann verlor sich ihre Spur.

Stärker wog für das Unternehmen der Verlust von knapp 660 ihrer 960 Angestellten. Eine schreckliche Tragödie, weshalb man den Verlust dieser Sammlung auch nicht kommentieren wollte – fürs Erste. Im Zuge der späteren Schadensregulierung soll AXA Art allein für die zerstörte Rodin-Sammlung um die 30 Millionen Dollar bezahlt haben,

wie Nikolaus Barta, Gründer des in Wien beheimateten und international aktiven Kunstversicherungs-Consulting Unternehmens, bestätigt.

Bis zum 11. September waren aus solchen Katastrophen resultierende Schäden in jeder Kunstversicherung automatisch inkludiert. Ein Monat später hatte die Branche bereits reagiert und die Verträge entsprechend angepasst. Seither ist Terror in der Kunstbranche ein explizit zu versicherndes Risiko, jedoch anders als klassische Sachversicherungen auf die Kapazität der Anbieter limitiert. Einzig bei



Transportversicherungen ist Terror mittlerweile automatisch inkludiert.

In den Nachwehen der WTC-Ereignisse stieg das zugehörige Prämienaufkommen rasant. Im Privatkundensegment nahm es mit den Jahren wieder ab, während Museen bis heute die komplette Abdeckung, Terror inklusive, bevorzugen. Als aktuelles Beispiel nennt Barta die derzeit in Seattle anberaumte Tut-Ench-Amun-Ausstellung (2008 im KHM, Wien): Der Versicherungswert liegt bei 600 Millionen Dollar, die Terrorprämie schlägt sich hier mit

75.000 Dollar zu Buche. Die Höhe der Prämie richtet sich allerdings nicht nur nach dem Wert der Kunstwerke, sondern auch am Standort.

Mit dem lokalen Risiko erhöht sich auch die Prämie, in New York ist sie jedenfalls teurer als im niederländischen Maastricht oder in Wien. Aber selbst regional gibt es dann noch Unterschiede, wie Barta schildert: im Umfeld ausländischer Botschaften insgesamt und der amerikanischen ganz speziell. In Hietzing oder Penzing sei die Chance auf ein Erdbeben größer, liegt die Wahrscheinlichkeit eines Terroranschlags dort quasi bei null – zumindest so lange, bis in der Wiener Vorstadtidylle ein schwarzer Schwan landet.



Martin Böhm lässt sich nicht gerne fotografieren, im Dienst der zeitgenössischen Kunst und von Erwin Wurm 2007 ausnahmsweise. Foto: Erwin Wurm

Mit Passion zum Mitbewerb

Im September 2001 ging die Privatisierung des Dorotheums ins Finale. Bilanz nach zehn Jahren: Ein „Ikea der Kunst“ blieb der Welt erspart.

Am Ende waren es nur noch drei, die im Herbst 2001 um die schicke Braut ritterten: die Raiffeisenlandesbank Oberösterreich (RLB), die OneTwo Beteiligungs- und Managementberatungs GmbH (OTBM) sowie die spanische Afinsa Group. Kurz vor dem Finale war die UIAG ausgeschieden, für einen Finanzinvestor sei das Projekt interessant, aber zu teuer, ließ der damalige Chef Kurt Stiassny ausrichten. Eine Milliarde Schilling wollte die ÖIAG über die Privatisierung des Dorotheums lukrieren, ein adäquater Unternehmensplan sollte dabei das wichtigste Entscheidungskriterium sein. Ein „Ikea für Kunst“, von dem etwa das RLB-Konzept fantasierte? Bloß nicht.

13. September 2001, 16.35 Uhr: Via APA verkündete die ÖIAG ihre Entscheidung und das Modell einer verheißungsvollen Verbindung von Old und New Economy. Seit Februar 2000 waren die OTBM-Tochter OneTwoSold (OTS) und das Traditionsunternehmen bezüglich einer Kooperation bereits auf Tuchfühlung ge-

gangen. In der gemeinsamen Zukunft würde der elektronische Handel eine große Rolle spielen, schon weil OTS als Marktführer in Österreich galt – Branchengigant Ebay startete seinen Eroberungszug ja erst 2002.

Seither ist viel passiert und wurden auch manche Ideen zu Grabe getragen: der Anfang 2009 lancierte Bereich Immobilien-Auktionen etwa oder eben der Ausbau von E-Commerce – neben Handel, Pfand und Versteigerungen – zum vierten Standbein des Dorotheums. Im August 2008 trat man OTS an „Ricardo“ ab, der Ende 2010 offline ging.

Von Turin bis nach Amsterdam

Ja, bestätigt der für den Auktionsbereich verantwortliche Geschäftsführer Martin Böhm, dieser Bereich habe sich völlig anders entwickelt als erwartet. Die Technologie selbst sei punkto Kommunikation wichtiger denn je und ausbaufähig. Derzeit wird an entsprechenden Applikationen getüftelt, konkret an einer mobilen Website, die spätestens im November verfügbar sein wird.

An seinen ersten Arbeitstag könne sich Böhm kaum erinnern, ein ruhiger 2. Jänner 2002, und auf seinem Schreibtisch herrschte gähnende Leere. Nicht nur das änderte sich schnell. Der mit dem Beratungsunternehmen Roland Berger zu Papier gebrachte Businessplan hielt der fehlenden In-

nensicht wegen in der Praxis nur teilweise stand, wie der Mittvierziger bekennt. Den zu etwa 70 Prozent kreditierten Kaufpreis tilgte man, auch über den Verkauf der Immobilien (u. a. Palais Dorotheum), bis Ende 2003. Weiters wurde der von Lucas Tinzl verantwortete Bereich Handel und Pfand ausgebaut, etwa über den Erwerb von Ores (2004), der größten Juwelierkette Ungarns, wo in den 39 Filialen mittlerweile ebenso das Pfandgeschäft blüht.

International „versteigerte“ man sich bis in die obere Liga, wie die stattlichen Umsätze belegen, allein 143 Millionen Euro aus dem Versteigerungsgeschäft zuletzt. Als Mitbewerber bezeichnen die Gesellschafter – darunter neben Böhm und Tinzl, die Brüder Soravia sowie Johanna und Christoph Dichand – die Giganten Christie's und Sotheby's mittlerweile.

Das Netzwerk der Repräsentanten im Ausland wuchs kontinuierlich, demnächst wird Italien um Turin erweitert. Amsterdam eventuell, dort zieht sich Sotheby's gerade zurück? Martin Böhm lächelt, „immer eine Überlegung wert“. Das Resümee des 2,5-fachen Familienvaters nach zehn Jahren? Weit über den Erwartungen, womit man über das angepeilte Ziel schon hinausgeschossen wäre. Das größte Learning? Trotz Passion gelingt nicht alles, nur sollte man das Handtuch nicht zu schnell werfen. (kron)

Schach, Bridge und Rätsel Spiele Seite 14

Round-up: Österreichs Büro & Gewerbemarkt 15 - 112

derStandard.at/Immobilien



„So eine Wohnung könnten wir uns in New York nicht leisten. Unmöglich!“ Gayle Berry-Zöchbauer in ihrer Mietwohnung im Wiener Museumsquartier.

Foto: Lisi Specht

Jugendstil-Luster und Billy-Regal, very Austrian

Gayle Berry-Zöchbauer, Managerin für Global Sales bei Austrian Airlines, verbrachte 9/11 in New York. **Wojciech Czaja** erzählte sie: Nirgendwo ist es schöner als in Wien.

„Ich arbeite für Austrian Airlines. Am 11. September 2011 war ich gerade in New York und habe ein Seminar für unsere nordamerikanische Sales-Organisation abgehalten. Die Stimmung in der Gruppe war ziemlich angespannt. Nach nicht einmal einer Stunde wollten die Leute schon eine Pause machen. Eine Teilnehmerin sagte mir: ‚Ich weiß nicht genau, was los ist, aber irgendwas stimmt nicht.‘ Zu dieser Zeit war bereits das erste Flugzeug ins World Trade Center geflogen.

In Hotel herrschte Panik. Es war das absolute Chaos! Die Menschen sind hysterisch hin- und hergelaufen und haben geschrien: ‚Wir werden attackiert!‘ Ich habe die Situation nicht sofort begriffen. Alles war so abstrakt. Erst als ich auf die Terrasse hinausgegangen bin und die Rauchwolken im Twin Tower gesehen habe, wusste ich: Das passiert wirklich. Das ist real. Wenig später dann das zweite Flugzeug. Und dann der Einsturz. Es war unfassbar.

In den nächsten paar Tagen war die Stadt, wie man sich vorstellen

kann, im absoluten Ausnahmezustand. Zuerst war ich nur bei meiner Familie und habe mich vor dem Fernseher verkrochen, so wie alle. Ein paar Tage später bin ich dann zum Flughafen gefahren und habe mitgeholfen, die ersten Flüge von New York nach Wien zu koordinieren und die Passagierlisten zu verwalten. Alle waren emotional aufgeladen. Das war nicht einfach.

Nach ein paar Tagen war das Größte erledigt. Da bin ich dann selber im Flugzeug nach Wien gesessen. Ich war heilfroh, New York endlich verlassen zu können. Die Energie in der Stadt war nicht mehr auszuhalten. 9/11 hin oder her, aber ehrlich gesagt ist das Leben in Wien viel angenehmer.

Man kann zu Fuß gehen, man kann unbesorgt durch sämtliche Stadtviertel spazieren, man kann stundenlang im Schanigarten sitzen, ohne dass einem die Handtasche geklaut wird, man kann baden, man kann wandern, man kann so viele unterschiedliche Dinge tun, die den Alltag so schön machen. Außerdem gibt es hier

keine Kakerlaken. Wien ist in dieser Hinsicht wirklich einzigartig. Ich liebe diese Stadt! Und ganz nebenbei habe ich meine Liebe zum Jugendstil entdeckt. Nur die Lebensmittelgeschäfte, die rund um die Uhr geöffnet sind, fehlen mir. Um drei Uhr nachts eine

Packung Eiscreme kaufen und dazu einen Blumenstrauß? Jetzt lebe ich schon mehr als elf Jahre in Österreich, und immer noch muss ich mir ganz genau ausrechnen, wann für mich das perfekte Zeitfenster zum Einkaufen ist, da-

mit ich nicht schon wieder vor versperrten Schiebetüren stehe. Luxusprobleme!

Was für mich von Anfang an klar war: Wenn ich schon in Wien lebe, dann will ich auch wirklich

Wien um mich haben und nicht ein Stück New York importieren. Sie wissen schon: Parkettboden, doppelflügelige Türen, Jugendstil-Luster, Thonet-Stühle und Billy-Regale von Ikea. Sehr österreichisch halt. Das einzige Erinnerungsstück an New York ist der große, fette Fauteuil mit den breiten, hölzernen Armlehnen.

Mein Mann Franz und ich, wir wohnen in einer 150 Quadratmeter großen Mietwohnung im Museumsquartier. Auf der einen Seite sehen wir das Maria-Theresia-Denkmal, die Hofburg und den Stephansdom, auf der anderen Seite sehen wir das Mumok und hören jeden Abend den Sound von klirrenden Gläsern und Leuten, die ihre Freizeit genießen.

Es ist das Paradies auf Erden! So eine Wohnung könnten wir uns in New York niemals leisten. Unmöglich! Da kann man schon froh sein, wenn man eine leistbare Wohnung findet, die so groß ist wie unser jetziges Badezimmer. “



Die Trophäen unter den Büros.

www.buero.at



STANDARD EXKLUSIV

Eigentum für Anspruchsvolle...



Babogasse 25 Klosterneuburg-Weidling

weitere freifinanzierte Eigentumsprojekte:

- 13., Dermotagasse 8-40
- 19., Patzakweg 1-12
- 23., Leo-Mathausergasse 92

weitere Infos unter

www.immo-360.at

immo 360 grad gmbh
Feldgasse 6-8 | A-1080 Wien
Fr. Mitterlehner T 01/401 57 DW 134
wohnen@immo-360.at

